

Erscheint täglich außer Montags.
Preis prämienfrei: Viertel-
jährlich 3,50 Mark, monatlich
1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei
in's Haus. Einzelne Nummer
5 Pf. Sonntags-Nummer mit
Illustr. Sonntags-Beilage „Neue
Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement:
3,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuz-
band: Deutschland u. Oesterreich-
Ungarn 3 Mk., für das übrige
Ausland 3 Mk. 50 Pf. Monat. Eingetr.
in der Post-Regierungs-Verzeichnisse
für 1895 unter Nr. 7136.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Dienstag, den 7. Mai 1895.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Der chinesisch-japanische Krieg.

Paris, 8. Mai 1895.

Die Regierungen aller kapitalistischen Nationen sind in Bewegung über den Friedensvertrag, der soeben den Krieg zwischen China und Japan abgeschlossen hat. Alle sinnen nur darauf, Japan zu verhindern, daß es die Früchte seiner Siege genießt. Die Regierungen von Frankreich, Deutschland und Rußland haben sich verbündet, um den Vertrag von Schimonoseki zu zerreißen, wie einst der Vertrag von San Stefano — nach dem letzten russisch-türkischen Krieg — von England, Oesterreich und Deutschland zerissen wurde.

Die Aufregung, in welche die europäischen Nationen durch Ereignisse veretzt worden sind, die sich im fernsten Osten abspielen, in Ländern, von welchen man im vorigen Jahrhundert nicht viel mehr als den Namen kannte — diese Aufregung beweist, daß wir uns vor einem Phänomen (einer Erscheinung) von außerordentlicher Tragweite befinden. Und in der That: der chinesisch-japanische Krieg und die internationale sozialistische Bewegung sind die zwei bedeutendsten Ereignisse dieser zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts. Beide bereiten den Sturz der kapitalistischen Gesellschaft vor.

Als vor 30 oder 40 Jahren China und Japan junge Männer nach Europa schickten, um die Zivilisation des Westens kennen zu lernen, nahm man dieselben mit Interesse und Neugierde auf. Diese kleinen, gelben, bartlosen Leute, mit den zarten Gliedern, den würdigen Geberden und dem natürlichen Anstand wurden für seltene Exemplare einer untergeordneten Menschenrasse angesehen; es mischte sich verachtungsvolles Mitleid in den herzlichen Empfang, den man ihnen angedeihen ließ. In England und Frankreich hatte man im vorigen Jahrhundert ein ähnliches Gefühl empfunden, als die ersten Nothhände hinfamen.

Aus Sympathie für diese kleinen liebenswürdigen Deutschen brachte man die zugleich mit ihnen massenhaft eingeführten künstlerischen Erzeugnisse ihres Landes in die Mode. Der „Japanismus“ war eine zeitlang das Merkmal der raffiniertesten und ausgereiftesten Geister; man kaufte mit wahrer Begeisterung die Lade, Porzellanwaaren, Möbel, Gemälde und Musterzeichnungen von China und Japan.

Man war sehr verwundert, bei den nach europäischer Art gebildeten Chinesen und Japanern eine lebhaftere und scharfe Intelligenz und eine erstaunliche Fähigkeit zum Sichaneignen der Wissenschaften und Künste des Westens zu finden. Es blieb bei der Verwunderung. Man kannte die tausendjährige Unbeweglichkeit Chinas und bildete sich ein, daß alle Völker Ostasiens in die gleiche lethargische Starrheit

*) Die Bezeichnung „klein“ trifft nur für die Japaner zu; die Chinesen sind durchschnittlich von höherem Wuchs. Ann. d. Weberj.

versenkt seien. Man bewunderte die europäisierten Chinesen und Japaner, aber man glaubte, diese geistigen Errungenschaften gingen nicht unter die Haut, und, nach Hause zurückgekehrt, würden die Leute in ihre eingewurzelte Halb-Barbarei zurückfallen; man verglich sie mit den jungen Orang-Utangen, die in der Kindheit so gewandt und gelehrtig sind, und, sobald sie erwachsen, die erbliche Wildheit annehmen.

China blieb verschlossen, und seine Söhne nahmen nach der Rückkehr in das Mutterland die alten Sitten und Lebensgewohnheiten wieder an. Anders war es mit Japan; es ließ Europäer kommen, die im Herzen des Landes selbst die Wissenschaften, die Industrie und die militärische Organisation der kapitalistischen Zivilisation einpflanzen sollten und es auch thaten.

Mit einer wunderbaren Schnelligkeit änderte Japan in wenigen Jahren seine Industrie, führte den Maschinenbetrieb ein, bewerkstelligte eine politische Revolution und errichtete auf einer feudalen Grundlage eine abgeschwächte Kopie des parlamentarischen Regimes, organisierte und bewaffnete seine Armee und Flotte nach europäischem Muster.

Die Ingenieure, die Industriellen, die Gelehrten, welche diese rasche Umgestaltung bewirkt hatten, kannte ohne Zweifel die Lage; allein Europa war in vollständiger Unwissenheit und hatte, als der chinesisch-japanische Krieg ausbrach, keine Ahnung von dem ungeheuren Wechsel, der sich vollzogen hatte.

Man bemitleidete das kleine Japanervolk, das den chinesischen Riesen angriff. Bald jedoch bekam die Sache ein anderes Gesicht. Die japanischen Armeen drangen in Korea ein; die japanische Flotte blockierte die Häfen, und von Sieg zu Sieg marschierten die Japaner nach Peking, wo man zu Anfang des Krieges die Kleinigkeit von hundert Millionen Franks ausgegeben hatte, um den Geburtstag der Kaiserin-Mutter würdig zu feiern. Die zivilisierten Völker begriffen, daß im äußersten Osten Asiens, gewissermaßen durch Selbstzeugung, eine große Weltmacht geboren worden war, die das Stille Meer beherrschen wird und deren Vasall China werden muß, wenn es nicht auch seinerseits eine ähnliche Umgestaltung und Revolution durchmacht, wie Japan.

Man freute sich über die Niederlage der Chinesen, denn man hoffte, daß ihre Häfen nun geöffnet, und daß ein ungeheurer Markt, weit weit bedeutender als ganz Afrika, der europäischen und amerikanischen Industrie gewonnen werden würden. Die Profite tanzten zu Millionen und Milliarden vor den verzückten Augen der Herren Industriellen. In ihrer Verzücktheit übersahen die Herren, daß Japan auch einen Theil des chinesischen Reichthums für sich beanspruchte, und daß es entschlossen war, China industriell und kommerziell zu erobern, nachdem es dasselbe militärisch bezwungen.

Die Enttäuschung kam, als man die öffentlichen

Klauseln des Friedensvertrages von Schimonoseki erfuhr: Japan setzte seinen Fuß auf das Festland dergestalt, daß es Peking beherrschte; es nahm die Inseln in Besitz, die ihm in den chinesischen Meeren das Uebergewicht sicherten, und es legte der besiegten Nation die Verpflichtung auf, seine Kaufleute, Fabrikanten und seine Maschinen in ihre Städte zuzulassen. Damit hatte Japan zwar nicht die direkte Annexion Chinas bewerkstelligt, aber sich die industrielle und kommerzielle Ausbeutung des ungeheuren Reiches gesichert. Es ist wahr, um seine Großmuth zu bezeugen, fordert Japan die gleiche Zulassung für die Europäer; wahrscheinlich ist es der Ueberzeugung, dieselben überflügeln und ohne große Schwierigkeiten verdrängen zu können.

In der That, wie können denn die industriellen Europas oder Amerikas mit den Produkten konkurrieren, die an Ort und Stelle hergestellt sind mit ähnlichen Maschinen und von einer technisch geschulten Arbeiterbevölkerung, die mit lächerlich niedrigen Löhnen abgefunden wird? Im ersten Augenblick wird nach europäischen Eisen, nach europäischen Maschinen und einigen anderen Erzeugnissen Europas massenhafte Nachfrage sein; doch nach kurzer Zeit werden diese Produkte von den in Japan und China selbst hergestellten verdrängt werden.

Aber eine andere für die kapitalistischen Völker Europas und Asiens noch viel schlimmere Folge wird eintreten. In die Vereinigten Staaten von Amerika und Australien sind Chinesen eingeführt worden, um die Löhne der meisten Arbeiter zu drücken. Vor ungefähr 12 Jahren verhandelte die Nationalökonomische Gesellschaft von Paris über die Nothwendigkeit der Einführung von Chinesen nach Europa. Dieser Wunsch der Nationalökonomien steht jetzt vor der Erfüllung. Zu Hunderttausenden und zu Millionen werden die chinesischen Auswanderer nach der Küste strömen, sobald die wirtschaftliche Umgestaltung beginnt. Allein vor den Küsten werden die Waaren Chinas und Japans in Europa ankommen. Vor ihrer Massenhaftigkeit und ihren niedrigen Preisen wird unsere Industrie zusammenbrechen, wie wir einen Einsturz der Landwirtschaft erleben, als das Getreide aus Indien, Australien und den Vereinigten Staaten den europäischen Markt überschwemmt.

Rußland, unterstützt von Deutschland und Frankreich, die ihren patriotischen Krakehl über den Handelsinteressen vergessen, wird sich vielleicht mit England und den Vereinigten Staaten verbünden wollen, die sich bisher noch nicht eingemischt haben; aber alle diese Großmächte zusammen werden den Lauf der Ereignisse, die der chinesisch-japanische Krieg entfesselt hat, nicht aufhalten.

Dieser Krieg wird die Auflösung der vom Sozialismus durchdrungenen und bedrängten Gesellschaft des Kapitalismus beschleunigen. Gallus.

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

Berliner Märztage.

Eine geschichtliche Erzählung von Michel Deutsch.

Gotthold Plüddemann wollte sich entfernen, Grams aber nahm ohne weiteres seinen Arm und steuerte mit ihm nach dem Laden des Fellschneiders hinüber. Mit ängstlicher Miene folgte ihm der Armenvorfeser.

In seinem Laden zog Ephraim Fisch ein schlecht gedrucktes, offenbar in aller Eile hergestelltes Flugblatt aus der Tasche, das in Kürze die überraschenden Fortschritte der Revolution in Frankreich und den westdeutschen Ländern zusammenfaßte und die Bürgerschaft in Berlin zum Handeln aufforderte.

„Mitbürger! Brüder!“ hieß es in dem Flugblatt — „die Sache des Volkes hat den Sieg an ihre Fahnen gekettet. Louis Philipp, der „Arm der Vorsehung“, wie ihn die Monarchen von Europa genannt haben, hat vor dem heiligen Jorne des Volkes seine Flucht ergriffen, und England hat die Republik anerkannt. In Wien haben sich Bürgerthum und Studentenschaft einmüthig erhoben, um dem Schurken Metternich den Sarg zu machen, und München fordert die Abdankung des Königs, nachdem die Maitressenwirtschaft der Lola Montez hinweggelegt ist. In Württemberg und Baden, in Nassau und Kurhessen, in Sachsen, Hannover und all den übrigen deutschen Vaterländern haben die selbstherrlichen Machthaber vor dem Volke den Rückzug angetreten und seine nur allzu gerechten Forderungen bewilligt. Der Völkerruf ist angebrochen in den deutschen Gauen. Mitbürger, Freunde! Soll der Siegeszug der Freiheit vor den Thoren von Berlin zum Stillstand kommen? Schon ist in Köln die Stimme des Volkes laut geworden, aber nicht in Köln wird das

Schicksal Preußens sich erfüllen — nein, Berlin ist es, dem das entscheidende Wort zukommt u. s. w. u. s. w.“

Fräulein Grams und Fisch waren ganz hingerissen von dem Gehörten.

„Das Ding ist gut gemacht“, meinte Grams, „woher haben Sie's denn?“

„Mein Geheimniß“, versetzte Fisch mit pfiffigem Lächeln, indem er das Flugblatt zusammenfaltete und in eine verborgene Tasche seiner Weste steckte. „Und noch 'ne Kleinigkeit weiß ich: Der Pariser Nothschild ist zur Revolution übergegangen.“

„Dann sind die Monarchischen futsch“, entschied Fräulein Grams. „Und wir? Was machen wir?“

Ephraim Fisch lachte verächtlich die Achseln.

„Wir werden Adressen und Bittschriften einreichen“, sagte er, „und wenn's drauf und dran kommt, bleibt alles beim Alten.“

„Die Hauskollekte für die Armen werden Majestät wohl gestatten“, wagte Plüddemann, der mit ängstlicher Miene zugehört hatte, schüchtern einzuwerfen. „Damit wäre doch der ärgsten Noth abgeholfen.“

„Lassen Sie sich begnügen mit Ihrer Hauskollekte“, fuhr Fräulein Grams den Armenvorfeser an. „Wenn's auf Euch Dickbäuche anlämt, dann könnten wir auf das bische menschenliche Freiheit lange warten.“

„Ich war am Donnerstag in den Zelten zur Volksversammlung“, erzählte der Fellschneider leise. „Großartig, sag' ich Ihnen! Die Adressen an den König — ein Meisterwerk, und die Redner brilliant. Wenigstens dreitausend Menschen waren dort.“

„Gut, geh'n wir auch nach den Zelten“, meinte Grams. „Ist heut' was los da draußen?“

„Ich geh' dann nach der Zeitungshalle 'rüber, da erfahre ich näheres“, sagte Ephraim Fisch.

Herr Plüddemann hatte bereits von den Umtrieben munteln gehört, die durch einige unruhige Köpfe von dem

Redaktionsbureau der „Zeitungshalle“ aus ins Werk gesetzt sein sollten.

„Machen alles diese Zeitungsschreiber, diese Blatzbrenner und wie sie sonst heißen“, ließ er warnend seine Stimme vernahmen. „Wenn das nur nicht zum bösen ausläuft! Wenn die Soldaten schießen und Bürgerblut fließen sollte...“

„Lassen Sie's doch fließen!“ meinte Grams. „Ohne Blut geh'n solche Geschichten selten ab. Jedenfalls kommen Sie mit nach den Zelten, Nachbar Plüddemann.“

Die drei Bekannten schieden von einander. Während Grams nach seinem Väterladen schritt, trippelte Herr Plüddemann in gedrückter Stimmung nach seiner Behausung.

Er sollte mit diesen Demokraten hinaus nach den Zelten, den Gendarmen gerade in die Arme? Welcher Unsinn! Er hatte von den Bürgerversammlungen gehört, die in der verflochtenen Woche draußen im Thiergarten, außerhalb der Stadtmauer, stattgefunden hatten. Alle Welt sprach von nichts anderem als von diesen Versammlungen, die dem Fastnachtsvergnügen der Berliner diesmal einen so merkwürdigen Beigeschmack gegeben hatten.

Was wollten denn eigentlich jene Menschen? Was konnte ein Grams, oder ein Fisch, oder er selbst, Gotthold Jakob Plüddemann, zu seinem irdischen Glück noch verlangen? War nicht alles aufs schönste geordnet in dieser besten der Welten? Hatte man nicht einen wohleingerichteten, sorgfältig abgestuften Staat mit einem trefflichen König an der Spitze, mit weisen Räten und tapferen Soldaten? Und war es nicht recht und billig, daß der ehrbare Bürgermann zum Danke für diese Segnungen dem König in Liebe und Treue diente? Nun sollte das unterste zu oberst gekehrt werden — das Volk sollte herrschen, hieß es auf einmal! Was war denn dieses Volk im Grunde genommen? Eine leidenschaftliche, begehrliche, kindlich thörichte Masse, eine Gesellschaft von armen Schludern, die nichts zu beißen hatten, wenn der Bürger ihnen nicht Arbeit gab oder

Politische Ueberlicht.

Berlin, 6. Mai.

Aus dem Reichstage. Die zweite Lesung des von unseren Genossen eingebrachten Antrages auf Einführung eines Reichs-Vereins- und Versammlungsgesetzes nahm heute die ganze Sitzung in Anspruch. Die Kosten der Debatte trugen dabei in der Hauptsache unsere Abgeordneten, von denen von Elm, Stolle, Zubeil und Nebel sprachen.

Gerade unsere Partei ist es ja, welche unter der reaktionären Anwendung der Vereinsgesetzgebung besonders zu leiden hat, und zu den zahllosen Fällen hinfälliger Auslegung der bestehenden Gesetze, welche in erster Lesung der Abgeordnete Grillenberger vortrug, brachten heute von Elm, Stolle und Zubeil noch reichlichen Nachtrag. Von Elm kam in seinen Ausführungen besonders auf die Schwierigkeiten zu sprechen, mit denen die Gewerkschaften zu kämpfen haben und konstatierte er dabei die Thatsache, daß die Arbeiter in ihren Lohnkämpfen nicht nur die Polizei, sondern vor allem auch die Presse aller Parteien — den Freisinn nicht ausgenommen — gegen sich haben.

Letztere Behauptung wollte nun der Freisinnige Lenzmann nur für einige im Norden erscheinende freisinnige Blätter zugeben, während die freisinnige Partei in ihrer Gesamtheit stets für berechnete Lohnforderungen der Arbeiter eingetreten ist und dies auch jetzt noch thut und für die Zukunft thun wird. Später hieb auch Herr Richter noch in dieselbe Kerbe und zum Beweise seiner „arbeiterfreundlichen“ Gesinnung benutzte der freisinnige Führer sofort den Buchdrucker-Verband als sozialdemokratische Organisation und dessen Leiter als sozialdemokratische Führer. Nebel nagelte auf der Stelle diese neueste Blüthe Richter'scher Arbeiterfreundlichkeit fest. Im übrigen wissen die deutschen Arbeiter, was sie von Richter und seinem Freisinn zu halten haben. Daß die Anträge unserer Genossen abgelehnt wurden, stand von vornherein fest, weshalb Singer den Entwurf auch zurück zog, nachdem die beiden ersten Paragraphen gegen die Stimmen der Freisinnigen und unserer Genossen abgelehnt waren.

Die Abstimmung über die Wahl des Dr. Böttcher wurde vertagt und für morgen an zweiter Stelle auf die Tagesordnung gesetzt.

Die morgen beginnende zweite Lesung der Umsturzvorlage wird damit eingeleitet, daß der Vorsitzende der Umsturzkommission und Hauptführer nach diesem geschlichen Monstrum vor die Thore des Reichstages gesetzt wird.

Die Kassation der Wahl des Dr. Böttcher, entsprechend dem Antrage der Wahlprüfungscommission, steht nämlich fest, und alle Quertreiber seiner Freunde können ihn vor diesem Schicksal nicht retten.

Herr Professor Cunecerus hat zwar die Abgeordneten mit einer 7 Seiten, Groß-Quart, langen Denkschrift heimgejagt, in der er all seinen Witz ausspielt, um nachzuweisen, daß der Reichstag „schon im eigenen Interesse“ die Wahl des Herrn Böttcher nicht lassen darf. Leider findet die Majorität der Abgeordneten die Gründe des Herrn Professors nicht so durchschlagend, wie er selbst.

Herr Dr. Böttcher ist nur mit einer Stimme Majorität gewählt; es steht aber fest, daß in die Wählerlisten am 21. Tage nach Beginn der Auslegung derselben, noch acht Wähler eingetragen wurden, welche nach Ablauf der Reklamationsfrist erst zugezogen waren. Von diesen zweifellos zu unrecht in die Listen aufgenommenen acht Wählern haben zwei gewählt, und die meisten Böttcher abgezogen werden. Geschieht dies aber, dann ist die Majorität flöten gegangen. Dieser eine Punkt liegt so klar, daß alles, was Cunecerus in seiner Denkschrift über weitere Beschlüsse der Wahlprüfungs-Kommission schreibt, hinfällig und gleichgiltig ist.

Die Stichwahl im 14. württembergischen Reichstagswahlkreis (Ulm) zwischen dem Wirthschaftsparteiler Schmann und dem Volksparteiler Fährle findet am Dienstag, den 14. Mai statt.

Die Ruhe, in welcher der erste Mai überall verlaufen ist, hat die ehrlichen unter unseren Segnern geradezu

verblüfft. Sie hatten sich einreden lassen, der erste Mai sei von den Sozialisten dazu bestimmt worden, die Brandfackel in die bürgerliche Gesellschaft zu werfen, das Signal zur Barrikade- und Dynamit-Revolution zu geben, oder doch mindestens den „allgemeinen Streik“ zu proklamieren. Und nun ist von allem dem nichts eingetreten!

Man sollte wohl denken, daß sei ja schon der sechste 1. Mai gewesen, seit Gründung des Kaiserthums der Arbeit. Allein bisher war die bürgerliche Welt in solcher Angst vor diesem Tage der eingebildeten Schrecken, daß sie wie Kinder, die von irgend einem fremdartigen Geräusch, plötzlich aus dem Schlaf geweckt worden sind, die Augen zu kniffen und sich die Decke noch über das Gesicht zogen, so daß sie nichts sahen und hörten, als die graufigen Ausgebirten ihrer Phantasie. In diesem Jahr hat zum ersten Mal — durch das tolle Treiben der Reaktion gewirkt — ein Bruchtheilchen, wenigstens des Bürgerthums, die Augen offen behalten, und was sahen sie? Die Arbeiter haben den internationalen Feiertag der Arbeit, ihren Feiertag, so würdig und in solcher Ordnung gefeiert, wie die sogenannten gebildeten Klassen es bei ihren nationalen Festtagen noch niemals gethan haben. Keine Völlerei, keine Hohlheit, kein barbarisches Memmieren und Schimpfen, wie z. B. bei den jüngsten Orgien in Friedrichsruhe — sondern besonnene Zielbewusstheit und Begeisterung für die höchsten Ideale der Menschheit, so daß kein Wort, keine Handlung nicht im Einklang wäre mit dem Edlen und Schönen, das die höchsten Geister unseres Volkes gelehrt haben.

Der 1. Mai ist dieses Jahr so gefeiert worden, wie die Arbeiter unter den herrschenden Verhältnissen ihn feiern wollten.

Er ist freilich nicht so gefeiert worden, wie die Feinde der Arbeiter es gewünscht oder erwartet hatten.

Und größere Massen haben ihn diesmal gefeiert als in früheren Jahren, und größere Massen als dieses Jahr werden den ersten Mai im nächsten Jahr feiern.

Ueber das Schicksal der Umsturzvorlage zu launegiefern ist der Gipfel der Thorheit. Ebenso unvernünftig wäre es, im April, während der Barometerstand jede Minute sich ändert, das Wetter auf noch einen Tag vorauszusagen zu wollen. Wir wollen hier aber vor optimistischen Auffassungen warnen. Die Thatsache, daß die Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen sich gegen die Vorlage ausgesprochen, und daß Zentrumsorgane erklärt haben, wenn die Paragraphen des Zentrums nicht angenommen würden, werde es gegen die ganze Vorlage stimmen, — ist von vielen Zeitungen ganz falsch aufgefaßt worden. Alle diese Parteien sind bereit, einzelne Theile der Vorlage zu bewilligen, jede von ihnen will bloß die „Gistähne“ ausziehen, die ihr gefährlich, aber die belassen, möglichenfalls solche einlegen, die den anderen Parteien gefährlich sind. Es wird bei den bevorstehenden Debatten sehr verwickelte Abstimmungen mit wechselnden Majoritäten geben, das Endergebnis kann heute keiner voraussagen, und mehr als je haben wir auf der Gut zu sein.

Protest deutscher Gemeindeverwaltungen gegen die Umsturzvorlage. Vertreter von mehr als 60 Kommunen — ca. 240 Personen — hatten sich am Sonntag im Hotel Kaiserhof in Berlin versammelt. Die einstimmig angenommene Resolution lautete:

„Die in Berlin versammelten Mitglieder deutscher kommunaler Körperschaften erblicken in der sogenannten Umsturzvorlage eine Einschränkung derjenigen Freiheit der öffentlichen Kritik, welche die unentbehrliche Voraussetzung einer gesunden Entwicklung des öffentlichen Lebens und insbesondere kommunaler Selbstverwaltung ist. Erfüllt von der Befürchtung, daß die gesetzgebende Jurisdiction der öffentlichen Kritik auf allen Gebieten des staatlichen Lebens den Fortschritt hindern, vielmehr die gewerbliche Thätigkeit in hohem Maße beschränken, die Stellung sozialer Schäden erschweren und damit die Unzufriedenheit vermehren würde, richtet die Versammlung an den Reichstag das dringende Ersuchen, die Umsturzvorlage in jeder Gestalt abzulehnen zu wollen.“ Folgen die Unterschriften der Versammelten. Dieser Petition haben sich, außer den Anwesenden, Vertreter von 170 Städten und Gemeinden Deutschlands brieflich bzw. telegraphisch angeschlossen. Hierunter befinden sich Kundgebungen aus Erfurt, Posen, Kolberg, Mainz, Mann-

Häuschen, das ihm seine erste Ehegattin hinterlassen hatte, war von Herrn Plüddemann aus Rücksicht auf seine Reputation bald nach dem Tode derselben verkauft worden. Es war nämlich eine gewisse Konzession mit jenem Häuschen verbunden, die geeignet schien, das kleine Gebäude sammt seinen Bewohnerinnen bei Leuten von heikler Auffassung in Verruf zu bringen. Die Petristraße war zu jener Zeit, gleich der „Königsmauer“, wegen dieser kleinen Kasernen der Bennis berüchtigt, denen so mancher „ehrbare Bürgermann“ seinen Wohlstand verdankte. Herr Plüddemann hatte Gelegenheit gefunden, Haus und Konzession „gut“ zu verkaufen, und so war nichts mehr seinem Ehrgeiz im Wege, der ihn nach höheren Zielen, zunächst nach irgend einem städtischen oder kirchlichen Ehrenamt, streben ließ.

Herr Plüddemann war, wie man sieht, eine recht gute Partie zu nennen, und es hätte ihm gewiß nicht fehlen können wenn er unter die Schönen des Landes getreten wäre und seine Hand ausgetreten hätte. Allein er hatte bereits etwas gefunden, das nach seinem Geschmack war: arm zwar, aber jung und hübsch, und von einer Bescheidenheit und einem sittlichen Ernst, der ihn so ganz zu seinem eigenen soliden Wesen zu passen schien. Es war niemand anders als Lotte Wernicke, die Tochter des Schneiders Mathias Wernicke, der im oberen Geschoß des Plüddemann'schen Hinterhauses wohnte.

Dieses Hinterhaus, das durch einen engen und winzigen Hof vom Vorderhaus getrennt war, hatte der Vorgänger des jetzigen Besitzers für seinen eigenen großen Hausstand errichtet. Als Gotthold Plüddemann das Haus übernahm, hatte Meister Mathias das Parterre des Vorderhauses inne. Er galt als ein tüchtiger, leistungsfähiger Handwerksmeister und hatte bisweilen bis zu fünf Gesellen sitzen. Seit dem Tode seiner Gattin jedoch war es mit ihm abwärts gegangen, er hatte aus den Vorderzimmern in das enge, dumpfe Hinterhaus ziehen müssen. Es that Herrn Plüddemann leid, um den braven Meister und seine vier hübschen Kinder, aber was war da schließlich zu machen?

Da hatte nun, bald nach dem Tode der seligen Frau Plüddemann, Herr Gotthold die überraschende Entdeckung gemacht, daß Lotte Wernicke, die ältere Tochter des Meisters, im Laufe der Jahre zu einer blühenden Jungfrau herangewachsen war. Und um dieselbe Zeit war es gleichsam

heim, Galberhadt, Amsdorf, Frankfurt a. M., Baden-Baden, Glatz, Karlsruhe, Kassel, Galle, Gollup, Briesg, Wolgast, Steinau, Stuttgart, Altona, München, Heidelberg, Offenbach, Schneidemühl, Nordhausen, Brandenburg, Potsdam, Kulmbach, Greiburg, Briesgau, Elbing, Nürnberg, Danabrid, Jagen, I. Weßl, Koburg, Eisenach, Gera, Stahfurt, Bunzlau, Annaberg, Bremen, Köllin, Spandau, Naumburg a. S., Rudolstadt, Konstantz.

Eigenthümlich berührte es in der Versammlung, deren politische Bedeutung wir gerne anerkennen, daß an Stelle eines der vielen redegewandten Vertreter des Bürgerthums der als Gast anwesende Prinz Schönaich-Carolath über die Bedeutung der Umsturzvorlage referierte. Sollte der Prinz als besonderes Paradebild vorgeführt werden oder erhielt er das Wort als künftiger Oberbürgermeister von Berlin? Bekanntlich waren gewisse Kreise nach dem Tode Forderbeds eifrig bemüht, den Prinzen Schönaich-Carolath zum Oberhaupt Berlins zu machen. Man wollte damit dem Hofe eine genehme Persönlichkeit präsentiren.

Bürgerliche Versammlungen gegen die Umsturzvorlage wurden unter anderem auch in Dortmund und Göttingen abgehalten.

Das preussische Ministerium steht im Vordergrund der Agitation gegen die Umsturzvorlage. Durch seine Maßregeln gegen die Berliner und andere Stadtverordnetenversammlungen hat es die Bedeutung der Petitionen dieser Körperschaften wesentlich gesteigert. Von einer Kundgebung der Breslauer Studentenschaft hätte man auch nicht viel gesprochen, wenn nicht durch eine telegraphische Verfügung des Unterrichtsministers die von den Studenten ausgelegten Listen zur Unterzeichnung einer Petition gegen die Umsturzvorlage beschlagnahmt worden wären.

Friedrich „der Große“ und das Umsturzgesetz — betitelt sich ein Aufsatz des „Hamburger Echo“, der eine Blumenlese von umstürzlerischen Stellen aus den Schriften des „alten Fritz“ giebt. Die Sammlung könnte mit Rechtigkeit verzehnfacht werden. Denn schriftstellerisch wie auch politisch hat es nie einen größeren Umstürzler gegeben, als den Gründer des modernen preussischen Staates und den amtlich approbirten Erfinder des „friedericianischen Geistes“, welcher nach amtlicher Versicherung auch heute noch der — allerdings sehr problematische — „Geist“ der preussischen Politik ist. Die ganze Regierung des alten Fritz war eine lange Kette, von der jedes Glied ein Umstürzler. Und nun gar, was der „Altheit“ auf dem Königsstern an Religionserschmähungen verbrochen hat! Auch das neu ausgewärmte: „Wer auf Gott vertraut und feste um sich hat“ war ein Lieblingspruch des „verhärteten Heiden“, freilich einer der sanftesten. Einige kräftigere werden wohl die bevorstehenden Umstürzdebatten erheitern.

Die Schnapsbrenner sind die Edelsten und Besten der Nation. Ihr staatsverhaltendes Wirken wird durch die folgende Mittheilung trefflich illustriert:

Steuerdefraudationen der Brenner. Die Sympathien für das Gewerbe der Brantweinsteuer werden nicht gerade vermehrt durch eine Statistik ihrer Steuerhinterziehungen, die in der Zeitschrift des „Deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke“ veröffentlicht wird. Wegen dieses Vergehens sind im Brantweinsteuergebiet von 1880/81—98/94 nicht weniger als 4763 Verurtheilungen erfolgt, darunter 48 zu Freiheitsstrafen; wegen bloßer Ordnungswidrigkeiten haben 17 764 Verurtheilungen stattgefunden. Die hinterzogenen Steuerbeträge beliefen sich auf 1 060 019 M., die Defraudationsstrafen auf 5 1/4 Millionen M., die Ordnungsstrafen auf 1/4 Million M. Die allermeisten dieser Vergehen und Bestrafungen entfallen auf Ostpreußen; allein in den vier Provinzen Ost- und Westpreußen, Posen und Schlesien sind in den 14 genannten Jahren 4366 Verurtheilungen und Geldstrafen im Gesamtbetrage von 4 1/4 Millionen Mark erfolgt, die hinterzogenen Steuerbeträge beliefen sich auf 800 000 M.

Zur Beschränkung der Lehrfreiheit an deutschen Universitäten. Einiges Licht auf die Hintergedanken derjenigen, welche der Regierung bei ihrem Vorgehen gegen unsern Genossen Arons Weisall Ratsschen, wirft ein etwas unbedachter Stoßseufzer der „Erfelder Zeitung“. Anknüpfend an unsere Mittheilung, daß Dr. Arons vor drei Jahren zum außerordentlichen Professor vorgeschlagen war, schreibt das Blatt:

„Das hätte auch gerade noch gefehlt, daß ausgesprochene Sozialdemokraten zu Universitätsprofessoren gemacht werden. Man hat an den Kathedersozialisten schon vollauf genug.“

Noch besser macht es das Baare-Blatt, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“; sie schließt einen von Schmähungen

wie von selbst gegeben, daß der alte Herr — wenn man einen wohlkonservirten Fünfziger so nennen darf — sich in das schlanke, wohlgebackene Mädchen mit den großen, dunklen Augen und dem üppigen, braunen Haar bis über die Ohren verliebte.

Noch niemals hatte Gotthold ein Gefühl von solcher Stärke für ein weibliches Wesen empfunden. Sein Inneres geriet förmlich in Aufregung beim Anblicke des jungen Mädchens, das er den ganzen Tag vor Augen hatte, ohne doch bisher eine mehr als oberflächliche Annäherung bewerkstelligen zu können.

Er konnte von seiner im ersten Stockwerke des Vorderhauses gelegenen Wohnung aus täglich und stündlich das Treiben der Familie Wernicke beobachten. Zur Zeit des Vorbesitzes waren die beiden Wohnungen zu einer einzigen vereinigt gewesen, wie eine schmale Verbindungstreppe bewies, die gleich einer Brücke von dem Hinterzimmer der Vorderwohnung quer über den Hof nach der tiefer gelegenen Wernicke'schen Wohnung hinüberführte. Die Zugänge der Treppe waren jetzt verrammelt, doch war es Frau Mudenich, der Wirthschafterin des Herrn Plüddemann, bereits aufgefallen, daß der Herr Vorsteher seit einiger Zeit jenes Hinterzimmer zu seinem Schlaf- und Arbeitsraum gewählt hatte, während er ihr selbst statt desselben das kleinere der beiden Vorderzimmer angewiesen hatte. Der Tausch wäre für Frau Mudenich gar nicht so übel gewesen, wenn da nicht im Hintergrunde gewisse Pläne gelauert hätten — schwarze, pechschwarze Pläne, die Frau Mudenich nur zu bald errathen hatte, und die ihr ehrbares Wittwenherz aufs allerbitterste betrübten.

Herr Plüddemann hatte sich nach dem Mittagssmah in das Hinterzimmer zurückgezogen, um „ein halbes Stündchen zu ruhen“, wie er Frau Mudenich im Vorübergehen eröffnete.

„Die Ruhe kennen wir“, murmelte die würdige Dame in sich hinein, während sie das Schgehirn abräumte und ihrem Herrn und Gebieter einen grimmigen Blick nachsandte. „Nicht mal das Essen schmeckt ihm mehr — so hat die schwarze Hure es ihm angethan. Ein gelbschnäbeliges Ding, das kaum die Kinderschuhe vertreten hat, und ein armseliges Schneidernadel dazu! Se, he! Wie man nur so wenig auf seine Reputation geben kann!“ (Fortsetzung folgt.)

und fügen stehenden Artikel gegen Kronz mit den Worten:

Unseres Erachtens ist das Wort von der Lehrfreiheit an Universitäten ein ziemlich leeres. Tatsächlich besteht diese Lehrfreiheit darin, daß die in der betreffenden Fakultät herrschende politische, wirtschaftliche, wissenschaftliche Richtung immer nur Kandidaten ihrer Farbe vorschlägt. So erben sich auf den Universitäten die romanischen oder germanistischen Juristen, die historischen oder theoretischen oder sozialistischen Nationalökonomien u. s. w. wie eine ewige Krankheit fort. Wer nicht zur Schule gehört, wird ausgelesen, wer aber zur Schule gehört — und fände auch seine wissenschaftliche Leistung auf der Höhe derjenigen des Dr. Kronz — wird, wenn auch nicht geachtet, so doch gebüdet. Wäre hier schon ein gelegentliches Durchgreifen der Staatsregierung zu wünschen, so muß umso mehr betont werden, daß eine staatliche und gesellschaftliche Qualifikation für die Lehrer und Erzieher der Söhne der führenden Klassen durchaus notwendig ist.

Das ist deutlich. —

Im „Fall Kronz“. Ergötzlich ist es häufig, gleichzeitige Urteile verschiedener Parteirichtungen über die nämliche Person zusammenzufassen. So schilderte z. B. die „Reinisch-Deutsche Zeitung“ vom 5. Mai unsern Genossen Kronz als einen „fogenannten Repräsentations-Objekten“, der „zu der zahlreichen Klasse derjenigen vermögenden Leute gehöre, welche wegen irgend einer mehr oder minder werthigen Arbeit an einer Universität sich habilitiren, um auf ihren Visitenkarten das Wort „Privatdozent an der Universität“ anbringen zu können und sich so eine gesellschaftliche Stellung zu erobern. Herr Dr. Kronz, der eine wissenschaftliche Null allerersten Ranges ist, gehört auf diese Weise der Friedrich-Wilhelms-Universität unserer Reichshauptstadt an.“

Dagegen bezeichnet ihn im Abendblatt vom 4. Mai die „Volk-Zeitung“ als einen „hervorragenden Physiker“, und meint, er sei einer der tüchtigsten Schüler des großen Physikers Kundt, ein Gelehrter, dessen Arbeiten in den Veröffentlichungen der Berliner Akademie der Wissenschaften der deutschen Wissenschaft zur Ehre gereichen, dessen Erfindungen in der physikalischen Reichsanstalt nutzbar gemacht werden.

Für einen sachgemäßen Auszug der wichtigen Frage, welche dem Fall Kronz zu grunde liegt, wäre es wünschenswert, daß alles persönliche, sowohl die unbegründeten Schmähungen wie die unverdienten Lobeserhebungen bei Seite gelassen würden. Daß die letzteren auf unzutreffenden Voraussetzungen oder Mißverständnissen beruhen, theilt uns Genosse Dr. Kronz selbst mit. —

Aus den Ferienkolonien. In dem in Bamberg liegenden 5. Infanterie-Regiment sind zahlreiche Erkrankungen vorgekommen. Ueber die Ursachen derselben liegen die folgenden, offiziell abgeschwachten Mittheilungen vor: Eine Quantität Mehl aus der Ingershütter militär-ärztlichen Mühle scheint in etwas verdorbenem Zustande hier zur Verwendung gelangt zu sein und schädlich gewirkt zu haben; es sind davon Erkrankungen leichter Art bei etwa 60 Mann festgestellt und die erforderlichen Maßnahmen ergriffen worden.

Zur Währungsfrage. Nicht eine Einladungsschrift an die auswärtigen Regierungen zur Theilnahme an einer internationalen Münzkonferenz ist zur Vorlegung an den Bundesrath fertig gestellt, sondern der Reichskanzler hat, wie die „Voss. Ztg.“ erzählt, die deutschen Regierungen aufgefordert, sich darüber zu äußern, ob, entsprechend seiner Erklärung vom 15. Dezember 1894, eine Münzkonferenz berufen werden soll, um zu prüfen, ob Maßregeln gegen den zunehmenden Werthunterschied zwischen Gold und Silber möglich sind, ohne unserer Reichsregierung zu präjudiciren. —

Carl Vogt †. Gestern, den 5. Mai, starb in Genf 78 Jahre alt, Carl Vogt, der auf naturwissenschaftlichem Gebiet, theils als Forscher, theils — und hauptsächlich — als Verbreiter des von größeren Forschern Gewonnenen Thätiges, in einigem Bedeutendes leistete, auf politischem Gebiet aber, wo er sich von 1848 bis in die 60er Jahre versuchte, wenig Lorbeeren geerntet hat. Nachdem er im Frankfurter Parlament und später im Stumpfparlament sehr viele Reden gehalten und als „Reichsregent“ dem Kampf für die Reichsverfassung sorgfältig aus dem Weg gegangen war, lebte er längere Zeit als Flüchtling im Ausland. Nach dem Sturz der französischen Republik gerieth er in die korrupte Athmosphäre des französischen Kaiserreichs, ließ sich vom „Reichen Prinzen“ („Plonplon“), der demokratische Gimpel für die Dynastie Bonaparte einstieg, zu allerhand Dingen gebrauchen, worüber das nähere nachzulesen in der trefflichen Streitschrift von Marx: „Herr Vogt“. In späteren Zeiten scheint er von den imperialistischen Wandlungen zurückgekommen zu sein. —

Die Volksabstimmung nach belgischem Muster, die von unsern Wiener Genossen anlässlich der morgigen stattfindenden Nachwahl im II. Wiener Wahlbezirk geplant war, ist von der Polizei untersagt worden. Die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ erklärt aber, daß dieselbe trotzdem stattfinden wird. —

Die ungarische Ministerkrise und die des Ministres des Auswärtigen scheint nach gegenseitigen Erklärungen der beteiligten Staatsmänner gütlich beigelegt zu sein. —

Ein Cyper des Epithelkanthelms. Die Leser des „Vorwärts“ erinnern sich des sogenannten „Walfall-Komplotts“ (in England), das vor drei Jahren viel Staub aufwirbelte. Es wurden Bomben gemacht und entdeckt unter Umständen, die uns sofort klar machten, daß wir bestellte Arbeit vor uns hatten. Der Prozeß ergab die Wichtigkeit unserer Vermuthung. Das Haupt der „Verschwörung“, ein gewisser Coulson, der „revolutionäre“ der „Revolutionäre“, entpuppte sich als Agent der französischen und englischen Polizei (speziell des Londoner internationalen Oberpolizeipräsidenten Melville); der Wiedermann verdiente aber, als die Sache für ihn und seine Brotergeber brenzlich wurde, und die Polizei hat ihn auch nicht gesucht. Drei der Gutmuthigen, die sich von Coulson hatten nähren lassen, wurden zu längeren Gefängnisstrafen verurtheilt, der Sozialist Charles, ein ehrlicher, jedoch nicht allzuweitsichtiger Arbeiter, zu 10 Jahren, von denen er noch 7 Jahre zu verbüßen hat. Ein ehemaliger Londoner Detektiv, Mr. Mac Intyre, der zur Zeit des Walfall-Komplotts in Dienst war, veröffentlichte vor kurzem in „Reynolds's Newspaper“ einiges aus seinen Erlebnissen, namentlich auch über Coulson und dessen Thätigkeit. An diese Enthüllungen anknüpfend, verlangt die „Justice“ jetzt die sofortige Freilassung des unglücklichen Charles; und die englische Regierung wird, nach der Reichte ihres Ex-Beamten Mac Intyre, kaum umhin können, diese selbstverständliche Forderung zu erfüllen. —

Zum Fall Giolitti. Die Begründung in dem Kassationsurtheil Giolitti wird soeben veröffentlicht; sie ist geradezu verärgert für Crispi, ihr Hauptpunkt lautet wörtlich: „Kompetent, aber diese Frage der Moralität, die ja in der Kammer entstanden ist (nata nella Camera), zu diskutieren, ist allein die Wahl-Autorität, welcher das Land seine Ehre, seine Güter, sein Blut anvertraut hat; und also kommt es allein dem Parlament zu, hierin das entscheidende Wort auszusprechen.“ Man denke sich das Gesicht Crispi's, der eben dies Parlament mit Hupstritten nach Hause gejagt hat. —

Rußland. Man schreibt uns aus Petersburg: Die letzten Vorfälle in unserm „heiligen“ Rußland, wie die Entlassung der besten Professoren an der Moskauer

und Petersburger Universität, die Verhaftung mehrerer Militärpersonen, die hiesigen Februarunruhen und das beachtliche Schwanen-Wentat, zeigen zur genüge, daß einerseits der Despotismus, der Würde eines jeden menschlichen Bedenkens augenblicklich mit voller Kraft und Macht die heißen Strahlen der kommenden „Lichtaugenholden neuen Zeit“ zu unterdrücken versucht, andererseits wieder die Unzufriedenheit, die langsam aber sicher zur heißen Gluth entfacht. Wenn auch die ganze Bureaucratie, vom Ministerrath, wie Durnowo, Murawjow, General Nowikow u. s. w. bis zum letzten Landgendarm, in heuchlerischer Ergebenheit und Unterthänigkeit Jungväterchen Nikolaus II. zu schmeicheln versuchen — umsonst. Das Volk streift langsam seinen Anechtinn ab, und das ist nicht mit Bajonetten, Schlüsselburgsger (bei Petersburg) und den Bergwertern in Sibirien zu verhindern. Die Angriffe auf die bestehende Staatsordnung werden immer bestiger und häufiger. Heute bin ich im Stande, in dieser Hinsicht folgendes mitzutheilen. Dem Einwohner des Dorfes Nowaja Rudna der Kurenstischen Gemeinde, Friedrich Werner, wurden von dem Pristaw (Polizeibeamten) des 8. Stanz (Distrikt) Broschüren, Journale und Handschriften in deutscher Sprache abgenommen und dem Nowograd-Wolgaischen Gubernium (Untersuchungsrichter) mit dem Bemerkten übergeben, daß Werner diese Schriften aus Deutschland erhalte und unter den Kolonisten verbreite. Die Broschüren und Handschriften wurden dem Schitomir'schen Erzbischof zur Begutachtung übergeben, welcher den Gouverneur ersuchte, die Verfügung zu treffen, alle derartigen Broschüren u. s. w. bei den Kolonisten wegzunehmen. Zugleich legte der Erzbischof folgenden Bericht des Archimandriten Sofronji über den Inhalt und die Richtung dieser Schriften vor:

„Verhängliche Broschüren und Briefe tragen den Charakter eines sehr schädlichen Stundbüchens, und wie aus den Briefen ersichtlich, versendet man dieselben nach allen Orten Rußlands. In allen diesen, von den Deutschen an die russischen Stundisten gerichteten Briefen beschwören erstere die letzteren, ruhig alle Verfolgungen der russischen Regierung zu ertragen. ... Diese Schreiben dienen zur Verführung des russischen Volkes. Sie sind sowohl für die rechtgläubige Religion als auch für die Regierung selbst in hohem Maße gefährlich. ... Ihr Ziel ist nicht nur die Verführung des russischen Volkes zum Stundismus, sondern auch die Erschütterung der Grundlagen des Reiches selbst.“ —

Russifizierungs-Maßregeln im Königreiche Polen. Unter der politischen Bevölkerung soll nach einer dem „Lokal-Anzeiger“ zugegangenen Mittheilung aus Warschau wegen der beabsichtigten Schließung der polnischen Lehranstalten große Erregung herrschen. —

Frauenstudium in Rußland. Der russische Reichsrath prüfte am Sonnabend den Gesetzentwurf für die Errichtung höherer medizinischer Kurse für Frauen in Petersburg und nahm denselben der „Nowoje Wremja“ zufolge sympathisch auf. Die Erziehung des Instituts ist durch private Mittel sicher gestellt. —

Ungarisches. Der „Kölnischen Zeitung“ wird aus Sofia vom 4. d. M. gemeldet: In Vranja fanden Zusammenkünfte der Parteien statt, bei welchen eine Person getödtet und mehrere verwundet wurden. Der Bürgermeister, der zugleich liberaler Deputirter ist, telegraphirte an den Prinzen Ferdinand, daß die Polizei die Verhafteten im Gefängnis misshandle und, mit Partei-Untriebe beschäftigt, ihre Aufgabe nicht erfülle. Wenn nicht Abhilfe geschaffen werde, würden die Bürger die Waffen ergreifen, um ihre Rechte zu verteidigen. Der Bürgermeister wurde seines Amtes entsetzt. —

Der Aufstand in Cuba wird in Madrider Deveschen als fast erloschen bezeichnet. Glauben verdienen diese Nachrichten nicht. —

Nicaragua. Ein Telegramm aus Corinto meldet, daß Nicaragua das britische Ultimatum angenommen und die englische Flotte heute den Hafen verlassen hat. Für England dürfte der politische Erfolg so manchen kommerziellen Nachtheil im Gefolge haben, wie die folgende Mittheilung vermuthen läßt: Alle central-amerikanischen und mehrere südamerikanischen Staaten haben in Telegrammen an den Präsidenten Zelapa eine kommerzielle Union gegen englische Waaren und Schiffe angeregt und vorgeschlagen, daß die von England geforderte Entschädigung innerhalb 14 Tagen in London unter Protest gezahlt und im übrigen das Ultimatum Englands einem Schiedsgericht unterbreitet werde. —

Die Japaner haben auf den im Friedensvertrag ihnen zugesicherten Besitz der Halbinsel Liaotung verzichtet. Dort Arthur, das die Halbinsel beherrscht, und vom Festland durch einen Meerarm getrennt ist, behalten sie aber, und dadurch wird dieses Zugeständnis praktisch vollständig werthlos. Wie es scheint, werden die Mächte des „neuen Dreieckes“ sich damit begnügen. Diese „Lösung“ war gleich zu Anfang von den englischen Zeitungen empfohlen worden, wir dürfen also annehmen, daß sie in Uebereinstimmung mit der englischen Regierung erfolgt. Wir wollen abwarten, was der „neue Dreieck“ nun thut — ob er sich zufrieden giebt oder ob Rußland seine Gefolgschaft in einen Krieg verwickeln will, den selber und allein zu führen es nicht im Stande ist. —

Formosa. Die das „Neuer'sche Bureau“ aus Hongkong meldet, ist die Lage auf Formosa ernst. Mannschaften ausländischer Kriegsschiffe sind in Anping gelandet, um die fremden Ortsansässigen zu schützen. Die britischen Matrosen patrouilliren im Hafen von Takao in bewaffneten Booten. Die Schwarzfliegen sind sehr unruhig; es werden ernstliche Aufhebungen befürchtet. —

Parteinachrichten.

Aufforderung! Die zur Vertheilung gelangten 80 000 Flugblätter, das Frauen-Wahlrecht betreffend, haben bei weitem nicht hingereicht, daß alle Wünsche hätten berücksichtigt werden können. Es muß deshalb in nächster Zeit eine Neu-Ausgabe des Flugblattes veranstaltet werden. Damit diese in der erforderlichen Höhe hergestellt wird, ersucht die Unterzeichnete die Kreis-Vertrauenspersonen, sowie die Genossinnen, die die Vertheilung der Flugblätter übernehmen wollen, ihr möglichst bald mitzutheilen, wieviel Exemplare des Flugblattes sie für ihren Kreis oder Ort benötigen. Frau v. Poskett, Berlin, Luisen-Ufer 46, parterre.

Von der Agitation. Im Wahlkreise Görlitz-Lauban haben die Parteigenossen, wie uns von dort geschrieben wird, 20 000 Exemplare eines Flugblattes verbreitet, worin das herrschende politische System, insbesondere die reaktionären Bestrebungen und das Verhalten der Mehrheitsparteien des Kreises Görlitz-Lauban kritisiert werden. Versammlungen in diesem ausgedehnten Landkreise abgehalten ist wegen der Furcht der Lokalinhaber vor den „maßgebenden“ Persönlichkeiten äußerst erschwert, weshalb die Verbreitung von Flugblättern u. s. w. noch größeren Werth hat, als es sonst der Fall ist. Trotz der Hindernisse, die man uns natürlich auch hierin bereitet, geht die Bewegung doch vorwärts, was auch von allen Delegirten der zu Osnern abgehaltenen Wahlkreis-Konferenz berichtet werden konnte.

In Apolda hielt am Sonnabend Bebel zu Gunsten der Wahl Wandert's eine allgemeine Wählerversammlung ab, die in der städtischen Turnhalle stattfand und so zahlreich besucht war, daß viele Hundert Wähler keinen Platz mehr fanden.

Nachträgliches über die Maifeier. In Freiburg i. N. war die Zahl derjenigen, die die Arbeit ruhen ließen, im Verhältniß zur Größe der Stadt gering, aber dennoch bedeutender als im vergangenen Jahre. Die Hauptfeier am Abend war dagegen außerordentlich stark besucht. Die Festrede hielt der Schriftsteller J. A. E. L. aus Mühlhausen i. G. Die Maifeierblätter wurden diesmal sämtlich abgesetzt, was früher nie der Fall war. Die Begeisterung unter den Festtheilnehmern war groß. Selbstverständlich war die bei Arbeiterfesten an sich überflüssige Polizei noch besonders zahlreich aufgestellt. — In Gießen wurde der 1. Mai durch die Abhaltung einer Volksversammlung gefeiert, die gut besucht war und nach einem Referat des Parteigenossen G. Orbig einstimmig eine Resolution für den Achtundzestag annahm, worin zugleich gegen die Umsturzvorlage Protest erhoben wird. — Am Sonntag war Maifeier. — Die Frier in Rudolstadt war am 1. Mai von über 200 Personen besucht. Arthur Hoffmann aus Saalfeld referirte. Die Maifeier ist Sonntag, den 12. Mai. — In Mühlhausen i. Th. war die Stadtverwaltung erlucht worden, einen Zufuß zur Maifeier zu bewilligen und zu gestatten, daß sie in der Gymnasial-Turnhalle abgehalten werde. Über der Magistrat jener Stadt hat's den verflügten Nothen gut gegeben. Er schrieb unsern Genossen Ausergerling kurz und bündig: „Auf Ihren Antrag vom 18./20. April eröffnen wir Ihnen, daß es nicht zur Aufgabe der Gemeinden gehört, politische Parteien mit Geld zu unterstützen oder ihnen Lokale für ihre öffentlichen Versammlungen zur Verfügung zu stellen. Wir lehnen daher Ihren Antrag u. s. w. ab.“ Ein zweites Gesuch, worin um die Genehmigung zu einem „Umzuge mit Musik“ eingebracht worden war, fand begreiflicherweise ebenförmig Gnade; den Grund zur Ablehnung mußte hier die Behauptung abgeben, durch den Aufzug sei eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit zu befürchten. Daß aber die Maifeier in Mühlhausen auch ohne Umzug imposant ausfiel, hat der Magistrat nicht verhindern können. In der Vormittagsversammlung waren immerhin 40 Personen erschienen, was bei den ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen für eine kleine Stadt eine ganz achtungswerthe Ziffer ist; aber nachmittags und abends steigerte sich diese Zahl auf rund 500, was für Mühlhausen eine hervorragende gute Theilnehmung bedeutet. Alles ist gut verlaufen. — Auch in Salza bei Nordhausen ist die Maifeier den örtlichen Verhältnissen entsprechend befriedigend ausgefallen. — Ebenso in Reg. in Elsf. Volbringen. Dort hatte die Polizei den „Volkstempel“, den „Wahren Jakob“ und sonstige sozialistische Lektüre, deren sie habhaft werden konnte, konfisziert. Aber alles hat nichts genützt. Das Weltfest der Arbeit wurde nur mit um so größerer Begeisterung gefeiert. — In Aachen war die Volksversammlung am 1. Mai so zahlreich besucht, daß schon lange vor ihrer Eröffnung der Saal polizeilich abgesperrt werden mußte. Hunderte fanden keinen Einlaß. Alle Arbeiter waren in Festtagskleidung erschienen. Wenn wir auch — schreibt man uns — noch nicht im Stande waren, an unserm Weltfeiertage die Arbeit ruhen zu lassen, so ist die Zeit doch nicht mehr fern, wo wir uns diese erkaufte haben werden. — Nach der Mainummer des „Wahren Jakob“ wurde am Sonnabend in Stuttgart in den Räumen der J. G. D. die hiesigen Buchhandlung eifrig von der Polizei gesahnet. Die heilige Germania hatte jedoch kein Glück. Ebenso wenig in Stettin, wo sie in den Versteigerungsräumen des „Volkstempels“ beim Suchen nach dem „Wahren Jakob“ und nach dem „Süddeutschen Postillon“ auch nicht ein einziges Exemplar erwischt. Der Geschäftsführer hatte übrigens in Abwesenheit des Besitzers des „Volkstempels“, des Reichstags-Abgeordneten Herbert, gegen die Hausdurchsuchung protestirt, da Herbert durch seine Inammutat als Abgeordneter auch gegen Maßnahmen solcher Art geschützt sei, die Polizei lehrte sich aber nicht daran.

Der Militärboikott ist in Dresden über die Lokalkitäten der Walschloßchen-Brauerei, in Göttingen über den Walschloß zum Anker verhängt worden. Die Arbeiter haben dort den 1. Mai gefeiert.

In Bilbao in Spanien waren die Mitglieder des sozialistischen Komitees verhaftet worden, als die Vergleute eines benachbarten Bezirkes die Arbeit niedergelegt hatten. Jetzt sind die Verhafteten wieder in Freiheit gesetzt worden. Wahrscheinlich war die Verhaftung der reine Militärakt, der nur geschah, um die Vergleute der agitatorischen Hiffe verlustig zu machen, der kämpfenden Arbeitern überall von der Sozialdemokratie zu theil wird. In den Bergwerken herrscht nämlich jetzt „vollkommene Ruhe“. Danach hätte die Fortdauer der Haste ja auch keinen Zweck mehr. Uebrigens wäre es unrichtig, eine solche polizeiliche Praktik als etwas spezifisch Spanisches zu charakterisiren. Sie ist auch in vielen anderen „Kulturländern“ nichts Neues.

Polizeiliches, Gerichtliches u.

— Eingekerkelt ist das Strafverfahren, das gegen mehrere Parteigenossen im Kreise Schwedt wegen Verbreitung des Flugblattes „Sklaverei in Deutschland oder die Rechtlosigkeit des Gesindes und der ländlichen Arbeiter“ eingeleitet worden war.

— Der „Bremer Courier“ hat vor längerer Zeit einen Artikel des „Hamburger Fremdenblattes“ veröffentlicht, worin dem früheren Geschäftsführer der „Bremer Bürgerzeitung“, Alois Dautin, der Vorwurf gemacht wurde, er hätte die Geschäftsbücher in einem wahrhaft chaotischen Zustand zurückgelassen und unter anderem 1500—1800 Abonnenten nicht gebucht. Dautin klagte gegen den Vertreter des „Bremer Couriers“, Ordemann, und die Sache kam nun vor dem bremsischen Schöffengericht zur Verhandlung. Die Zeugenernehmung ergab, daß die in dem inframirten Artikel aufgestellten Behauptungen sämtlich auf Unwahrheit beruhten. Der Verteidiger Ordemann's mußte selbst zugeben, daß nach der Weiserhebung sein Klient zu bestrafen sei, doch hat er milde Umstände walten zu lassen, da Ordemann sich auf das „Hamburger Fremdenblatt“ und auch auf ein hier kursirendes Gerücht verlassen habe. Das Gericht verurtheilte Ordemann in eine Strafe von 250 M., event. 25 Tage Haft. Außerdem hat Ordemann die Kosten des Verfahrens zu tragen. Dem Kläger wird das Recht zugesprochen, das Urtheil auf Kosten des Beklagten in der „Bürger-Zeitung“, dem „Bremer Courier“ und dem „Hamburger Fremdenblatt“ zu veröffentlichen. In seiner Urtheilsbegründung hob der Richter hervor, daß die Verhandlung ergeben habe, daß auch nicht ein Schimmer von den über Dautin's aufgestellten Behauptungen wahr sei, und daß Kläger in seiner Ehre tief gekränkt und in seinem weiteren Fortkommen hätte behindert werden können.

— In Frankhausen in Schwarzburg-Rudolstadt hat der Bürgermeister eine für den 14. April von unserm Vertrauensmann einberufene Volksversammlung auf Grund von § 8 des Vereinsgesetzes verboten. Dieser Paragraph handelt nur von Vereinen. Danach scheint man dort die Sozialdemokratie jetzt als einen geschlossenen Verein zu betrachten. Diese Vermuthung wird einigermaßen durch die Thatfache bestätigt, daß der Vertrauensmann F. Winter, welcher im Januar d. J. über Einnahme und Ausgabe der Parteigelder in öffentlicher Versammlung Bericht erstattete, wie auch der Vorsitzende dieser Versammlung, A. Böttcher, bereits zu Protokoll vernommen worden sind.

— Sächsisches. Der Parteigenosse Mänel in Elfeld sollte, wie die „Leipziger Volkszeitung“ berichtet, durch Nichtanmeldung einer Versammlung, die gar nicht stattgefunden hatte, das Vereins- und Versammlungsrecht übertreten haben. Das Schöffengericht Falkenstein, vor dem er die angeklagte Uebertretung rechtfertigen sollte, erkannte aber auf Freisprechung.

— Redakteur Geiger von der „Schwäb. Tagwacht“ wurde vom Stuttgarter Landgericht wegen Verleumdung der Gemeindegemeinden in Wangen zu 30 M. Geldstrafe verurtheilt. In einem Artikel der „Schwäb. Tagwacht“ war die Bürger-

Ausführungswahl in Wangen besprochen und an die Mitteilung der Tatsache, daß dabei 3 Sozialdemokraten gewählt worden waren, die Bemerkung geknüpft, die Bürgerchaft habe endlich die „Bürgerliche Wirtschaft“ auf dem Rathhause satt. In dieser Beziehung fand das Gericht die Beleidigung, trotzdem der Beweis geliefert worden war, daß in Wangen bisher alle Gemeinderäte und Bürger-Ausführungswahlmitglieder bis auf zwei Ausnahmen mit einander verwandt und verschwägert waren.

Soziale Uebersicht.

Was eine Preiserhöhung des Petroleum's ausmacht, schreibt die „Deutsche Warte“, das kann sich der Laie kaum vorstellen. Das Deutsche Reich verbraucht nach amtlichen Quellen im Jahre 1893 764 944 000 Kilogramm Petroleum. Eine Steigerung von 3 M. pro Zentner macht auf dieses Quantum den Mehrbetrag von 43 896 640 M. aus, und die Preiserhöhung von einem einzigen Pfennig pro Liter ergibt eine Mehrbelastung von 10 Millionen Mark. Nun ist der Petroleumpreis schon um 15 Pf. pro Liter gestiegen, und wenn er wie 1876 von 11 auf 34 M. pro Zentner gesteigert würde, so ergäbe das eine Mehrausgabe von 300 Millionen Mark für Deutschland.

Und diese schandbare Ausrauberei des Volkes ist nach derselben „Ordnung“ rechtfertigt, die durch die Umstrukturierung der Verhältnisse soll. Fürwahr, die Ordnung und die Vorlage sind einander werth!

Krankenversicherung. Der Kranken-Unterstützungs-Kasse der Zinnerer der Stadt Kiel (G. H.), der Hilfskasse vereinigter Schiffer aus Stadt und Dorf Alsen, Mucuna und Wesenlaublingen, der Holzhauer-Krankenkasse (G. H.) in Friedrichsroda, der Kranken- und Sterbekasse des Breslauer Handlungsbieners-Instituts (G. H.), der Kranken-Unterstützungskasse „Bornheim“ (G. H.) in Frankfurt a. M. und der Kranken- und Sterbekasse für Hauswirthe der Bürgermeisterei Langenberg ist auf Grund des § 75a des Krankenversicherungs-Gesetzes vom preussischen Handelsministerium die Bescheinigung erteilt worden, daß sie, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, den Anforderungen des § 75a a. a. O. genügen.

Außerordentlich krasse Ausbeutung von Kindern wird der Direktion des Münchner Stadttheaters von den dortigen „Neuesten Nachrichten“ nachgesagt. Verschiedene Mütter mit ihren Sprößlingen fanden sich auf dem Reaktionsbureau jenes Theaters ein und deponierten folgendes: Gestern Nachmittag fand im Theater die Auszahlung des Honorars statt, das die Kinder für die Mitwirkungen in 13 Vorstellungen (Carmen, Hannele, Trompeter von Säckingen, Schiller'sche Bauern-Ensemble etc.) zu beanspruchen hatten. Die Kasse mußte sich die Kinder selbst stellen. Die Direktion zahlte für sämtliche 13 Vorstellungen jedem Kinde 20 Pf., sage und schreibe: Zwanzig Pfennige! Demnach 1 1/2 Pf. pro Vorstellung.

Selbst die bürgerliche Presse meint, daß wenn sich die Sache wirklich so verhielte, die Handlungsweise der Direktion allerdings unerhört wäre.

Die Wurstfabrikanten Deutschlands hielten dieser Tage in Göttingen eine Versammlung ab, von der sie vorsichtigerweise die Berichterstattung der Presse ausgeschlossen hatten, was sicherlich tief blicken läßt. Den Göttinger „Neuesten Nachrichten“ ist es aber doch gelungen, zu erfahren, was die Wurstfabrikanten sich zu sagen hatten. Danach war hauptsächlichster Zweck der Versammlung, Stellung gegen die Färbung der Dauerwurst zu nehmen. Alle Redner bekannten sich als Gegner der Färbung, meinten aber, das Publikum erblicke in der rothen Farbe der Wurst das Merkmal einer besseren Qualität, woher der Eifer der Verkäufer rühre, sich in „roth“ gegenseitig zu überbieten. Eine besonders interessante Aussage machte Herr Freitag aus Eisenach: „Ich habe“, so sagte er, „Wurst mit und ohne Farbe, je nachdem es das Publikum verlangt. Die Göttinger sagen, sie färbten nicht, und ich bin von der Göttinger Fleischer-Zunft zum Polizey-Amt in Eisenach als „Färber“ angezeigt worden. Ich habe darauf aus zwölf Göttinger Geschäften Proben entnommen und durch einen Chemiker untersuchen lassen; neun darunter waren gefärbt. Sollte ich bestraft werden, werde ich diese Geschäftsinhaber ebenfalls zur Anzeige bringen.“ Schließlich wurde mit 52 gegen 11 Stimmen folgende Resolution angenommen: „Wir ersuchen den hohen Bundesrath, jeden Farbzusatz zur Wurst als Fälschung anzusehen und die (später) dieser Bestimmung nicht entsprechenden gefärbten Wurststücke konfiszieren und vernichten zu lassen. Wir berufen uns hierbei auf § 5, Absatz 1 des Gesetzes vom 14. Mai 1879 (Nahrungsmittel-Gesetz) und konstatieren, daß bei Verwendung guten Materials ein Farbzusatz nicht erforderlich ist.“

Ein sehr nützliches Institut, der Sanitätsverband für München, feierte, wie die „Münchener Post“ mittheilt, am 5. Mai den zehnten Jahrestag seiner Gründung. Am 5. Mai 1885 von wenigen Personen beim Scheine einer Kerze in einer Privatwohnung gegründet, gewann die Ueberzeugung von der segensreichen Wirkung eines solchen Instituts so rasch Ausbreitung, daß dem Verband am Ende desselben Jahres schon 29 Krankenkassen mit 3500 Mitgliedern angehörten, heute nach 10 Jahren sind beim Verbande 87 Kassen mit 8500 Mitgliedern und nahezu 30 000 Angehörigen, denen 42 Ärzte zur Verfügung stehen. In den 10 Jahren seines Bestehens hat der Verband die Summe von 867 803,10 Mark eingenommen und 348 999,25 Mark ausgegeben. Allein in vergangenen Jahre erhielten die Verbandsärzte 47 595,68 Mark, es wurden in diesem Jahre von denselben 44 202 Besuche gemacht und in 40 082 Fällen in Sprechstunden Rath erteilt. Die Zahl der behandelten Mitglieder im Jahre 1894 betrug 20 312, wozu noch 54 Bediente kommen, die sich im Krankenhause verpflegen ließen. Der Verband hat schon manche Thätigkeit getrieben, schon mancher Familie aus der größten Noth und vielen zu ihrer Genesung verholfen. Die schwere Zeit des Sozialistengesetzes ist jedoch auch an diesem Institut nicht spurlos vorübergegangen, im Mai 1887 wurde der Verband unter polizeilicher Kontrolle gestellt, der erste Vorstand, der erste Kassirer und der Schriftführer abgesetzt und durch andere von der Polizei bestimmte Personen ersetzt. In einer Festschrift, die der Verband herausgegeben hat, sind darüber nähere Angaben gemacht.

Die Wohnungsverhältnisse der badischen Arbeiter waren im letzten Jahresbericht der Fabrikinspektion gerügt worden. Das hat nun — wie ein Offiziosus meldet — dem Ministerium des Innern Veranlassung gegeben, die Bezirksämter aufzufordern, dieser Angelegenheit auch fernerhin Aufmerksamkeit zuzuwenden, sich genau darüber zu unterrichten, an welchen Orten etwa Mängel der bezeichneter Art vorhanden sind, und zu erwägen, inwiefern durch bau- und gesundheitspolizeiliche Maßnahmen Abhilfe geschaffen oder durch geeignete Anregungen auf günstigere Wohnungsverhältnisse hingewirkt werden könne.

Hoffentlich kommen die Bezirksämter der ministeriellen Anweisung mit der nötigen Schnelligkeit nach, denn nicht von allen Dingen gilt das Sprichwort: Was lange währt, wird gut.

Die Abschaffung des Schulgeldes in den Volksschulen ist auch von den Gemeindevorständen der württembergischen Stadt Göppingen beschlossen worden.

Der achtstündige Arbeitstag, der in den Vereinigten Staaten von Amerika schon in den fünfziger Jahren gefordert wurde, wurde in Europa — wie in Erinnerung gebracht sein mag — zum ersten Mal von dem Kaiser Kongreß der Internationalen Arbeiter-Assoziation, 1866, also vor 29 Jahren, zur Forderung des Proletariats erhoben. Damals beschloß der Kongreß auf Vorschlag des Generalrats in London: „Wir erklären die Beschränkung des Arbeitstages

für eine vorläufige Bedingung, ohne welche alle anderen Bestrebungen nach Emanzipation scheitern müssen. Wir schlagen acht Arbeitstagen als gesetzliche Schranke des Arbeitstages vor.“

Gewerkschaftliches.

Achtung, Vergolder! Die Vertrauensmänner werden ersucht, die Hamburger Sammelisten abzuliefern und die Leipziger Sammelisten in Empfang zu nehmen. Außerdem fordern wir die Vertrauensmänner auf, mit den Marken von der Generalkommission abzurechnen. Die Kollegen der Meißner Fabrik werden ersucht, recht zahlreich in der nächsten Versammlung zu erscheinen, da seit dem letzten Abzug die Löhne außerst gesunken sind. Den Kollegen, die im Westen wohnen, machen wir bekannt, daß in der Blumenthalstraße 5, bei Wehrndt, die 3. Zahlstelle errichtet ist.

Wegen Lohnunterschieden befinden sich die Arbeiter der mechanischen Schuhfabrik von Müller u. Schliwog, Pöhlchen-Str. 34, im Streik, und ist der Streik streng fern zu halten.

Die Generalkommission ersucht uns in Beziehung auf die bekannte Kundgebung des Vorstandes des Unterstützungsvereins deutscher Tabakarbeiter noch um Aufnahme folgender Erklärung: „Der „Vorwärts“ bringt in Nr. 92 eine Erklärung des Vorstandes des Unterstützungsvereins deutscher Tabakarbeiter, in der bezüglich der Generalkommission folgendes gesagt ist: „Sie ist lediglich ein gewerkschaftliches Korrespondenz- und Auskunfts-Bureau geworden. Aber selbst in dieser ihrer Eigenschaft ist sie durchaus nicht zuverlässig und läßt viel zu wünschen übrig, was ja am besten aus dem Umstand hervorgeht, daß sie behauptet, auf der Generalversammlung des Tabakarbeitervereins zu „Nordhausen“ sei der Beschluß gefaßt worden, die Beiträge an die Generalkommission weiter zu zahlen. Es ist überhaupt auf keiner Generalversammlung der Beschluß gefaßt worden, an die Generalkommission Beiträge zu entrichten.“

Der Vorstand macht hier der Generalkommission den Vorwurf, sie wäre über die Vorgänge in den einzelnen Organisationen nicht orientiert. Wenn dem wirklich so wäre, so kann immerhin als Entschuldigung angeführt werden, daß erst seit dem Anfang des Jahres 1894 eine Vertretung der Generalkommission auf den Kongressen und Generalversammlungen stattgefunden hat. Dafür aber, daß der Vorstand selbst über die Beschlässe der Generalversammlungen nicht orientiert ist, giebt es wohl keine Entschuldigung. In dem Protokoll der Generalversammlung des Unterstützungsvereins deutscher Tabakarbeiter zu Halberstadt, abgehalten vom 6. bis inkl. 12. Juni 1892“ heißt es auf Seite 23:

„Der Unterstützungsverein deutscher Tabakarbeiter anerkennt die von den allgemeinen Gewerkschaftskongressen, welche seitens der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands einberufen werden, gefaßten Beschlüsse.“

Die dort festgesetzten Beiträge zu allgemeinen Zwecken hat der Vorstand aus der Kasse zu entnehmen; ist kein Geld vorhanden, so ist der Vorstand berechtigt, den Mitgliedern einen Extrabeitrag aufzuerlegen.“

Dieser wortgetreuen Abschrift aus dem Protokoll haben wir weiter nichts hinzuzufügen. Nun haben wir behauptet, die Generalversammlung in Nordhausen habe beschlossen, die Beiträge an die Generalkommission weiter zu zahlen und wir halten diese Behauptung aufrecht. In dem auf dieser Generalversammlung seitens des Vorstandes gegebenen Stoffbericht sind als Beiträge an die Generalkommission 8221,80 M. angegeben. Gegen diesen Ausgabeposten ist von keinem Delegierten Einspruch erhoben, sondern dem Vorstande Decharge erteilt. Die Delegierten haben es für selbstverständlich gehalten, daß die Beiträge weiter bezahlt werden, da weder vom Vorstande noch von irgend einer anderen Seite auch nur die geringste Bemerkung dagegen gemacht wurde. Ein formaler Beschluß bedurfte es nicht, da dieser Beschluß in der Decharge-Ertheilung lag.

Der Vorstand behauptet ferner, daß sich vier Fünftel aller Gewerkschaften bei einer von der Generalkommission veranstalteten Umfrage für Statistiken eines Gewerkschaftskongresses erklärt hätten. Diese Behauptung ist unwahr. Das Resultat der einstimmigen Abstimmung über das Statistiken des Kongresses war folgendes: Für das Statistiken des Kongresses stimmten 7 Organisationen mit 22 635 Mitgliedern; gegen das Statistiken des Kongresses 39 Organisationen mit 172 528 Mitgliedern; 3 Organisationen mit 25 208 Mitgliedern wollten ihren Entschluß erst nach Erscheinen des Berichtes der Generalkommission treffen; 1 Organisation mit 799 Mitgliedern beteiligte sich nicht an der Abstimmung. Die Generalkommission.

Mai-Casse. Auf dem Brüderbergwerk bei Zwickau durften am 3. Mai 6 Mann nicht wieder aufahren, weil sie sich zur vorübergehenden Nachschicht, also am 1. Mai, hatten entschuldigen lassen. Die Entlassenen sind noch kräftige junge Männer, die aber trotzdem auf einem anderen Werke schwer ankommen dürften, da die schwarze Witterung. In Dresden sind aus gleicher Ursache vom Tischlermeister Zimmer in der Josephinenstraße 13 Tischler, in Berggießhübel 6 Arbeiter der Kirchenwald-Sandsteinbrüche entlassen worden.

Es versteht sich von selbst, daß auch bei dieser Gelegenheit die schäbliche Bourgeoisie wieder an der Spitze der Arbeiterbedränger marschirt, denn in keinem anderen Distrikte Deutschlands sieht die Bourgeoisie dem Zeitpunkte ihrer Abwirthschaftung so nahe als in Sachsen. Des Untergrundes innerlich gewirkt, ist die Gewalt ihm ausschließliche Zukunft.

Wegen der Maifeier wurden bei dem Zimmermeister Meyer, Berlin, Hochstr. 29a, drei Arbeiter gemahregelt. Diese Mahregelung wäre gewiß unterblieben, wenn die dort Beschäftigten ihren anfänglichen Beschluß, den ersten Mai gemeinsam zu feiern, befolgt hätten.

Eine Konferenz der Vertrauensmänner der Gewerkschaften Württembergs wird am Sonntag, 12. Mai, vormittags, im „Fisch“ in Stuttgart abgehalten. Auf der Tagesordnung befindet sich die Berichterstattung der einzelnen Vertrauensmänner und die Besprechung der Jahresberichte der Gewerbe-Inspektoren. Ueber diesen Punkt werden 3 Referenten sprechen.

Auszahlung des Lohnes am Freitag wünschen die vereinigten Gewerkschaften Göppingens in Württemberg durch das Gewerbegericht herbeigeführt zu sehen. Hoffentlich haben sie mehr Erfolg, als die Arbeiter Cannstatts, denen man das gleiche Geseh abschlug.

Aus dem nordwestböhmischem Braunkohlenrevier. Auf allen Werken haben die Bergleute durch Delegirte den Verwaltungen das gedruckte Geseh zustellen lassen, daß die tägliche Arbeitszeit einschließlich der Ein- und Ausfahrt nicht mehr als 8 Stunden betragen soll. Bis zum 15. Mai wird Antwort gefordert. Erfolgt Ablehnung, so wird es allem Anschein nach zum Streik kommen.

Mit einem günstigen Vergleich endete ein zweitägiger Streik der Delegirten des Karls- und Josephs-Schachles der (ungarischen) Salgo-Tarjaner Kohlenbergwerk. Die Arbeiter ermäßigten ihre angeblich „exorbitanten“ Forderungen, worauf eine Verständigung zu Stande kam.

Der Glasarbeiter-Streik im belgischen Industriebezirk Charleroi, der seit Anfang April währt, soll im Abnehmen sein. Nach einer Meldung des Wolff'schen Bureau's habe eine größere Zahl der Anhängen die Arbeit wieder aufgenommen. Man hofft nun, daß der Streik binnen 14 Tagen beendet sein werde.

Ueber den Maurerstreik in Basel wird gemeldet, daß dieser große Ausbeutung angenommen habe. Vier Kompagnien der Feuerwehr sollen zur Unterdrückung der Polizei aufgebunden worden sein und das Polizeidepartement soll die Anstehenden in einem Aufrufe um Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ersucht haben. Weiter heißt es, die Baumeister hätten beschloffen, die Arbeit auf allen Bauten völlig einstellen zu lassen. Am Sonntag hätten die Maurer in einer Versammlung beschloffen, den Streik mit allen Mitteln so lange als möglich durchzuführen. — Nach dieser vom „Wolff'schen Bureau“ verbreiteten Nachricht scheint es bei dem Streik nicht ganz so ruhig zuzugehen, als man es von Schweizer Arbeitern sonst zu hören gewohnt ist. Der sozialdemokratische Basler „Vorwärts“ fordert denn auch die Maurer auf, stramme Disziplin zu halten und sich in jeder Hinsicht tadellos aufzuführen; nicht bloß einig und handhaft, sondern auch klug und besonnen zu sein und jedem Anlaß oder Vorwand zu polizeilichem Einschreiten sorgsam aus dem Wege zu gehen.

Das Streikkomitee und der Ausschuß des Arbeiterbundes veröffentlichen folgenden Aufruf: „Die Maurer Basels haben, nachdem ihnen die an die Meister gestellte Forderung eines den Verhältnissen einigermaßen entsprechenden Minimallohnes von 5 Fr. von denselben rundweg verweigert wurde, am 1. Mai beschloffen, die Arbeit niederzulegen und in den Streik einzutreten. Schweizer, Deutsche und Italiener stehen einmüthig zusammen und hoffen wir, die noch Arbeitenden bald auf unsere Seite zu bringen. Da wir zur Durchführung dieser nun angesagten Sache Geldmittel bedürfen, so richten wir an die gesamte Arbeiterchaft des In- und Auslandes die Bitte, uns nach Kräften zu unterstützen. Für eingehende Beiträge wird öffentlich quittirt. Geldsendungen und Briefe sind zu richten an G. Janslin, Kappellhof, Basel. Zugung von Maurern nach Basel ist möglichst fernzuhalten.“

Aus Holland. Als eine Folge der Maifeier ist ein Streik der Textilarbeiter in Enschede zu betrachten. Vierzehn Tage vor dem ersten Mai hatten die Arbeiter einer Fabrik um Urlaub gebeten, um den Weltfeiertag mit begehnen zu können. Trotz der wiederholten Weigerung des Fabrikherrn feierte nun doch ein Arbeiter. Als er tags darauf wieder in die Fabrik kam, wurde er sofort entlassen. Eine erhebliche Anzahl der andern Arbeiter legte darauf die Arbeit gleichfalls nieder. Die Streikenden sind meist Familienväter. Sie bitten nun dringend die deutschen Arbeiter, den Zugung streng fernzuhalten und sie auch finanziell zu unterstützen, da die Kräfte der holländischen Arbeiter durch die Unterstüßung einer Reihe anderer Streiks stark in Anspruch genommen sind. Zur Ertheilung jedweder näheren Auskunft sind bereit: J. Teusink und J. Tussved, beide in Enschede (Holland).

Aus Paris wird uns über die Verurtheilung von Proust und Deville, der Leiter des Omnibusbediensteten-Streiks, die wegen angeblicher Aufreizung zur Gewaltthätigkeit angeklagt waren, geschrieben: Wie die Verhandlung zeigte, beruhte die ganze Anklage auf einem Vernehmlichkeitsbericht des „Temps“, der den beiden Angeklagten Worte in den Mund gelegt hat, gegen die sie sich entschieden verwahrten und für die auch kein einziger Zeuge auftreten konnte. Dennoch wurde dem „Temps“, dessen Reporter nicht einmal vorgeladen worden war, um so mehr Vertrauen entgegengebracht, als die Berichte mehrerer anderer Blätter „übereinstimmend“ mit dem „Temps“ lauteten, was sich aber für jeden, der das hiesige Zeitungswesen kennt, ganz einfach dadurch erklärt, daß die „übereinstimmenden“ Berichte nichts anderes als ein Abklatsch des „Temps“-Berichtes sind. Und auf den Bericht eines Bourgeoisreporters hin, der vor allem „interessant“ sein will und darum vieles wüßte oder ersindet, würde ein gewisser hofter Mensch nicht einmal einen Hund verurtheilen. Der Gerichtshof hat aber, wie bekannt, Proust und Deville zu je 6 Monaten Gefängniß verurtheilt. Gleichzeitig mit ihnen wurden 5 andere Omnibusbedienstete wegen Angriffs auf die „Freiheit der Arbeit“ — der eine hatte während des Streiks eine Omnibusscheibe zerbrochen, die anderen ein paar Pferde ausgespannt — zu 6 bis 14 Tagen Gefängniß verurtheilt.

Versammlungen.

Der Verband der Möbelpolierer hielt am 29. April eine Versammlung ab. Aus dem Berichte des Vorstandes ging hervor, daß auch im letzten Quartal die Mitgliederzahl in erfreulicher Weise zugenommen hat. Der zur Verlesung gebrachte Rassenabschluß weist einen Bestand von 588 M. auf. Sodann wird beschloffen, die bisherige Fachkommission auf 3 Mitglieder zu reduzieren, und setzt sich dieselbe nunmehr aus den Mitgliedern Frohmann, Schreier und Schulz zusammen. Das Amt des Kassirers übertug die Versammlung wiederum dem Mitgliede Schreier. Für die Zukunft soll einem Antrage gemäß auch den nicht vollberechtigten Mitgliedern bei Streiks Unterstützung gewährt werden. Auf Antrag des Vorstandes wurden die Mitglieder Lange, Hein, Werbelow, Daus und Jernikow, da sie als Streikbrecher gegen die Interessen der Organisation gehandelt haben, ausgeschlossen. Gleichfalls wird der Antrag angenommen, die Mitglieder Fistel und J. Kratsch auszuschließen. Die betreffenden haben, nachdem sie durch Vermittlung des Verbandes in Altona Arbeit bekommen haben, die dortigen Genossen um 60—70 M. geschädigt. Wie zum Schluß mitgetheilt wird, findet das Sommerfest des Vereins am 23. Juni statt.

Die freie Vereinigung der Zivil-Vernichtungsmeister nahm in ihrer Sitzung vom 3. Mai den Bericht des Vorstandes über die Thätigkeit des Vereins im vergangenen Jahre entgegen. Der Berichterstatter besagt, daß in der Besetzung der Remier im Vorstand so oft gewechselt werden mußte. Ein Beweis, wie wenig Neigung unter den Mitgliedern vorhanden ist, die Arbeit der Vereinsleitung zu übernehmen. Die Mitgliederzahl des Vereins beläuft sich jetzt auf 327. Am Schluß seiner Mittheilungen ersucht der Redner die Mitglieder, sich recht rege an den politischen Versammlungen zu beteiligen, sowie auf die Arbeiterpresse zu abonniren. Hierauf wird die Neuwahl des Vorstandes vollzogen, die folgendes Resultat ergab: Schönerl erster, Nummer zweiter Vorsitzender; Roland erster, Mühsel zweiter Schriftführer; Müller Rentant, Hartmann Kassirer; Voigt Beisitzer; Blanchefsky Bibliothekar. Der Rassenbericht weist im letzten Jahr eine Einnahme von 1357,80 M. und eine Ausgabe von 1112,05 M. auf. Mit einem vorhandenen Bestand beträgt das Rassenvermögen 379,81 M.

Depeschen.

Wolff's Telegraphen-Bureau. Tschif, 6. Mai. Die Flotten der fremden Mächte sind hier versammelt. Das russische Geschwader besteht aus 8 Schiffen einschließlich dreier Torpedoboote. Es werden noch mehr russische Schiffe erwartet, ebenso noch ein englisches, amerikanisches und französisches, sowie zwei deutsche Schiffe.

(Depeschen-Bureau Gerold.) München, 6. Mai. Der engere Ausschuß der Volkspartei in Bayern übergiebt dem Reichstags-Abgeordneten Kröber eine Petition gegen die Umstrukturierung mit 20 000 Unterschriften zur Beförderung an den Reichstag. Mehrere tausend Unterschriften sind bereits früher direkt nach Berlin abgeschickt worden. Der Münchener demokratische Verein sammelte ca. 6000 Unterschriften. In Nürnberg wurden 6000, in Würzburg gegen 3800, in Jülich 3000 Unterschriften zusammengebracht.

London, 6. Mai. Wie die „Times“ aus Hongkong melden, hat der Gouverneur von Formosa erklärt, er könne für die fernere Haltung seiner Truppen keine Verantwortung übernehmen. — Falls Formosa an Japan fallen würde, müßte eine Revolution unausweichlich sein.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

85. Sitzung vom 6. Mai 1895, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Fürst zu Hohenlohe, v. Stöcker.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des sozialdemokratischen Antrages wegen des Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrechts.

Abg. von Elm (Soz.): Unser Antrag ist nicht, wie der sächsische Bundesrats-Berollmächtigte meint, eine gesetzliche Sanktionierung der Anarchie, sondern er hebt die bestehende Anarchie auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechts auf. Nur der ganz Eingeweihte findet sich durch das Labyrinth der deutschen Vereinsgesetze hindurch. Soll das Koalitionsrecht dem Arbeiter nützen, so muß er sich durch das ganze Reich hindurch organisieren können. Dem stehen besonders das sächsische und bayerische Vereinsgesetz entgegen. Die Arbeitgeber haben vollständige Freiheit nach jeder Seite hin, und dem Arbeiter muß daher dasselbe Recht verstatet werden, denn dieser kann seine Interessen mit Erfolg nur vertreten, wenn er sich mit seinen Kollegen im ganzen Reich verbinden darf. Die Vereinsgesetze werden nach Erklärungen der Regierungsvertreter gegen die Arbeiter scharfer angewandt, weil die öffentlichen gewerkschaftlichen Versammlungen angeblich die Geschäfte der Sozialdemokratie betreiben. Mit einer solchen Begründung kann man alle gewerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter als politische bezichtigen und unmöglich machen, weil die Mehrzahl der Gewerkschaftsmitglieder Sozialdemokraten sind und die aufklärerischen Arbeiter zur Sozialdemokratie gehören. Die Auflösung des Berg- und Hüttenarbeiter-Verbandes und des Textilarbeiter-Verbandes in Sachsen soll erfolgt sein, weil beide Vereine politisch getrieben hätten. Der erstere wurde nach dem gerichtlichen Urteil aufgelöst, weil das Verbandsorgan „Glückauf“ sozialdemokratische Artikel gebracht hat. Für den Inhalt eines Blattes nicht nur den Redakteur, sondern die Mitglieder eines ganzen Verbandes verantwortlich zu machen, ist ungeheuerlich. Der Verband hatte dieses Organ seit sieben Jahren. Erst neuerdings ist man in Sachsen zu dieser scharfen Handhabung der Gesetze gekommen, und kein einziger Verein ist mehr vor der Auflösung sicher. Und wenn die fatalen Bestimmungen des Textilarbeiterverbandes politische sein sollen, so gibt es gewerkschaftliche Bestrebungen überhaupt nicht mehr. Den sächsischen Behörden gilt eben jede Organisation der Arbeiter als eine sozialdemokratische. Das sächsische Vereinsgesetz, jenes „Zinwel“ der sächsischen Gesetzgebung, ist nur eine Waffe in der Hand der Behörden zur gewaltsamen Unterdrückung der Bestrebungen der Arbeiter auf Verbesserung ihrer sozialen Lage. Allein im Jahre 1894 wurden in Sachsen drei Vereine verboten, 24 politische, 20 gewerkschaftliche, 27 Gefangenen- und 5 Turnvereine aufgelöst, 91 Versammlungen und 43 Festlichkeiten verboten und 28 Versammlungen aufgelöst. Bei den Behörden herrscht ein wahrer Feststellungsantrieb gegen alles, was Arbeiterorganisation heißt. Nach den preussischen Verordnungen von 1848 bedurften nur Versammlungen unter freiem Himmel der polizeilichen Genehmigung. Da kam 1850 das reaktionäre Vereinsgesetz, welches Sie alle kennen. Wir haben, das möchte ich Herrn Bachem sagen, der meinte, daß die Verhältnisse nicht ohne unsere Schuld gekommen wären, das Vereinsgesetz vom 11. März 1850 nicht zu stande gebracht und die schwächliche Haltung des liberalen Bürgertums ermöglicht es noch heute, daß dieses Gesetz in so drakonischer Weise gegen uns angewandt wird. Bei den Wahlen ist selbst die freisinnige Partei den Landräthen dankbar für die Hilfe, welche sie ihnen in der Verhinderung von sozialdemokratischen Versammlungen leisten. Das preussische Vereinsgesetz wird ganz willkürlich gehandhabt; was in dem einen Orte erlaubt ist, ist in dem anderen verboten. Ganz gescheitrig hat man in Düsseldorf und Dortmund Versammlungen beim Eintritt der Polizeistunde aufgelöst. In Schleiz wurde eine Versammlung verboten, weil der Erbspring gerade an diesem Tage seinen Geburtstag hatte. In Göttingen wurde eine Versammlung verboten, weil sie eine Forderung gegen einen Teil der Bürgerchaft sei. In Hattenbach bei Pinnerberg wurde eine Versammlung verboten, weil sie in einer Tuschfahrt stattfinden sollte, welche nicht heizbar war, obwohl Tanzlustbarkeiten in diesem Mann unbefristet blieben. Von dem agitatorischen Auftreten einer Frau, heißt es in verschiedenen Erkenntnissen sei eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und des Familienfriedens zu befürchten. Zahlreiche Versammlungen sind wegen dieses Grundes aufgelöst worden. Das Vereinsgesetz der Arbeiter (§ 262 der Gewerbe-Ordnung) wird ganz illusorisch gemacht. Die Vereinigung der Schneider in Kiel wurde zur Verantwortung gezogen, weil dieselbe nicht ein Mitgliedsverzeichnis der Behörde einreichen wollte. Das Schöffengericht sprach sie frei, das Landgericht verurteilte sie und das Reichsgericht verwarf die Revision.

In rein gewerkschaftlichen Bestrebungen sozialdemokratische Tendenzen zu erblicken, zeigt, daß die preussischen Behörden einen Unterschied zwischen gewerkschaftlichen und politischen Bestrebungen überhaupt nicht mehr zu machen im stande sind. Welche Leute der Gewerkschaft angehören, das kommt natürlich zur Kenntnis der Behörden und von ihnen werden dann die in Staatsbetrieben befindlichen Arbeiter gemahngelt.

Nach einem Erkenntnis des Ober-Verwaltungsgerichts vom 14. Januar 1890 ist jeder Meinungsaustrausch über öffentliche Angelegenheiten ein politischer. Es sind also von nicht politischen Vereinen ausgeschlossen alle Bestrebungen für Koalitionsrecht, Arbeiterversicherungen, Arbeiterschutz, Normalarbeitszeit, Krankenkassenwesen, Betsprechungen über Ausstände ganzer Gewerkschaften, Gewerkschaftsstatistik, Maßregeln zur Verhütung von Unfällen. Von den Düsseldorfern Gerichten wurde die Lohnkommission der Schreiner aufgelöst, weil das ein Verein sei, durch dessen Bestrebungen das wirtschaftliche Wohlbefinden der gesamten Bevölkerung bedroht sei. Ein ganz besonderes Interesse hat der Fall in Tilsit. Dort führt das Polizeigebiet der Stadtrath Witschel. Dieser Herr hat eine ganze Anzahl von Versammlungen aufgelöst. Es war eine Tischlererversammlung anberaumt worden. 10 Minuten vor 8 Uhr besetzten 4 Polizeibeamte die sämtlichen Räume. Kurz nach 8 Uhr fragte der Polizeikommissar den Einrufer: Sie wollen heute hier eine Versammlung abhalten? — Nun ja, ich habe doch dieselbe angemeldet. Gewiß, aber es findet hier keine Versammlung statt. Auf die Entgegnung des Einrufers, daß die Versammlung fast noch eine Stunde warten könne, erwiderte der Beamte: ach was, Sie haben gesagt, daß Sie die Versammlung abhalten wollen, und das genügt mir; die Versammlung findet nicht statt; ich will sofort das Lokal räumen lassen. Das geschah denn auch ohne Angabe von Gründen. Zwei Polizeibeamte erhielten die Weisung, niemand in das Lokal hinein zu lassen. Die anderen blieben in den Nebenräumen und überwachten die Anwesenden bei ihren Erzählungen und beim Biertrinken. Witschel ließ sich noch mehrere solcher Ungeheuerlichkeiten zu schulden kommen, so daß ihn der Oberbürgermeister seines Amtes entsetzte. Witschel wurde aber von dem Regierungspräsidenten in Gumbinnen wieder in sein Amt eingesetzt, wogegen die Demokratie in einer ganzen Reihe von Orten die Versammlungs-

die Stadtverordneten-Versammlung Protest einlegte. Ich meine, solche Gewaltmenschen sollten unter keinen Umständen an so verantwortliche Stellen gesetzt werden. Minister v. Köller sollte gegen solche einschreiten, die das Ansehen des Staates gefährden.

Nun soll das preussische Vereinsgesetz noch verschärft werden; als Ideal hat sich, wie verlautet, Herr v. Köller das sächsische und hamburgische Gesetz auserkoren. Nach dem letzteren kann die Polizeibehörde bei dringender Gefahr für den öffentlichen Frieden jede öffentliche oder nichtöffentliche Versammlung untersagen. Das ist eine äußerst dehnbare Bestimmung; danach kann die Behörde thun oder lassen was sie will. Die Antisemiten durften in Hamburg auch erst keine Versammlungen abhalten, jetzt gelten sie nicht mehr für staatsgefährlich. Der Heilsarmee und den Freidenkern wurden auch keine Versammlungen gestattet, den letzteren wurde sogar eine Versammlung verboten mit dem Thema: Genügt der Konstitutionsunterricht unseren Kindern für das fernere Leben? Der Hamburger Freidenker-Jugendbund wurde schließlich aufgelöst. Jede Kritik einer behördlichen Maßregel kann dort unterlagert werden, man kann auch ohne Umfuhrgesetz fertig werden. In bezug auf die Mitteilung der Tagesordnung herrscht die reine Willkür. In einer Versammlung darf über einen Punkt geredet werden, der nicht auf der Tagesordnung steht und in der anderen nicht. Die Polizei darf so viel Polizeisten hinschicken, wie sie Lust hat. Und so wimmelt es denn in manchen Versammlungen von uniformierten Beamten und Kriminalbeamten in Zivil, trotzdem in dem friedliebenden Hamburg niemals eine Störung in einer Arbeiter-versammlung vorgekommen ist; allerdings auch nicht seitens der Beamten.

In Preußen ist es in dieser Beziehung anders. In Altona erlaubte sich der preussische Beamte jedesmal, nachdem die Versammlungsordnungsmäßig geschlossen war, die Versammlung aufzulösen, das Lokal sofort zu verlassen, und wenn das nicht geschah, suchte er die Leute mit blankgelegtem Säbel aus dem Lokal zu treiben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir konnten uns davor nur dadurch schützen, daß wir die Versammlung nicht schlossen, sondern auf eine Viertelstunde vertagten, um den Anwesenden Gelegenheit zu geben, sich ordnungsmäßig zu entfernen. In Hamburg ist es ohne weiteres erlaubt, geheime Versammlungen abzuhalten, in welchen zum Umsturz der bestehenden Gesetze direkt aufgeführt wird. Ich habe die Hamburger anlässlich des Hamburger Tabakarbeiter-ausschlusses darauf aufmerksam gemacht, daß die Zigarrenfabrikanten in dem Restaurant von Ludwig Tamm bei verschlossenen Türen tagten und Posten aufstellten, um sich gegen unliebsame Besucher zu schützen. In dieser Versammlung wurde darüber beraten, wie man die Arbeiter zwingen könnte auf ihr Koalitionsrecht zu verzichten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich nenne das einen räuberischen Angriff auf das Eigentum der Arbeiter (Sehr wahr! links), und die Behörden hätten die Pflicht gehabt, solche offenen Gesetzesverächter ganz gebührend beim Schopfe zu nehmen. Aber es ist erlaubt, daß man Leuten, mit denen man gesellschaftlich auf gutem Fuße lebt, nicht gern zu nahe treten will. Die Krone gebührt dem Staats-Redaktionsrat. Dort können politische Versammlungen ohne Genehmigung des Ministeriums überhaupt nicht abgehalten werden.

Man sagt, unser Antrag ginge zu weit; auch die freisinnige Volkspartei will kein gleiches Versammlungsrecht für Männer, Frauen und Minderjährige. Die Fortschrittspartei machte in ihrem Antrag auf Gewährung des Koalitionsrechts 1887 einen solchen Unterschied nicht, sondern verlangte allgemein das Koalitionsrecht. Baldred sagte damals: „Das Kapital hat vollkommen Freiheit erlangt. Die durch die Verfassung garantierte Freiheit des Bürgers muß mindestens dem schlimmer gestellten Arbeiter werden. Die Koalitionsverbote stehen ganz und gar auf dem Standpunkt der Sklaverei, Koalitionsverbote sind grober Mißbrauch des Stäters.“ Und der damalige Präsident des Bundeskanzleramts, Dellbrück, erklärte, die Zeit der Koalitionsbeschränkungen sollte nun ein für allemal vorbei sein. Man hat sich aber in dieser Beziehung rückwärts entwickelt, auch die freisinnige Volkspartei. (Widerspruch links.) Mein Genosse Grillenberger hat recht, das Programm derselben stimmt mit ihren Taten nicht überein. (Widerspruch links.) Bei Streiks stehen die freisinnigen Zeitungen immer auf Seite der Kapitalisten (Sehr richtig! und Widerspruch), ebenso beim Koalitionsrecht. Die gesamte freisinnige Volkspartei hat ihren Boden in den Kreisen der Arbeiter längst verloren. (Sehr richtig!) Sie stützt sich wesentlich auf einige freisinnige Fabrikanten und nimmt gerade deshalb gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter Stellung. (Widerspruch links.) Dasselbe gilt von ihrer Stellung zur Frauenfrage.

Von 1875—1882 hatte sich die Zahl der männlichen Arbeiter in Deutschland um 64% p.C., die der weiblichen Arbeiter um 35% p.C. vermehrt, die Frauenarbeit nimmt stetig zu. Der bayerische Bundesrats-Berollmächtigte behauptete, daß es in Bayern den Frauen gestattet sei, sich zu organisieren. Wenn von den 67 000 weiblichen Arbeitern in Bayern nur ca. 150 gewerkschaftlichen Organisationen als einzelne Mitglieder angehören, so beweist das, daß dort der Organisation der Frauen die größten Schwierigkeiten bereitet werden. (Sehr richtig! links.) In dem stenographischen Bericht fehlt auch eigenhändiglicherweise die Angabe der Zahl 150 in der Rede des bayerischen Vertreters; er hat wohl selbst gefühlt, daß diese Zahl der organisierten Frauen der Handhabung des bayerischen Vereinsgesetzes kein ehrenreiches Zeugnis anstellt. Von den mehr als zwei Millionen Arbeiterinnen in ganz Deutschland gehören nur etwa 5000 den Gewerkschaften an. In anderen Ländern, wie England und Amerika, haben wir ganz andere Resultate. In England sind allein 361 424 weibliche Arbeiter organisiert, bei uns nur 5000. Wirtschaftliche und politische Fragen sind untrennbar, hier ist keine scharfe Grenzlinie möglich. Die weiblichen Arbeiter bilden in der Tabakindustrie die große Mehrzahl, sie sind durch ein Tabaksteuer-Gesetz ebenso bedroht wie die männlichen Arbeiter. Außerdem müssen sie eben so gut direkte und indirekte Steuern bezahlen. Die Minderjährigen, sagt man, gehören nicht in Vereine und Versammlungen. So lange Sie den Kapitalisten gestatten, bei einem Streik minderjährige Arbeiter in größerer Zahl als Lehrlinge einzusetzen, um den erwachsenen Arbeitern Konkurrenz zu machen, so lange müssen Sie auch den letzteren gestatten, die jungen Arbeiter zu den Organisationen heranziehen zu können, wenn Sie nicht einseitig die Kapitalisten beschützen wollen.

England, Amerika, Australien, besitzen ein volles uneingeschränktes Vereins- und Versammlungsrecht und doch herrscht dort keine Anarchie, ja eine größere Ordnung als in Deutschland. Bei uns bevorzugen man die Arbeiter als unmündige Kinder. Je mehr Freiheit Sie den Arbeitern gewähren, desto mehr Ordnung werden Sie haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Bachem verlangt als Korrelat unseres Antrages Strafbestimmungen gegen die jungen sozialdemokratischen Störenfriede. Solche jungen Störenfriede gibt es in jeder Partei. Herr Pfarrer Jästrant wird uns bezugen können, daß man mit Knütteln unter Umständen sozialdemokratische Versammlungen auseinanderreißt. Wenn aber einzelne Sozialdemokraten gegenwärtige Versammlungen stören, so finde ich das erklärlich, weil heute der Sozial-

lokalitäten abgetrieben werden. England und Amerika hat keine solche Bestimmungen gegen Störenfriede. Würde einmal der Versuch gemacht, eine Versammlung zu stören, so würde er von seiner eigenen Partei ganz gebührend geübt werden.

Der Bundesrat würde heute allerdings nur einem reaktionären Vereinsgesetz seine Zustimmung geben. Darum trägt aber die Volkvertretung einen Teil der Schuld durch ihre Begünstigung reaktionärer Bestrebungen. Herr Bachem hält es für nötig, daß wir jetzt praktische Arbeit leisten. Es würde ein Segen für das Volk sein, wenn Ihre ganze „praktische Arbeit“ eingestampft würde. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn auch die Umsturzvorlage dazu gehört und der Kommissionsbeschluss angenommen wird, dann ist es überhaupt mit dem Koalitionsrechte in Deutschland aus, dann gibt es kein Vereinigungsrecht mehr, und einer Partei, die dazu mitwirken will, steht es sehr schlecht, sich bei unserem Vorschlage ein demokratisches Mäntelchen umzuhängen. Ich schließe mit den beherzigenswerten Worten des Volksfreundes Friedrich Albert Lange in seiner „Arbeiterfrage“: „Die Offenheit und Wahrheit ist das große Mittel, welches das Erfahnte befördert und das Gefürchtete abwendet. Darum möge man die Arbeiter nicht nur gewähren lassen, wenn sie ernstes Blickes ihre Lage prüfen, wenn sie, statt sich dem finstern Groll und dumpfen Jagen hinzugeben, ihr Auge dem Sonnenlicht eines neuen Zeitalters zu wenden? Man möge die Mittel und Wege erwägen, wie es herbeizuführen sei, und sich freuen, daß sie darauf aus sind, sich als menschliche Wesen im Bewußtsein ihres Rechtes und ihrer höheren Bestimmung jene Freiheit zu erringen, die nur dem Segen bringt, der sie errungen hat. Man sollte nicht die Gefahr, sondern den Anfang der Rettung aus einer großen Gefahr in dieser Bewegung erblicken. Meine Herren! Von dieser allein richtigen Auffassung sind wir in Deutschland noch sehr weit entfernt. Der Reichstag wird den Arbeitern nicht eher Vereins- und Versammlungsfreiheit gewähren, bis sie im Staate eine solche Macht repräsentieren, daß auch der reaktionäre Politiker es für nützlich erachten wird, den Arbeitern Konzessionen zu machen. Der gebieterischen Forderung der Arbeitermassen werden weder Regierung, noch Parlament auf die Dauer widerstehen können, sie werden ihnen bewilligen müssen das freie und durch keinerlei Zwang beschränkte Koalitionsrecht. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Bayerischer Ministerialrat v. Derrmann erwidert hierauf, daß er das Referat des Abg. Bichler in bayerischen Landtage durchaus richtig wiedergegeben habe, wie er sich inzwischen aus dem Stenogramm jenes Referats überzeugt habe. Der Abg. Bichler hat danach gesagt, daß in Bayern nicht nur gewerkschaftliche Vereine existierten, sondern daß auch ihre Mitglieder von den bayerischen Behörden in keiner Weise angegriffen würden, als nichtpolitischen Vereinen gehörten ihnen auch weibliche Arbeiter an.

Abg. Feuzmann (fr. Vg.): Da das Haus schon jetzt unter dem Eindruck ganz anderer Interessen steht, so will ich nur antworten auf die heftigen Angriffe des Vorredners auf meine Fraktion. In dem Streite zwischen Grillenberger und Bach ist die Vertretung der Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit etwas zu kurz gekommen. Wenn Herr v. Elm meinte, daß wir Gegner des Koalitionsrechts sind, so kann das nur daher kommen, daß er einige wenige Zeitungen gelesen hat, die nicht freisinnig sind. Die freisinnige Presse ist stets für die Koalitionsfreiheit eingetreten, nicht bloß theoretisch, sondern auch praktisch, zum Beispiel bei dem Bergarbeiter-Ausstand in Rheinland und Westfalen. Freilich einen solchen Streik, wie er später ausbrach, der von vornherein ausichtslos erschien, konnten wir nicht billigen. Wir spielen uns ebenso wie die Sozialdemokraten als Arbeiterfreunde auf. (Große Heiterkeit.) Die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine sind aus der Fortschrittspartei hervorgegangen, und in unserem Programm steht wie in dem der Fortschrittspartei das freie Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrecht. Nach meiner Meinung spricht die deutsche Verfassung auch nicht bloß eine Verheißung des Vereinsgesetzes aus, sondern sogar eine Verpflichtung dazu. Es ist bedauerlich, daß seit 25 Jahren noch nichts dafür geschehen ist. Die Einzelstaaten können gar keine neuen Vereinsgesetze machen, da diese Materie der Reichsgesetzgebung vorbehalten ist. Ein einheitliches Reichs-Vereinsgesetz ist notwendig, schon weil bei der Verschiedenartigkeit der Gesetze die größten Schwierigkeiten für diejenigen entstehen, welche einmal in einem anderen Staate in einer Versammlung auftraten. Ich studiere immer erst die Vereinsgesetze des Staates, in den ich mich begeben, und wenn es Pöppe-Deimold-Wieselerfeld sein sollte. Denn ich möchte nicht mit der Lippe Wieselerfeld'schen Polizeisten in Konflikt kommen. Am besten ist der Zustand jetzt in Württemberg, wo ein Vereinsgesetz überhaupt nicht besteht. Wo Vereinsgesetze bestehen, da kommt auch mancher Mißbrauch bei Auflösungen von Versammlungen u. s. w. vor. Namentlich wird häufig das Auftreten eines sozialdemokratischen Redners als Vorwand für die Auflösung benutzt. Beschwerden dagegen haben keine Wirkung, weil die Redezeit zu spät kommt. Der Beamte, der aus purer Einnahme eine Versammlung auflöst, könnte auf Grund des Strafgesetzbuchs angeklagt werden. Im Gegensatz zu meinem Freunde Bach bin ich der Meinung, daß den Frauen ebenso ein Vereins- und Versammlungsrecht zusteht, wie den Männern, da sie im wirtschaftlichen Leben wie diese tätig sind. Der Antrag kann durch eine Amendierung im Plenum nicht verbessert werden; wir werden zunächst für den ersten Paragraphen stimmen, und wenn das Haus auf diesen Antrag eingeht, werden wir Änderungsanträge stellen. Die Annahme einer Resolution hätte wohl jetzt unter der Regie des Herrn von Köller keine Aussicht. Wir treten mit Nachdruck für ein freies Vereins- und Versammlungsrecht ein und betonen es als eine Annäherung der Sozialdemokraten, diese Forderung für sich allein in Anspruch zu nehmen. Wir haben das Feld eher beackert, als die Sozialdemokraten.

Abg. v. Gzarinski (Pole) spricht sein Einverständnis aus mit den Ausführungen der Abg. Bachem und von Jodenberg in der ersten Lesung. Gerade die polnische Bevölkerung ist auf Grund des Vereinsgesetzes unfähigen Qualitäten ausgesetzt; man betrachtet die Polen nicht als vollberechtigte preussische Staatsangehörige. Die Tendenz des Gesetzeswurfs wird von uns gebilligt, aber wir wollen das Gesetz nicht allein für die Arbeiter geben, sondern für alle Bevölkerungsklassen. Wir glauben auch im Namen der polnischen Arbeiter zu sprechen, ohne deren Vertrauen wir nicht hier wären. Aber die Form des Antrages ist nicht ganz glücklich gewählt; wir wünschen einen Unterschied zwischen politischen und nichtpolitischen Versammlungen, und wir wünschen die Frauen nicht aus ihrer natürlichen Sphäre heraus zu bringen.

Abg. Pachnide (fr. Vg.): Es wäre eine interessante Streitfrage, welcher Landmann mit recht die meisten Beschwerden über das Vereinsgesetz zu führen hat; ich reiche die Palme dem Lande Mecklenburg. (Heiterkeit.) Die konfessionellen Versammlungen hat man in Mecklenburg genehmigt, auch einige liberale, aber die sozialistischen hat man verboten. Allerdings hat bisher das Verfahren der mecklenburgischen Regierung nur dazu beigetragen, daß die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen sich ständig vermehrt hat. Ein gutes Vereins-

nehmen, sondern nur den ordnungsmäßigen Gebrauch der Vereins- und Versammlungsfreiheit schätzen. Um den Antrag annehmbar zu machen, wären allerdings einige Verbesserungen erforderlich. Die Zeit für die Regelung dieser Frage ist jetzt nicht günstig. Daß die Billigung der Regierung finden würde, würde uns nicht gefallen, denn eine Regierung, die eine Umsturzvorlage macht, kann kein freies Vereinsrecht schaffen. Wenn wir gegen den Antrag stimmen, so geschieht es nicht, weil wir mit seiner Tendenz nicht einverstanden sind, sondern weil der Zeitpunkt kein geeigneter ist.

Abg. Stolle (Soz.): Wie in Sachsen das Vereinsgesetz gehandhabt wird, das verstoßt sowohl gegen die Verfassung des Königreichs Sachsen, als auch gegen den Artikel 77 der Reichsverfassung. Wir haben in Sachsen nicht mehr das Recht, uns zu versammeln oder über öffentliche Angelegenheiten auszusprechen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Vom Minister des Innern ist erklärt worden in einer Kammer Sitzung, daß allerdings die Gesetze gegen unsere Partei scharfer gehandhabt werden müßten, als gegen andere. Die Verwaltungsbehörden des ganzen Landes werden diesen Anspruch zu dem ihrigen machen. So wird bei uns mit zweierlei Recht gemessen. Die Majestäts ist verboten worden, Vereine sind aufgelöst, Versammlungen sind untersagt worden. Namentlich ist man scharf vorgegangen gegen die Agitationsverbände. Auf Grund des § 5 des Vereinsgesetzes kann man bei uns in Sachsen alles machen, er bietet der Regierung mehr Gewalt als alle Umsturzgesetze. In der Auslegung der Polizeigesetze gehört dem Königreich Sachsen die Krone. Trotzdem wir bei den letzten Reichstagswahlen 270 000 Stimmen, mehr als die Hälfte erhalten haben, wird uns, dem größten Teil der Einwohner, das Recht, sich zu versammeln, verweigert. Die Verfassung wird verletzt. Der § 26 derselben gilt für uns nicht; wir erhalten nicht das gleiche Recht wie andere Parteien. Eine Versammlung wurde verboten mit der Motivierung, daß aus der Person des Referenten, des Abg. Stolle hervorgehe, daß die Versammlung eine sozialdemokratische sein werde, obgleich ich noch nicht ein einziges Mal überführt worden bin, daß ich gegen die Gesetze gehandelt habe! Eine ganze Anzahl von Vereinen ist verboten worden mit der Motivierung, sie hätten sozialdemokratischelieder gesungen. Die Kassengelder der Vereine sind von der Polizei mit Gewalt genommen worden. Den Vergarbeiter- und Hüttenverbänden hat man das Recht der juristischen Persönlichkeit genommen. Die höchste Instanz bei uns ist der Minister des Innern, ein Oberverwaltungsgericht haben wir nicht: was sollen da Beschwerden fruchten! Der Justizminister hat in der Kammer offen erklärt: Wir können zwar keinen direkten Einfluß auf die Rechtsprechung ausüben, aber wir werden nicht unterlassen, unrichtige Rechtsprüche wenigstens zum Gegenstand vertraulicher Rücksprache zu machen. (Hört! hört! links.) Da ist es denn freilich kein Wunder, daß die härtesten Urteile gegen die Arbeiter gefällt werden bei leichten Vergehen, während bei anderen die größten Vergehen gleichsam durch die Finger angesehen werden. Will die Regierung unsern strebsamen und fleißigen Volk alle Rechte nehmen, die auf Grund der Verfassung gewährt werden, wie werden wir aufstehen? Das fordert offen ein Wahlaufsatz der Konservativen, der mit Hilfe der Behörden überall verbreitet worden ist. Das zielt alles nur dahin, daß die Blüte schießt, daß der Säbel haut und daß das Blut fließt. Das läßt man zu, aber die Sozialdemokraten werden überall zurückgekehrt und auch wirtschaftlich benachteiligt. Gegenüber diesem Nothstand müssen wir schreien und Abhilfe verlangen. Wir haben keine Rechte mehr, daher sind wir berechtigt, sie hier im Reichstag zu verlangen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Sächsischer Bundesbevollmächtigter Graf Hohenhausen: Die Behauptungen, daß der Wahlaufsatz der Ordnungspartei durch Beamte transportiert sei, hat der Vorredner schon einmal aufgestellt, aber weder damals noch heute bewiesen. Wenn der Vorredner bei der Verhandlung am 1. Mai, von der er wahrscheinlich durch größere Vergünstigungen abgehalten war, gegenwärtig gewesen wäre, so würde er wissen, daß ich mich auf die einzelnen Beschwerden nicht einlassen kann, weil sie vor den sächsischen Landtagen gehören. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Vorredner glaubt, daß in Sachsen eine Justizverweigerung stattfindet, so kann er sich ja auf Grund des Artikel 77 der Reichsverfassung an den Bundesrath mit einer Beschwerde wenden. (Weiterlekt rechts.) Der Vorredner hat mir vorgeworfen, ich hätte gesagt, die Sozialdemokratie feiere den Anarchismus zu. Ich habe nur gesagt, der vorgelegte Geschenkwort sei nur die gesetzliche Sanktionierung der Anarchie. Das Verdienst der sächsischen Führer ist es nicht, daß die Sozialdemokratie nicht schon längst zum Anarchismus geschritten ist. Wenn jemand verständig ist, so ist es das Volk, aber nicht die Führer, die alles gethan haben, um die Bevölkerung auf Wege zu bringen, auf denen ich sie nicht sehen möchte. Der ruhige Sinn der sächsischen Bevölkerung hat es möglich gemacht, die Ruhe zu bewahren und ich hoffe, daß es auch in Zukunft so gehen wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Förster-Neufeldt (Reform-P.): Auch wir sind der Meinung, daß das Reich durch die Verfassung die Verpflichtung übernommen hat, das Vereins- und Versammlungsrecht zu ordnen. Eigentlich sollten die Sozialdemokraten mit dem jetzigen Ausnahmezustand zufrieden sein; denn wenn sie gleichartig mit den anderen Parteien behandelt würden, wenn das Martyrium von ihnen weggenommen würde, dann würde ihnen auch eine gewisse Macht genommen. Das Vereins- und Versammlungsrecht für die Frauen würde nur dann Bedeutung haben, wenn die Frauen auch politische Rechte erhielten.

Abg. v. Elm (Soz.): Die Stellung der freisinnigen Partei zu den Streiks war früher eine andere; das ehemalige Mitglied dieser Partei, Abg. Garfort, erklärte einmal, Dr. Marx hätte sich nicht soviel Seife kaufen, um die Schmach des Waldburger Streiks wieder abzuwaschen. In keiner Zeitung werden die Streiks so maßlos angegriffen wie gerade in der „Freis. Ztg.“. Es ist sehr schön, hier Reden für das Koalitionsrecht halten, aber mit den Worten stimmen die Thaten der Freisinnigen nicht überein. In der Theorie sind sie dafür, wenn es aber zur That kommt, hat es an den Freisinnigen noch immer gefehlt. Die Gewerkschaften haben wir uns nicht zum Vorwurf genommen, sonst hätten wir eine jämmerliche Organisation. Nein, wir haben uns die Kampfsorganisationen in England zum Vorbild genommen, von denen die Gewerkschaften nur ein jämmerlicher Abklatsch sind. Es giebt keine Interessengemeinschaft zwischen Kapitalisten und Arbeitern, der gesellschaftliche Mißstand ist nicht zu überbieten. Herr Pachtke sieht kein Bedürfnis, den Frauen die selben Rechte einzuräumen, solange sie es nicht selbst wünschen, an politischen Versammlungen theilzunehmen. Wir wollen aber denen, die daran theilnehmen wollen, die Möglichkeit dazu schaffen. Herr Zengmann vermisst in unserem Antrag Bestimmungen über die Überwachung und Auflösung von Versammlungen, er kann sich also eine Versammlung ohne Polizei gar nicht denken. Es geschieht durchaus kein Schade, wenn jeder Bürger des Deutschen Reichs sich versammeln kann (Weiterlekt), wann und wo er will. In England, wo volle Freiheit besteht, ist das Verhältnis zwischen Kapitalisten und Arbeitern viel besser. Druck erzeugt Gegendruck, und in Deutschland ist daher eine andere Kritik mit bitteren und scharfen Worten erklärlich. Die Zeit soll für unsern Antrag nicht geeignet sein. Wir haben schon dreimal auf den freisinnigen Antrag über die Abänderung des Wahlgesetzes so viel Zeit verwendet, wir können also auch auf diesen für die Arbeiter so wichtigen Gegenstand einige Zeit verwenden. Wenn der Antrag nicht angenommen wird, so werden wir damit wiederkommen und Sie werden ihm schließlich Ihre Zustimmung nicht vorenthalten können.

Abg. Richter: Der Vorredner kennt die Parteien wohl nur aus der Fiktion des „Vorwärts“ und aus den Reden seiner Parteigenossen. Da kann nur ein Zerrbild herauskommen. Aber wenn man so wenig unterrichtet ist, sollte man wenigstens hier

zuhören. Herr v. Elm kann zwar sprechen, schön kann ich seine Reden freilich nicht nennen. (Weiterlekt.) Aber er kann nicht zuhören, sonst hätte er Herrn Zengmann nicht das Gegentheil seiner Worte in den Mund gelegt. Herr Zengmann hat darauf hingewiesen, daß über die Auflösung von Versammlungen nichts in dem Antrage stehe; daraus folge das unbegrenzte Auflösungsrecht. Das beweist aber nicht, daß Herr Zengmann sich ein Versammlungsrecht ohne Polizei nicht denken kann. Vom Waldburger Streik hat Herr Zengmann nicht gesprochen, sondern vom Dortmunder Streik, in welchem die Freisinnigen für die Arbeiter eingetreten sind. (Zuruf eines Sozialdemokraten: Auch beim Buchdruckerstreik!) Allerdings nicht; der Buchdruckerstreik war frivol vom Janne gebrochen und hat den Buchdruckern Millionen gekostet. Das ist eben der Unterschied, daß die Sozialisten zwar manchmal vom Streik abtrahnen, aber nachher, wenn er trotzdem stattfindet, ihn doch unterstützen. Wir sind zur Zeit die einzige Partei, welche die Nothwendigkeit einer freisinnigen Vereinsgesetzgebung behauptet. Wenn Sie einen Streit mit den Freisinnigen vom Janne brechen bei dieser Angelegenheit, so beweist das, daß es Ihnen nicht auf die Erreichung praktischer Ziele ankommt, sondern daß Sie bloß nachher eine Broschüre herausgeben wollen über die Handhabung der Vereinsgesetze. Schließlich beantrage ich, daß über die einzelnen Sätze des § 1 gesondert abgestimmt wird.

Abg. Jubeil (Soz.) bespricht einen Fall von Saalabtreibung in Joffen, worauf der Preussische Minister des Innern v. Koller ihm bemerkt, daß er sich an die zuständige Instanz wenden möge, von der es schließlich an den Minister kommen würde. (Zuruf: 2 Jahre.) Das wird abzuwarten sein. (Zuruf Singers: Wenn Sie noch Minister sind!) Das wird auch abzuwarten sein. Die Gastwirthin hat eine Erklärung abgegeben, daß sie ihren Saal nicht hergeben will.

Abg. Stolle: Wenn wir Sozialdemokraten in Sachsen wirklich eine wisse Agitation getrieben hätten, so würden Polizei und Justiz dies verbieten haben. Wir verlangen nur, was jeder freisinnige Mann verlangt: freies Vereins- und Versammlungsrecht; wir verlangen es auch für die Frauen als gleiche Lastentragende wie die Männer. Die Behörden in Sachsen erblicken natürlich in jeder Versammlung von Sozialdemokraten den Anfang der Anarchie. Daß die sächsischen Behörden sich an konservativer Partei-Agitation betheiligen, wird auch von gegnerischer Seite anerkannt, und könnte von uns an Zuhörenden von Beispielen erzählt werden, wenn wir nicht fürchten müßten, daß die Zuhörer, untergeordnete Arbeiter — so kann man sie ja nennen — gemargelt werden können. In Sachsen herrscht nicht so wohl der Minister, als die geheime Ober-Postathelperei. Wir stehen in der Kammer einer geschlossenen Phalanx gegenüber, welche uns, wenn sie sich uns gegenüber für geistig bankrott erklären muß, uns durch einen Schlafantrag mundtot macht. Hier im Reichstag, wo noch mehrere Parteien existieren, können wir wenigstens unsere Klagen vorbringen, und wir werden dies auch in Zukunft thun.

Abg. Bebel: Daß Herr Richter f. S. ein heftiger Gegner des Buchdruckerstreiks war, mehr als es sich vielleicht von seinem Parteistandpunkt aus rechtfertigen ließe, ist seine Sache, es muß aber auf das entschiedenste zurückgewiesen werden, daß die Leiter im Buchdruckerstreik Sozialdemokraten, und womöglich Führer der Sozialdemokraten seien. Es ist im Gegentheil mit einer gewissen übertriebenen Neugierlichkeit alles vermieden worden, was als eine politische Betätigung angesehen werden konnte. Wir haben uns in den Streik nicht eingemischt, aber nachdem er ausgebrochen war, gereicht es den Gewerkschaften zur höchsten Ehre, daß sie ihre Genossen unterstützten. So haben die Schuhmacher, die wöchentlich 12 M. verdienen, die Buchdrucker unterstützt, die doch bis zu 40 M. verdienen. Daß die Diskussion nur den Zweck habe, eine Agitationsbroschüre herauszugeben, kann nur Herr Richter behaupten. Es handelt sich hier um eine Programmforderung, die wir immer verfechten müssen, da der gegenwärtige Zustand durchaus nicht als ein idealer anzusehen ist. Es ist noch nicht einmal der Gedanke aufgetaucht, die Verhandlung zu einer Broschüre zu verarbeiten. Dazu bietet die Umsturzvorlage viel mehr Material. Aber freilich, wenn es gilt, der Sozialdemokratie etwas auszuweisen, dann ist Herr Richter immer dabei.

Abg. Richter: An dem Buchdruckerstreik habe ich kein Interesse; ich kann aber feststellen, daß der Streik ein unbedeutender war. Die Unternehmer wollten entgegenkommen; diese friedlichen Verhandlungen sind aber gescheitert durch das Auftreten der Führer und ihre weitergehenden Forderungen. Die Buchdrucker-Gewerkschaft hat sich von politischer Thätigkeit fern gehalten; um so bedauerlicher ist es, daß ihre Fonds so zerstückelt worden sind. Daß die Führer aber, trotzdem sie sich nicht öffentlich betheiligen, sozialistischen Ideen huldigen, ging aus den Artikeln des „Correspondenten“, des Organs der Gewerkschaft, deutlich genug hervor. Trotzdem die Sozialdemokratie vom Streik abgerathen hat, hat sie den Streik nachher unterstützt. Das Broschürenschreiben halte ich durchaus nicht für eine schädliche Thätigkeit. (Weiterlekt.) Ich habe nur darüber gesagt, daß es eine falsche Taktik ist, daß man die Polemik mit besonderer Schärfe gegen diejenigen richtet, auf deren Unterstützung man rechnen muß.

Darauf wird der Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Süddeutschen und freisinnigen Volkspartei, der Polen, sowie einiger Angehöriger der Freisinnigen Vereinigung abgelehnt.

Schluß 5 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Dritte Beratung des Nachtrags; Erledigung der Wahlen der Abg. Böttcher und v. Dziembowski; zweite Beratung der Umsturzvorlage.)

Parlamentarisches.

Dem Bundesrath sind die Entwürfe eines Gesetzes, betr. die Festhaltung eines zweiten Nachtrages zum Reichshaushalts-Gesetz und eines Nachtrags zum Haushalts-Gesetz für die Schutzgebiete zugegangen.

Dem Reichstage sind nunmehr die — wie bereits mitgeteilt — vom Bundesrath beschlossenen Entwürfe eines Gesetzes, betreffend 1. die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Personen des Soldatenstandes des Reichsheeres und der Marine vom Feldwebel abwärts, sowie 2. eines Gesetzes über den gegenseitigen Beistand der Behörden der Bundesstaaten bei Einziehung von Abgaben und Vollstreckung von Vermögensstrafen zugegangen. —

Lokales.

Die Sonntagsgang auf dem Viehhofe. Zu den Unternehmern, die sich halsstarrig gegen jeden noch so geringfügigen Arbeiterschutz verhalten, gehören in der Regel die Herren Schlächtermeister. Nach ihrer Auffassung, der sie kürzlich erst in einer Petition an die gesetzgebenden Faktoren Ausdruck gaben, ist jeder Eingriff des Staates in ihre Ausbeutungsfreiheit geeignet, das „gute Einvernehmen“ zwischen dem ehrsamem Meister und dem patriarhalisch regierten Gesellen zu erschüttern und darum zu bekämpfen. Wir wissen also ziemlich genau, daß die Herren vom Schlächtergewerbe die ganze Arbeiterschaft-Gesetzgebung als ein Unheil betrachten und halten deshalb das, was uns über die Art mitgeteilt wird, wie seitens der Schlächtermeister die gesetzlichen Bestimmungen betreffend die Sonntagsgänge ausgefaßt werden, für sehr wohl möglich. Es wird uns berichtet, daß ein größerer Theil der auf dem Zentral-Viehhofe arbeitenden Gesellen ge-

zwungen wird, regelmäßig die Nacht vom Sonnabend zum Sonntag durchzuarbeiten. Am Sonntag früh haben die Gesellen die Aufgabe, Gelder einzulassiren. Ist diese Beschäftigung beendet, was in der Regel nicht vor nachmittags 2—3 Uhr der Fall ist, dann wird noch verlangt, daß die Gesellen das Aus-schlachten der in der Nacht getödteten Thiere, z. B. der Rinder, vornehmen. Wir denken, es ist Pflicht der Polizei-Organen, darauf zu achten, daß diesem Treiben auf dem Viehhofe schleunigst ein Ende bereitet wird. Auch eine Reihe Firmen, von denen dieser Unzucht namentlich geübt werden soll, sind wir in der Lage mitzutheilen.

Zur „Kirchennoth“. Die trotz aller Kirchenbauerei, welche wir in den letzten Jahren in Berlin raunend miterlebt haben, angeblich immer noch kein Ende nehmen will, that auf dem diesjährigen Jahresfest der „Berliner Stadtmision“ Söder in seinem Thätigkeitsbericht (der im letzten „Doppelheft“ der „Blätter aus der Stadtmision“ im Wortlaut mitgeteilt wird) einige durch ihre herzerweichende Naivität bemerkenswerthe Aeußerungen. Zunächst jammerte der Redner, ein Stadtmisionar habe vor einiger Zeit in der Kirche einer schon alten Vorstadtgemeinde von 35 000 „Seelen“ im regelmäßigen Gottesdienst nur 95 Personen gezählt. Da könne man sich nicht wundern, daß es in den neu gebauten Kirchen „noch nicht so steht, wie es stehen müßte“. Eine von unsern neuen Kirchengemeinden,“ fuhr dann der theure Gottesmann fort, „hat beinahe 50 000 Seelen. Man könnte denken, die Leute würden in Scharen kommen und das große, neu gebaute Gotteshaus ausfüllen. Aber so steht es noch nicht. Am Todtenfest und am Silvesterabend war die Kirche gefüllt; sonst sind Sonntags 3—400 Leute da, nicht mehr.“ Das hindert natürlich Söder und Konforten nicht, immer weiter nach mehr Kirchen zu schreien und zu hoffen, daß „die Leute in Scharen kommen werden“. Aber die Sache, meinte Söder weiter, fange doch bereits an; denn die innere Mission, auch die Stadtmision, beginne zu arbeiten. Man solle nur Geduld haben, es werde schon werden. Ach nein, Herr Söder, die innere Mission „beginnt“ nicht erst zu arbeiten, sondern arbeitet schon recht lange; aber sie wartet noch immer darauf, daß es mit dem Kirchenbesuch „anfangen“ soll. Ganz ohne Erfolg arbeitet die innere Mission allerdings doch nicht, wenn man den Versicherungen Söders glauben will. Er beklagte sich zwar bitter darüber, daß die „Umstürzmänner“ (auf die er wirklich schimpfte) seinen Bestrebungen hindernd in den Weg träten, aber hinterher prahlte er wieder, daß doch schon mancher von ihnen seine Traktatchen mit Begier lese. „Auch zielbewußte Sozialdemokraten lassen oft mit sich reden und bitten die Stadtmisionare um ihr Wiederkommen.“ Daß zielbewußte Sozialdemokraten auch ihre Gegner zu Worte kommen und ausreden lassen, halten wir für selbstverständlich. Wenn sie aber Traktatchen annehmen und Södersche Sendboten um Wiederholung ihrer Besuche bitten, so kann man das eben nur auf einem Jahresfest der Stadtmision erklären, ohne ausgelacht zu werden.

Wie übrigens die neuen Berliner Kirchen zu Stande zu kommen pflegen, darüber siehe auch die folgende Notiz:

Wie man Kirchen baut! In Berlin soll bekanntlich auch eine Kaiser Friedrich-Gedächtniskirche gebaut werden, für welche ebenfalls in der bekannten Weise gesammelt wird. Am Sonnabend wurde, um Geld zusammenzubringen, ein großes Fest veranstaltet, zu dem folgendes Programm ausgegeben wurde:

Unter dem Protektorate Ihrer Hoheit der Prinzessin Albert von Anhalt: Großes Fest zum besten des Fonds der Kaiser Friedrich-Gedächtniskirche am Sonnabend, den 4. Mai 1895, im Saale der Philharmonie, Bernburgerstr. 22a/23. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende 1 Uhr. I. Theil. Lebende Bilder (Orgelbegleitung, unter gütiger Mitwirkung des Herrn Dr. Reimann), dargestellt von Damen und Herren der Gesellschaft. II. Theil. Deutsches Theaterstück. Unter gütiger Mitwirkung der königlichen Schauspielerinnen Fräulein v. Mayburg, Ungle's Will. (Englisches Lustspiel.) Musik der Kapelle Börs's Miska, unter persönlicher Leitung des Dirigenten. Neuheit! Regier-Melodie von sechs sehr schwarzen Engländern. Neuheit! Liberty's Tea and Coffee room. Buffet. Bierhalle. Patisserie française. III. Theil. Lebende Bilder (unter Orgelbegleitung). Tanzmusik von Börs's Miska.

Daß die 5 Schwestern Barrison nicht mitgewirkt haben, bemerkt sogar das christlich-soziale „Volk“ zu diesem Kirchenbau-Programm, daran war wohl bloß ihre vorzeitige Abreise von Berlin schuld. Ob übrigens Herr Börs's Miska seinem aristokratischen Publikum, das eifrigst zu Ehren des Kirchenbaues getanz haben soll, dieselben Melodien aufgespielt haben mag, mit denen er sonst die Dirnen der Blumenfäse zu vergnügen pflegt? Nun, das thut ja nichts. Wenn sich die Herrschaften nur gut amüsirt haben. Nachher werden sie in der neuen Kaiser Friedrich-Gedächtniskirche um so fleißiger beten.

Auf dem Friedhofe der Thomaskirche wurde am Sonntag der Gastwirth Wilhelm Schmidt (Abalbertstr. 16) beerdigt. In jüngeren Jahren war er einer der thätigsten Genossen und auch fleißig für seine Gewerkschaft thätig. Vom dem Wahlverein des 4. Reichstags-Wahlkreises und mehreren Gewerkschaften sind ihm prachtvolle Kränze mit Widmungsschleifen gesendet worden; ebenso erwies ihm ein Gefangenen die letzte Ehre. Dem letzteren passierte leider das Mißgeschick, bei dem 3. Vers des Liedes: „Ein Sohn des Volkes“ vom Todten-gräber unterbrochen und zum Verlassen der Grabstätte aufgefordert zu werden. Hätte der oder die Veranstalter dieses Gefangenenbundes die Bemerkungen der hierdurch in ihren Gefühlen verletzten Leidtragenden mit angehört, sie würden es sich vielleicht ein zweites Mal überlegen, daselbst noch einmal zu thun. Die Sympathie für die „christliche Religion der Liebe“ wird jedermanns wegs damit gefördert, eher ist anzunehmen, daß manch einer, der der Kirche schon halb den Rücken gekehrt hat, in seinem Vorhaben, aus ihr auszusteigen, erst recht bestärkt wird und es endlich ausführt.

Gefängnisarbeit. Am Freitag begann in London der Versuch, welcher zu untersuchen hat, inwieweit in ausländischen Strafankalten angefertigte Waaren nach England eingeführt werden, die Zeugenvernehmung. Der erste Zeuge war der Journalist James Toller, welcher von einer englischen Zeitung nach Deutschland gesandt worden war, um über die Anfertigung von Waaren in deutschen Strafankalten zu berichten. Toller will namentlich das Gefängnis von Braunweiler bei Köln und Plönssee besucht haben. Man verweigerte ihm den Zutritt in beiden Anstalten. Er wußte ihn sich dennoch aber zu verschaffen. Wie, das theilte er nicht mit. In Braunweiler bedrachten ihn zufolge die Sträflinge Papierdüten und Schreibhefte, machten Notizbücher, banden Wästen und strickten Strümpfe. Zum Strumpfsticken sind Maschinen für Handbetrieb da. In Plönssee wurden namentlich Weitschen angefertigt. Jeden Tag liefert Plönssee drei Tons Weitschen. Auch die Blech-industrie blüht in Plönssee. Die Sträflinge fertigen die Blechwaaren theilweise nach englischen Mustern an. Auf den in Plönssee hergestellten Teppichböden sah Toller den Namen einer Eisenerzeuger und zweier Manchester Firmen. Wästen sowohl wie Weitschen werden in Masse von Braunweiler und Plönssee nach England ausgeführt. Das Papier, in welches in Plönssee die Weitschen eingewickelt werden, trägt sogar theilweise englische Aufschriften. — Es muß abgewartet werden, ob die Plönsseer Gefängnisverwaltung in der Lage sein wird, die Behauptungen als unwahr zu erweisen, oder ob in der That den englischen Arbeitern von deutschen Gefängnissen aus so schmutzige Konkurrenz gemacht wird.

Ein Bauunfall ist am Montag auf dem Postneubau an der Ecke der Leipziger- und Mauerstraße geschehen. An der Grenze des alten Postzeitungsamtes sollte ein Stück altes Mauer-

weil unterhalb der Erdoberfläche abgerissen werden. Um dies schneller zu bewerkstelligen, war das Mauerwerk unterhöhlt worden; es stürzte daher wider Erwarten früher ein als es sollte und begrub zwei Arbeiter unter sich. Hilfe war sofort zur Stelle, sodas die Verschütteten sofort wieder herausgearbeitet werden konnten und nur kleine Verletzungen davongetragen haben. Die Rettungsarbeit ging so schnell von Hatten, das die auf die Meldung „Mittelfeuer und Baumruß“ eingetroffene Polizei und Feuerwehr nichts mehr zu thun fanden. Der Mauerpolier, der sich weigerte, dem residierenden Brandinspektor Auskunft zu erteilen, wurde zur Wache sistirt.

Ein räthselhafter Selbstmord macht in Süden der Stadt Aufsehen. Es handelt sich wieder um einen begüterten Mann und Hausbesitzer, den Eigentümer des Grundstücks Großbeerenstraße 50, früheren Kaufmann Julius May. Im März vorigen Jahres verlor May, der im 63. Lebensjahre stand, durch den Tod seine Frau. Schon bei deren Lebzeiten war er oft wirt und mit sich selbst unzufrieden; nach dem Verluste der Gattin steigerte sich das Leiden. Als das Dienstmädchen am Sonntag Morgen den Kaffee in das noch der Straße zu gelegene Wohnzimmer tragen wollte, fand es den Dienstherrn todt auf dem Fußboden liegen. May war in früher Morgenstunde aufgestanden und hatte sich aus einem Revolver eine Kugel in das Herz gejagt. Die Veranlassung zu dem Selbstmorde glaubt man auch darin suchen zu müssen, das May vor kurzem sein Haus verkauft hat. Die Aussicht, bald sein Grundstück, das er 10 Jahre lang besessen hat, räumen zu müssen, und der Wahn, das er nirgend mehr Unterkunft finden werde, scheinen ihn in den Tod getrieben zu haben.

Bewußtlos und am Kopfe schwer verletzt wurde Ende voriger Woche ein Mann im Alter von ungefähr 35 Jahren auf der Straße aufgefunden und in ein Krankenhaus zugeführt. Dort ist er am Sonntage infolge Schädelbruchs gestorben, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben. Man hat daher weder über die Persönlichkeit noch über den Vorfall, der die Verletzungen herbeigeführt hat, etwas feststellen können. Der Unbekannte hat dunkles Haar, einen Schnurrbart, blaue Augen, eine spitzgebogene Nase und eine kräftige Gestalt.

Die Pracht des Friedrichshains wird am Sonntag wesentlich dadurch beeinträchtigt, das die Wege nicht geprengt werden. Dieser Park liegt mitten zwischen verschiedenen Arbeiter- und Arbeiterinnenvierteln, deren zahlreiche Bewohner im Frühling wie im Sommer und im Herbst hier ihre sonntägliche Erholung suchen. Des Sonntags nachmittags beleben stets Hundstausende die Wege des Parks, Staubwolken aufwirbelnd, welche Baum und Strauch, Blatt und Blüte in ein schmutziges Grau hüllen und das Athmen erschweren, so das es aussieht, ein Genuß zu sein, in dem sonst so schönen Park zu lustwandeln.

Zur Auslegung einer elektrischen Bahn nach Spandau hat der Regierungspräsident zu Potsdam die Genehmigung erteilt, und zwar für die Zeit bis zum 31. Dezember 1902. Zur Erhebung des Fahrgeldes wird das Bahnlafetten-System eingeführt. Unternehmerin ist die Allgemeine deutsche Kleinbahn-Gesellschaft zu Berlin.

Wegen Zuhalten der Koupéthüre eines Stadtbahn-Zuges wurde am Sonntag Nachmittag ein Herr St. behufs Feststellung seiner Personallisten. Derselbe hatte am Bahnhof Friedrichstraße die Thüre eines Wagenabtheils zugehalten, um das Koupée vor Ueberfüllung zu schützen, wiewohl noch ein Sitzplatz frei war. Dadurch hat sich St. strafällig gemacht. — Wie uns übrigens mitgeteilt wird, ist das Zuhalten der Thüren auch bei wirklich überfüllten Koupées untersagt und haben darüber handelnde Personen eine Geldstrafe zu zahlen. Besser wäre es jedenfalls, wenn die Direktion auch des Sonntags nachmittags so viel Wagen und Züge zur Verfügung stellte, um eine Ueberfüllung der einzelnen Koupées auf alle Fälle zu verhindern. Wer ist denn der schuldige: Der Passagier, der die Wagenstange zuzieht, wenn zehn Personen im Koupée Platz genommen haben, wie es nach dem Reglement die höchst zulässige Zahl ist, — oder die Eisenbahndirektion, die es — entgegen ihrer eigenen Instruktion — zuläßt, und die Ursache ist, das sich 25 und mehr Personen in einem Koupée zusammenpacken müssen?

Elektrische Bahn Berlin-Charlottenburg. Wie der „Charlottenb. Ztg.“ mitgeteilt wird, hat auch die Thiergartenverwaltung die Umwandlung der Berlin-Charlottenburger Pferdebahn in eine elektrische Bahn und die Aufstellung der zu diesem Zwecke nötigen Ständer u. s. w. für den Bereich des Thiergartens genehmigt. Es bleibt jetzt nur noch der mehrerwähnte Einspruch der Physikalisch-technischen Reichsanstalt zu beseitigen.

Schiller's Todestag. Am Mittwoch, den 9. Mai, ist die neunzigjährige Wiederverkehr des Todestages Friedrichs von Schiller, der 1805 zu Weimar starb. Aus Anlaß dieses Tages soll das Marmonthalbild des großen deutschen Dichters am Schillerplatz mit Blumen geschmückt werden.

Der Droschkenfahrer-Verein hat die löbliche Absicht, die Pferdebahn-Gesellschaft ein wenig an ihre Pflichten zu erinnern und zwar hinsichtlich der Instandhaltung der Geleise, die vielfach recht sehr zu wünschen übrig lassen und den öffentlichen Wagenverkehr in den Straßen oft nicht unbedeutend stören. Der genannte Verein hat eine entsprechende Petition an das Kommissariat für das öffentliche Fahrwesen zu richten beschloßen.

Witterungsübersicht vom 6. Mai 1895.

Stationen.	Barometer stand in mm. reduziert auf Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Skala 1-12).	Wetter.	Temperatur (nach Celsius) (nach Fahrenheit).
Wismaründe.	776	NO	3	heiter	8
Hamburg.	776	OSO	2	wolkenlos	14
Berlin.	774	OSO	4	heiter	14
Wiesbaden.	768	O	4	halb bedekt	16
München.	767	O	5	heiter	14
Wien.	771	Still	—	wolkenlos	11
Guaymas.	776	N	4	wolkenlos	10
Petersburg.	—	—	—	—	—
Cort.	773	ONO	1	heiter	9
Aberdin.	777	SO	1	heiter	12
Paris.	767	ONO	1	bedekt	9

Wetter-Prognose für Dienstag, 7. Mai 1895.

Trockenes, vorwiegend heiteres, am Tage warmes Wetter mit ziemlich frischen östlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Polizeibericht. Am 4. d. M. vormittags warf in der Zionskirchstraße ein Mädchen seine 5 Jahre alte Tochter durch das Gitterfenster des 5. Stocks auf den Hof hinab und stürzte dann selbst nach. Beide starben auf der Stelle infolge von Schädelverletzungen. — In der Neuen Friedrichstraße erhielt ein Kutscher von seinem Pferde, als er ihm die Decke abnahm, einen Hufschlag ins Gesicht und erlitt einen Bruch des Nasenbeins. — Gegen Mittag stürzte in der Fichtestraße ein zweijähriger Knabe aus dem Fenster des 3. Stocks hinaus und fiel bald darauf an den erlittenen Verletzungen. — Nachmittags wurden eine Arbeiterin auf der Kreuzung der Reinickendorfer- und Dallborferstraße, und ein sieben Jahre alter Knabe in der Langestraße durch übermäßig schnell fahrende Bierwagen überfahren. Erstere wurde am Fuße erheblich verletzt, der Knabe auf der Stelle getödtet. — An der Riederbrücke wurde die Leiche eines Mannes aus dem Schiffahrtskanal gezogen. — Am 5. d. M. wurden zwei Männer

erschossen in ihrer Werkstatt resp. Wohnung vorgefunden. — Ein in der Franzstraße wohnhafter Mann hatte sich anscheinend vergiftet und wurde morgens sterbend in seinem Bette vorgefunden. — In der Linienstraße wurde vormittags ein Kaufmann durch einen Postwagen überfahren und anscheinend innerlich bedeutend verletzt. — In dem Keller eines Hauses Leipzigerstraße entstand beim Anzünden einer Gasflamme eine Explosion, bei der ein Mann und eine Frau so erhebliche Brandwunden an den Händen und im Gesicht erlitten, das sie nach einer Unfallstation gebracht werden mußten. In der Hafenstraße wurde nachmittags ein achtjähriger Knabe durch eine Kutsche überfahren am Kopfe, am Arm und am Fuß verletzt. — Am 4. und 5. d. M. fanden neun kleine Brände statt.

Gerichts-Beifung:

Fragen nach den persönlichen Verhältnissen an Zeugen, durch welche diese herabgesetzt werden sollen, sind, so weit dies irgend möglich ist, zu verjagen. Ein Referendar hatte in einer Prozeßsache in seiner Eigenschaft als Nebenkläger an eine Zeugin die Frage gerichtet, ob sie nicht im Jahre 1879 wegen Gebruchs bestraft worden sei. Der Vorsitzende der sechsten Strafkammer am Landgericht I, Landgerichtsdirektor Franke, unterwarf in sehr scharfer Form diese Frage und rief dem Referendar zu, das derselbe, wenn er sich der Rechtsfärrerei widmen wolle, sich vor allen Dingen vergegenwärtigen solle, das den Vorsitzenden die Anweisung erteilt sei, solche Fragen, durch welche Zeugen herabgesetzt werden sollten, nach Möglichkeit zu verhindern. Diese Anweisung ist thatsächlich notwendig geworden, denn nicht selten werden von den Angeklagten oder ihren Verteidigern an die Zeugen Fragen gerichtet, die mit der Sache selbst in keinem Zusammenhang stehen, und nicht einmal für die Frage der Glaubwürdigkeit eines Zeugen von Belang sind, denn wenn wirklich der Zeuge einmal irgend ein Unrecht begangen haben sollte, so kann man daraus noch nicht folgern, das er nun auch einen Meineid leisten müsse.

Ein neuer großer Wucherprozeß begann heute vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Ried. Angeklagt sind: 1. Rentier Wilhelm Fieher, 2. Kleiderhändler Jacob Scholem, 3. Agent Albert Wasilewski, 4. Rentier Albert Motte, 5. Agent Fritz Arendt und 6. Kaufmann Hermann Luwenow. Die Anklage vertritt wieder Staatsanwalt Strähler, die Verteidigung führen Rechtsanwälte Dr. Jovers, Dr. Fritz Friedmann, Weber, Frank und Blaschauer, Justizrat Kleinholz, Flatow und Dr. Sello. — Nach Annahme der Anklage gehören die Angeklagten einer Gruppe von Geldgebern an, welche vorzugsweise Offizieren und höheren Beamten Geld leihen und sie gruppieren sich als Hintermänner um den Angeklagten Scholem. Dieser ist der Sohn des verstorbenen Stadtbekannten Kleiderhändlers Scholem nomine Brühl. Er hat seines Vaters Geschäft übernommen und betreibt dasselbe seit 1878. Es besteht hauptsächlich darin, das er Offizieren alte Sachen und Uniformstücke abkauft. Dadurch kam er mit Offizieren in eine nähere Verührung und es entwickelte sich daraus ein Geldverlehrsverkehr zwischen ihm und den Offizieren. Wenn letztere Geld brauchten, dann wandten sie sich vertrauensvoll an Scholem und dieser besorgte ihnen die gewünschten Summen, zum kleinsten Teil aus eigenen Mitteln, zum größten Teil aus Mitteln anderer Geldgeber, zu denen die Angeklagten gehört haben. Scholem nahm für seinen Teil von den Geldgebern 6 bis 8 pCt., ließ sich aber gelegentlich auch Gefälligkeits-Alzette geben, die in einem Falle die Höhe von 30000 M. erreicht haben sollen. Die Mitangeklagten sollen für ihre Geldvermittlung, bei denen die üblichen Proportions-Wechsel eine Rolle spielten, bis zu 40 pCt. genommen haben; sie haben auch vielfach selbst direkte Geldgeschäfte gemacht. Die Verhältnisse, die bei diesem Prozeß zur Sprache kommen, sind die nämlichen, die in den Vorprozessen schon so oft besprochen worden. Sämtliche Angeklagten bestreiten ihre Schuld und behaupten, das bei ihren Geldgeschäften weder eine Ausbeutung einer Nothlage oder des Reichthums vorlag, Hufen verlangt worden seien, die bei dem obwaltenden Risiko übermäßig hoch erschienen. Namentlich bestreiten die beiden letzten Angeklagten, sich des Wuchers schuldig gemacht zu haben und versichern, das sie nur ganz legale Geldgeschäfte gemacht haben. — Es sind 48 Zeugen zur Stelle.

Der Prozeß fällt die gesamte Sitzung der ersten Strafkammer aus. An charakteristischen Einzelheiten war die Beweisaufnahme ärmer als bei anderen derartigen Prozessen. Als Zeugen traten auf: verabschiedete Offiziere, die zur Tilgung von Spielgeldern Geld gebrauchten, Hauseigentümer, denen die Mittel zur Vornahme notwendiger Reparaturen fehlten, der Geheimrathsohn, der im Jugendübermuthe Schulden gemacht hatte und dabei die Hoffnung hegte, das sie von „seinem Vater“ bezahlt werden würden, es fehlte aber auch der Rechtsanwalt und der Staatsanwalt nicht. Ein provinzialer Staatsanwalt stand sogar mit dem Angeklagten Scholem auf ganz vertrautem Fuße. Er redete ihn brieflich recht jovial „Mein lieber Scholemer“ an, lud ihn zur „koscheren Gans“ ein und verrieth ihm in einem Briefe aus Karlsbad, das er dort eine „kleine Französin“ kennen gelernt habe, die ihm viel Geld leiste, so das er wieder eine Anleihe machen müsse. Der lebenslängliche Herr Staatsanwalt hat übrigens bestritten, das er in einer Nothlage gewesen. Auch ein anderer Zeuge hat zu der Zeit, als er noch die preussische Offiziers-Uniform trug, in ähnlichen engen Verkehr mit Herrn Scholem gestanden, was aus der Thatfache hervorgeht, das er demselben für 30000 M. Gefälligkeits-Alzette gegeben hat. Da Scholem im Jahre 1894 ein außergerichtliches Engagement mit seinen Gläubigern eingeziehen gezwungen war, so fand dem Offizier aus diesen Alzepten viele Weiterungen und Verluste entstanden. Ein Zeuge, der von dem Angeklagten Motte gezwungen worden war, wegen einer Schuldsumme von 800 M. den Offenbarungseid zu leisten, wurde von dem Verteidigerliche aus verdrängt, aus Ingrimm hierüber dem bekannten „Oberamtman“ Krause Material zu seiner Wucherbrochure geliefert zu haben.

Versammlungen:

Die **Möbelpolierer** beschäftigten sich am Sonntag in öffentlicher Versammlung bei Ulrich, Waldemarstr. 75, mit Stellungnahme zu den wegen der Kaiserin erfolgten Maßregelungen ihrer Kollegen bei den Firmen Hoflieferant G. Prächel, Krausenstraße 31/32, und Fr. Müller, Krausenstr. 87. Der Verbandsvorsitzende Schulz stellte den Sachverhalt in der Weise dar, wie er bereits im „Vorwärts“ zur Veröffentlichung gelangt ist. Dringende Arbeiten seien bei Prächel nicht zu erledigen gewesen, nur „wegen verletzter Disziplin“ trat die Strafe der Entlassung ein. Wer die eigentlichen Anordnungen dieser Maßregelungen, gebe ziemlich klar hervor aus den Aeußerungen zweier Wachhalter und des Fahrers Wiedemeyer bei der am Donnerstag nachgesuchten Rücksprache gegenüber der Kommission: wenn auch Herr Prächel die Polierer wieder einstellen wollte, sie würden es verhindern, und an die Einstellung aller sei übrigens kaum zu denken, da bereits einige Plätze besetzt seien. Trotzdem will die Kommission nochmals eine Rücksprache mit Herrn Prächel versuchen. Kluge erwartet von dem Solidaritätsgefühl der bei Prächel arbeitenden Tischler, das sie nicht die vorstehenden Polierarbeiten machen; einige Tischler gaben diesbezügliche Erklärungen in sehr bedingter Form ab. Vorsitzender Wiedemeyer führte aus: hätten die Polierer bis Mittag gearbeitet, dann wäre ihre Entlassung nicht erfolgt; er wurde aber von Meier an seinen

Ausspruch erinnert: wer nur bis Mittag arbeitet, der habe dieselben Konsequenzen auf sich zu nehmen, als wenn er am 1. Mai gar nicht zur Arbeit kommt. Bezüglich infolge dieses Ausspruches beschloßen die Polierer, nunmehr am 1. Mai gänzlich zu feiern, da ihnen die Erlaubnis von 4 Uhr ab zu feiern, dafür aber die Mittagspause durchzuarbeiten, wie es seitens der Tischler auch geschehen ist, als der reine Hohn erschien. In einer einstimmig zur Annahme gelangenden Resolution erklärte die Versammlung das Vorgehen der Kollegen für korrekt und versprach ihnen jede moralische und pekuniäre Unterstützung. Die Vertheilung Sperre bleibt bestehen. — Bei Fr. Müller, Krausenstr. 87, einigten sich die Polierer für gänzliche Arbeitsruhe am 1. Mai; jedoch trotz seiner bestimmten Zusage arbeitete einer (Joch) den ganzen Tag, die übrigen „flogen raus“. Leider ist, wie Schulz weiter bemerkte, hier außerdem die traurige Thatfache zu verzeichnen, das zwei arbeitslose Verbandsmitglieder, Wilhelmson und Fehner, die Tags vorher sich ebenfalls an der Maifeier betheiligten, am Donnerstag sofort bei Fr. Müller in Arbeit traten. Von den dort beschäftigten 20 Tischlern sind nur 6 organisiert, daher ist eine moralische Unterstützung der Gemäßigten ihrerseits kaum zu erhoffen. Der Kommission wurde nahegelegt, mit Herrn Müller eine Verständigung zu versuchen; ebenso soll sie auch bei Stövesandt, Wäckerstr. 12, wegen der in der Versammlung gemeldeten Entlassung eines Kollegen aus gleichen Gründen vorstellig werden. In einer baldigst einzuberufenden Versammlung wird die Kommission über die Ergebnisse der Unterhandlungen berichten. Auch die Vertheilung von Fr. Müller, Krausenstr. 87, und Stövesandt, Wäckerstr. 12, gelten als gesichert; die Gemäßigten werden aus Mitteln der Gewerkschaft unterstützt.

In einer öffentlichen Versammlung der in der Schuhindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, die am 5. Mai bei Riestein der Weberstraße tagte, berichtete Genosse Lange über die Situation des Streiks bei Rosenthal u. Groh. Gegenwärtig befinden sich noch vierzehn männliche Arbeiter und sieben weibliche Arbeiter im Ausstand. Von diesen sind sieben wegen nicht Jnahalten der Kündigungsfrist vom Firmeninhaber verklagt, und dazu verurtheilt worden, binnen drei Tagen die Arbeit wieder aufzunehmen, oder je eine Entschädigungssumme von 16 und 20 M. an den Kläger zu zahlen. Gildebrandt konstatiert, das am Sonntage sechs Streikbrecher entlassen wurden, der Fabrikant sich zur Unterhandlung mit den sieben verurtheilten Kollegen bereit erklärt hat, jedoch weigert er sich, den von den Arbeitern gestellten Bedingungen zu sich fügen. Die weitere Debatte drehte sich um die einzuschlagende Taktik zu dem weiteren Vorgehen, und zeitigt die Annahme folgender Resolution: „Die 2c. Versammlung spricht den Streikenden ihre vollste Sympathie aus und hofft, das sie ausbarren werden, um Herrn Rosenthal zu zeigen, das auch er seine Unterschrift zu halten hat; ferner verspricht sie den Streikenden moralische und materielle Unterstützung.“ Daraus geht der Kassirer Gahn die Abrechnung vom Streik bei Färkenheim u. Maroffe. Die Abrechnung schließt in Einnahme und Ausgabe mit 4645,88 M. ab.

Nach Darstellung der Revisoren über das Aufgehen der Aufgabesumme in den Einnahmen, ertheilte auf Antrag derselben die Versammlung dem Kollegen Gahn einstimmig Decharge. Ueber die Verhältnisse bei Müller u. Schliweg wurde von verschiedenen Rednern erklärt, das die Betriebe im Winter einige Zeit still standen; vor einigen Wochen nun erging seitens des dortigen Geschäftsführers an die Arbeiter die Mittheilung, das ihre Löhne reduziert werden müßten. Verhandlungen der Arbeiter mit dem Fabrikanten wegen der angedrohten Lohnreduktion verliefen resultatlos, und einmüthige Arbeitsniederlegung war die Folge. Die Preise für die einzelnen Arbeiten sind von 1,35 M. auf 1,10 M. und diejenigen von 1 M. auf 90 Pf., die von 90 Pf. auf 60 Pf. u. s. w. herabgesetzt. Beim früheren Lohnsatz lieferte der Fabrikant die Zweden, jetzt soll sie der Arbeiter liefern. Bei diesen herabgesetzten Preisen sind die Arbeiter nicht mehr im Stande, wöchentlich 12 M. zu verdienen. Im vorigen Jahre ließ Schliweg noch im Zuchtbaue arbeiten, heut nicht mehr. Durch die billige Zuchtbauarbeit war er im Stande, viele Konkurrenten aus dem Felde zu schlagen und dennoch Millionär zu werden. Sämtliche Fabrikanten beriefen sich bis dato stets auf Schliweg, wenn den Arbeitern Lohnreduktionen ausgesetzt wurden, die Löhne wurden auf ein so tiefes Niveau herabgedrückt, das selbst die Zuchtbauarbeit nicht mehr mit der freien Arbeit konkurrieren konnte. Von vielen Rednern wurden die angeführten Lohnreduktionen bestätigt und sachmännisch dahin detaillirt, das sie bis zu 50 pCt. betragen. Folgende zur Diskussion gestandene und vielfach bestrittene Resolution wurde einstimmig angenommen: „In Erwägung, das der Fabrikant Schliweg den Arbeitern und Arbeiterinnen Lohnabzüge von 30 bis 50 pCt. zugumuthen sich erdreiste, erkennt die Versammlung den Streik für gerechtfertigt, sich mit den Streikenden solidarisch, und verspricht bei der günstigen Konjunktur mit allen zu Gebote stehenden Mitteln Unterstützung.“ Zum Schluß erging an die Inhaber der Sammellisten für Inhabitive die dringende Mahnung, recht bald abzurechnen. Hiernach erschloß sich noch eine längere unliebsame Debatte über die leidige Frage: Zentral- oder Lokalorganisation.

Kauverein Berliner Glühbrenner. Dienstag, den 7. Mai, abends 8½ Uhr, Anwesenheit: 16. Versammlung. Tages-Ordnung: Schlußwort zwischen den Redigern Sandow und Schneider zur Generalversammlung.

Nationalen kaufmännischen Frauen- und Arbeitervereins. (S. S. 71.) Mittwoch: 6. Monatsversammlung. Dienstag, den 7. Mai, abends 8½ Uhr, im Restaurant Stähler, Neue Gränze. 35: Vorstands-Sitzung und Aufnahme neuer Mitglieder.

Freie Vereinigung der Gewerbetreibenden, Kleinhändler u. s. w. Dienstag, den 7. Mai, abends 8½ Uhr, in den „Ornithenallen“, Cronenstraße 61. Vortrag des Herrn Schulz über: „Die deutsche Lichtkunst vor und während der 4er Revolution.“

Arbeiter-Bildungsschule. Dienstag Abend von 7½-8½ Uhr: Besprechung: 10. Vorlesung, Wäckerstr. 179a: Volkswirtschaftliche Methoden (Die Krankheiten der Proletariate mit besonderer Berücksichtigung der Verfallsformen). Südostschule, Waldemarstraße 14: Nationalökonomie (praktische). Bei allen Unterrichtsstunden werden neue Teilnehmer, Tamen und Herren, jeder Zeit aufgenommen.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Hölle (Zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben unter der die Antwort erteilt werden soll.

In Rechtsangelegenheiten wird ausschließlich am Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7 bis 8 Uhr abends Auskunft erteilt.

„Ausländer.“ Der „Patron“ hat sich einer strafbaren Handlung schuldig gemacht, indem er das Stouwert Ihrer Zeitungen erbrach und dieselben anstaltete. Wenn der Herr Chef nicht schleunigst Ihre Eigentum — das beiläufig nicht verboten ist — zurückgibt, so zeigen Sie denselben bei der Staatsanwaltschaft an wegen Verletzung des Briefgeheimnisses und wegen widerrechtlicher Aneignung fremden Eigentums. Dann kann der Herr Vaterlandsvetter für seinen denunziatorischen Eifer noch einen sehr unerwarteten, wenn auch wohlverdienten Lohn erhalten. Theilen Sie mir persönlich das weitere mit. M. S.

B., Stuttgart. Aus bestimmtem Grunde ist von einer Veröffentlichung des Artikels abgesehen worden.

Einwanderungs-Schaffner. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Petitionskommision sind die Reichstags-Abgeordneten G. Voghter und Föhrer-Gera.

M. 50., A. S. 86. Toni. Sprechen Sie mit den Alten in der Sprechstunde vor. — Vierer. Wenden Sie sich an die österreichische Gesandtschaft. — A. S., Chorinerstr. 60. — S. S. 2. R. 15. Mein. — A. S. 26. Bei der Polizei- und bei der Gemeindebehörde. — R. 90. Nicht recht verständlich; ein Zeuge hat nach bestem Gewissen die Wahrheit zu sagen. —

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 7. Mai.
Opernhaus. Die Zauberflöte.
Schauspielhaus. Die Journalisten.
Deutsches Theater. Prinz Friedrich von Homburg.
Leffing-Theater. Madame Sans-Gêne.
Berliner Theater. Madame Sans-Gêne.
Neues Theater. Im Fortkause.
Schiller-Theater. Don Carlos.
Friedrich-Wilhelmstadt Theater. Der Obersteiger.
Residenz-Theater. Fernand's Ehekonflikt.
Adolph Ernst-Theater. Madame Suzette.
Central-Theater. Figaro bei Hof.
Alexander-Platz-Theater. Durchgegangene Weiber. Alle 5 Variationen.
National-Theater. Die lebende Brücke.
Theater Unter den Linden. Pariser Leben.
Deutsches Volkstheater. Der Schmied von Rolandseck.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Hausmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.)
Dienstag, 7. Mai, abends 8 Uhr:
Don Carlos.
Mittwoch, 8. Mai, abends 8 Uhr:
Die jüdischen Verwandten und Ein Trafschappott.
Donnerstag, 9. Mai, abends 8 Uhr:
Zum 1. Male: Der Heckenkessel und Der jüdische Funke.
Freitag, 10. Mai, abends 8 Uhr:
Don Carlos.
Sonntag, 11. Mai, abends 8 Uhr:
Der Heckenkessel und Der jüdische Funke.

Central-Theater

Alte Jakobstraße Nr. 30.
Novität! Zum 3. Male: Novität!
Unter artistischer Leitung des Herrn Adolf Brühl vom Königl. Gärtnerplatz-Theater in München:
Figaro bei Hof.
(Rococo.)
Operette in 3 Akten (nach Beaumarchais' Memoiren) von Bohrmann-Riegen.
Musik von Alfred Müller-Norden.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 182.
Direktion: Max Samst.
Gastspiel der amerikanischen Gesellschaft **William Calder.**
Vorlesung Woche:
Die lebende Brücke.
Großes Sensationschauspiel mit Musik in 4 Akten (11 Bildern), nach dem Englischen von Sutton Kane, überfetzt von S. Schwab. Dirigent: Adolph Wiedemann.
Elektr. Beleuchtungseffekte v. Lefowitsky.
Regie: Max Samst.
Aufführung 5 1/2 Uhr. — Aufg. 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

National-Theater-Garten:

Grosses Concert und Spezialitäten-Vorstellung.
Die Theaterbesucher haben freien Zutritt zum Sommergarten.

Kaufmann's Variété.

Königsstrasse, Kolonnaden.
Täglich:
Neumann-Bliemchen's
Leipziger Vaudeville-Gesellschaft:
Neumann, Wilh. Wolff, Horvath, Gippner, Lemke, Foldow und Ledermann.
Novität! Entree 30 Pf. Novität!
Großer Lachserfolg!
Zur Umkehrvorlage.
Zeitgemäße Poffe v. W. Wolff.
In der Pasta! Der Zigeunerkönig Horvath! Berlin. Strassenbilder! Bliemchen's Abenteuer! Bomben-Erfolg!
Anfang 1/8 Uhr.

Castan's Fanoptikum.

Ein Flug durch die Luft!
Chamly's mysteriöse **Katakomben.**
Reichskanzler Fürst Hohenlohe.

Urania

Anstalt für volksthümliche Naturkunde.
Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).
Geöffnet von 5-10 Uhr.
Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.
Näheres die Anschlagzettel.

Adolph Ernst-Theater

Madame Suzette.
Vaudeville-Poffe in 3 Akten von Ordonneau.
Musik von Edmond Audran.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Passage-Panopticum.

Neu!
Eine Fahrt auf dem Golf
von **Neapel.**

Brauerei „Wedding“

Reinholdendorferstr. 48.
verkauft Weiss, Braun-, Weibersch- und Weizenbier zu soliden Preisen in kleinen Gebinden, sowie Jungbier, in und außer dem Hause. 2359E

Achtung! Gewerkschaften!

Große Räume stehen den geehrten Gewerkschaften (passend zur Zentralherberge) zur Verfügung.
E. Siegemund,
Berlin, O. Alexanderstr. 11.
Auch werden Zählstellen gerne angenommen. 2341E

Achtung!

Zahnersatz, auch Teilzahl., wöchentl. 1 Mark. Guckel, Pansther Platz 2, Esplanadestr. 12.
Eisspinden, Eisselwagen, sowie Milchgeschäfts-Utensilien.
Jordan, Kleine Marktnstr. 28.

Gelegenheitskauf

für Brautleute: Im Möbelspeicher Neue Königsstr. 59, vorn L., sollen über 100 Wirtschaftseinrichtungen, kurze Zeit vertriehen gewesene u. neue Möbel spottbillig verkauft werden. Ganze Einrichtungen 100, 150, 200—1000 M. Teilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Kleiderpinden 15, Küchenspinden, Kommoden 12, Sophas 15 M., Bettstellen mit Sprungfeder-Matratzen 18, Aufbaum-Kleiderpinden 30, Stühle 3 Mark, hochseine Muschelfeiderpinden 40, Plüschgarnituren 60 Mark, Herrenschreibische, Damenschreibische 30, Schreibbureau, Schreibstühle 15 Mark, Garderobenspinden, Pannelsophas 75, Buffets, Trumeaus 65 M., Betten, Couffentische, alles spottbillig. Auch einzelne Gegenstände werden zu Engrospreisen verkauft. Empfehle allen Herrschaften, mein größtes Möbelflager Berlins zu besichtigen u. sich von den staunend billigen Preisen zu überzeugen. Gekaufte Möbel können bis April kostenfrei stehen bleiben und werden eigene Gespanne transportiert und aufgestellt.

Größtes Etablissement der Reichshauptstadt.

Ausstellung Italien in Berlin.

Stadtbahnstation Zoolog. Garten. Eröffnung

der diesjährigen Saison am 14. April, nachmittags 2 Uhr.
Auftreten der neu engagierten 12 italienischen Sängerkörpers und Musikkapellen. Maestro Cav. Gialdini mit seinem Opern-Orchester, der Bersaglieri-Kapelle (Dirigent Maestro Giacomo Gatti), des italienischen Sängerkörpers (Damen und Herren) unter Leitung des Maestro Donizetti Gaetano, der italienischen Volkssänger-Gesellschaften Signor Raphaelo Liberti, Perna, Delarosa, Tribuni, Lorenzo, Salvatore, Pacienza Rascato, der italienischen Tänzer-Gesellschaft Marano und Giletti u. a. m., sowie Auftreten des Ensembles des Berliner American-Theaters und schließlich: der schönen Margherita Astardi, des Sternes der Weltausstellung von Chicago.
Täglich: Großer Gondel-Ress auf dem Canale grande.
Entree 50 Pf.

Bei Regenwetter gewähren die Ausstellungsgebäude bequemen Schutz und Aufenthalt für 12000 Personen.

Besuchtestes Vergnügungsort der Residenz. Familien-Abonnements pr. Sais. à 10 M. verb. v. 1. Mai an i. den Bureau d. Direktion ausgegeben.

Neu: Novitäten in besten populären italienischen Konzerten.

Künstl. Zähne

2 M. Vollst. schmerzlos. Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Rep. sof. Theilz. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 8-7 Uhr.

Schweizer-Garten

Am Königsdamm — Am Friedrichshain.

Gr. Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.

Volkbelustigungen aller Art. Im neuen Saale **BALL.**

Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pfennig.

An den Wochentagen ist das Etablissement an Vereine, Gesellschaften zur Abhaltung von Sommerfesten zu vergeben.

Posamenten-

Arbeiter und Arbeiterinnen.

Versammlung

am Mittwoch, den 8. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale Kamenstr. 16.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen A. Hoffmann über: „Der Kampf ums Dasein.“
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
209/9 Der Vertrauensmann.
Männer-Gesangsverein „Oberon“ ersucht stimmbegabte Herren, beizutreten. Donnerstags 9 Uhr Orantenstr. 121 bei Grauer. 9456

In der Mantelfabrik

Andreas-Hof

Andreasstraße 32
Hof Eingang 5
werden die von der Engros-Saison übrig gebliebenen **Mäntel Umhänge Kragen,** die verschiedenartigsten **Besatzstoffe und Mäntelstoffe, Plüsch** 33/13 **im Einzelnen zu sehr billigen Preisen abgegeben.**

Ganz sichere Brotschle.
Gemüse, Obst, Kartoffeln, Herings-Handlung, Drechelle, bis Oktober miethetfrei, sof. Umstände halber billig zu verkaufen. Umfah nachweisbar. 9956 **Wienerstr. 33B.**

Wer hilft?

Gesuche, Einreden u. Briefe jeder Art, Anstellungsf. u. jurist. Rath f. 1,50 M. im **Rechtsbureau Prinzenstr. 91,** Moritzplatz. Billigste Proseßführung.

Louis Ehrenberg

Am Molkenmarkt No. 7 (früher Kamenstr. 16)
empf. Freunden u. Bekannten sein Weiss- u. Bairisch-Bierlokal.

C. Bolzmann's

Gesellschafts-Säle,

Lichtenbergerstr. 16.
Säle und Voreinszimmer von 20 bis 500 Personen mit großer Bühne.

Neu eröffnet:

Restaurant und Stehbierhalle

Emil Krutenberg,

Königsbergerstr. 13.

Arbeitsanfrage

W. Pahr, Brunnenstr. 112.

Möbel, gebraucht, kauft Möbel-

Handlung Rosenthaler-Str. 18.

Zigarrengeschäft, kleines, mehrere Zahlstellen, sofort veräußert. Offerten M. 600 Postamt 26. 9856

Mein Lokal ist zu verkaufen. Albrecht Baron, Grüner Weg 6. 9856

Schlafstelle für ein anständiges junges Mädchen Langstr. 82/83 v. 2 Tr. bei Balthes. 9856

Unserm Freund und Genossen, dem **Former Carl Schröder,** zu seinem heutigen Wiegenfeste ein dreifach donnerndes Hoch!
H. D., W. D., P. B., J. B., F. M., P. H., W. P., R. K., A. Sch.

Sozialdemokr. Wahlverein

für den 4. Berliner Reichstags-

Wahlkreis.

Allen Mitgliedern hiermit die traurige Nachricht, daß unser langjähriges treues Mitglied, der **Bürger**

Karl Printz,

am Montag früh nach langen, schweren Leiden verstorben ist.

Ehre seinem Andenken.

Die Beerdigung findet am Mittwoch nachmittags 6 Uhr von der Wohnung, Langstr. 62, nach dem freiwilligen Friedhof, Pappel-Allee, statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Parteienossen

des 4. Berliner Reichstags-

Wahlkreises.

Allen Genossen die traurige Nachricht, daß unser Genosse

Karl Printz

am Montag früh verstorben ist. Er war einer von denjenigen, welche unter dem Sozialistengesetz gekämpft und gelitten, stets an der Stelle, wo er gebraucht wurde. Er wird nie vergessen werden.

Um zahlreiche Beteiligung bei seiner Beerdigung ersucht **Der Vertrauensmann.**

Todes-Anzeige.

Allen Bekannten und Freunden die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser Vater, Sohn, Bruder und Schwager

Karl Printz,

nach langen, schweren Leiden am Montag früh verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 8. Mai, nachmittags 6 Uhr, von der Wohnung, Langstr. 62, nach dem Begräbnisplatz der freiwilligen Gemeinde, Pappel-Allee, statt.

Die Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern des Zentral-Verbandes deutscher Maurer (Hiliale II Berlin) zur Nachricht, daß unser altbewährtes Mitglied

Friedrich Kallawe

am 4. d. M. verstorben ist. 191/15

Ehre seinem Andenken.

Die Beerdigung findet heute nachmittags 7 Uhr von der Leichenhalle des Neuen Zwölft Apostel-Kirchhofes aus statt.

Der Vorstand.

Todes-Anzeige.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Mitteilung, daß meine liebe Frau und unsere gute Mutter am Sonntag, den 5. Mai früh 5 1/4 Uhr, verstorben ist.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 8. d. M., nachmittags 6 Uhr, von der Wohnung Wilhelmstraße 2 in Neu-Weißensee nach dem Weißenseer Kirchhof statt.

Neu-Weißensee.

E. Conrad, Steinbrücker, nebst fünf Kindern.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Vater, der Rifenmacher **Gustav Schmidt** am 5. Mai früh 4 1/4 Uhr sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittags 5 Uhr vom Trauerhause Göligerstraße 56 nach dem Emmauskirchhof in Britz statt. 9906

Die trauernden Hinterbliebenen.

Bertha Schmidt nebst Kindern.

Todes-Anzeige.

Den Mitglidern zur Nachricht, daß das Mitglied

Kollege Schmidt

am 5. d. M. an der Proletarierkrankheit gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 8. Mai, nachmittags 5 Uhr, vom Trauerhause Göligerstr. 56 nach dem Emmauskirchhof in Britz statt.

Der Vorstand.

Achtung!!!

Allen Freunden und Bekannten zur gest. Nachricht, daß ich mein Lokal von Claudiusstraße 19 nach

Rostockerstrasse 21

(Ecke Wittstoderstraße) verlege. Begräbnis-Abend am Sonntag, den 11. und Sonntag, den 12. Mai, Einweihung mit musikalischer Unterhaltung. Vereinszimmer circa 50 Personen fassend, zur gest. Verfügung.

August Wendt, Claudiusstr. 19.

Zentral-Kranken- u. Sterbefälle

der Tischler

Oertliche Verwaltung Berlin H. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Tischler

Friedrich Ruh

am 4. Mai 1895 im Alter von 48 Jahren verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 8. Mai, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmauskirchhofes aus statt. 237/19

Um zahlreiche Beteiligung bittet **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! Stodorbeiter!

Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht, mitzutheilen, daß unser treues Mitglied, der Kollege

Oskar König

im Alter von 20 Jahren an der Proletarierkrankheit verstorben ist.

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 7. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle der St. Georgengemeinde in Weißensee statt. 229/11

Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand**

des Vereins zur Wahrung der Interessen der Stockarbeiter Berlins.

Verband aller in der Metall-

industrie beschäft. Arbeiter

Berlins und Umgegend.

Todes-Anzeige.

Am Sonntag, den 5. Mai, verstarb nach längerem Krankenlager unser langjähriger treuer Kollege, der Bäcker

Gustav Puls

an der Proletarierkrankheit. Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 8. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Markuskirchhofes in Wilhelmshagen aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.** 194/10

Dankfagung.

Allen Verwandten und Bekannten, sowie dem Gesangsverein Sangescho, dem 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis, dem Deutschen Holzarbeiter-Verband, dem Tischlerverein, dem Verein zur Wahrung der Interessen der Gast- und Schankwirthe Berlins und Umgegend und dem Konfektionshaus Solidarität für die liebevolle Teilnahme und die zahlreichen Kränzpinden bei der Beerdigung meines lieben Mannes

W. Schmidt sage ich meinen herzlichsten Dank. 992b

W. Schmidt und Kinder.

Ich habe meine Sprechzeit auf 8 bis 10 vorm. und 4 bis 6 nachm. verlegt.

Dr. Gustav Schumann, Stalinerstr. 108 (Orantenstr. 207).

Ich warne hiermit jeden, meiner Frau Emma Beder, geb. Gottschall, etwas zu borgen, indem ich für nichts auskomme. 986b

Paul Beder, Rammelerstr. 14.

Kinder-Bettstelle billig zu verl. Solmsstr. 33 v. 2 Tr. 982b

Pumpen-Geschäft, 18 J. bestehend, zu verkaufen Sebastianstr. 5. 994b

Rover, sehr schöne Maschine billig zu verkaufen. 311/10

Vossstr. 25 Portier.

Reisende, gewandt im Verkauf an Private, finden bei Gehalt und Provision lohnende und dauernde Stellung Pennstr. 43, Hof Quergeb. pit. 991b

Arbeitsmarkt.

Möbelpolierer!

Die Kollegen vom Hoflieferanten **C. Prachtel,** Krausenstraße 31, und **F. Möller,** Krausenstr. 37, sind wegen des 1. Mai gemäßigert. Es wird gebeten, den Bezug fernzuhalten. 208/12

Die Sachkommission.

Tüchtige Wiener Hoch- u. Valstot Schneider finden 98/15

bei den höchsten Arbeitslöhnen dauernde Beschäftigung im

Jockey-Klub,

(Friedrichstraße 170).

Gebüte Pinner gesucht.

Shotöfsfabriken, Gothersgade 14, Kopenhagen.

Marmorschleifer verlangt **A. Zabel,** Schönhäuser Allee 163. 989b

8 Arbeiter auf Bambusmöbel gesucht **Bergmann & Michaelis,** Alexandrinenstr. 104. 996b

Goldbleiben. 2342E

1 tüchtiger Auswäler für Dampf-Verzierungsmaschinen sofort gesucht. **Oscar Lippmann,** Königs-Butterhausen.

Für die hiesigen Leser liegt der heutige Nummer unseres Blattes die geistige Gewinnliste der preuß. Lotterie bei.

Die Maifeier im Auslande.

Italien. Aus Mailand schreibt unser Korrespondent: Die Masse der Arbeiter ist bei herrlichem Wetter in Mailand, wie in ganz Italien, mit reger Theilnehmung der Feiernden ungestört und zum theil glänzend verlaufen. Hier in Mailand war die Arbeitsruhe überraschend, weit bedeutender als im letzten Jahre. Entgegen den läugerischen Depeschen der Regierung will ich Namen und Zahlen anführen. Fast alle großen Fabriken der Metallindustrie blieben seit frühem Morgen geschlossen, so die große Gießerei von Boffio (600 Arbeiter), die große Fabrik von Prinetti u. Stucchi (800 Arbeiter), ferner die große Weberei Farinoni u. Gerli (500 Arbeiter), die große Strumpfwirk-Fabrik Crema u. Novati, die Fabrik Aurora und viele andere kleinere Fabriken. Die so feiernden Fabrikarbeiter allein betrugen an Zahl 18 000 gegenüber etwa 8000 vom vorigen Jahr. Außerdem feierten von Gewerken alle Buchdrucker, Schriftseher und Lithographen, alle Handschuhmacher (4000 an der Zahl) und die große Mehrzahl der organisierten Maurer und Zimmerer (etwa 5000). Im großen Saale der Arbeiterbörse, die mit Standarten und Gewerkschaftswahnen wie mit Blumenquirlen reich geschmückt war, hielt vor gedrängtem Publikum der Adelsrat Luigi Maino den angekündigten Vortrag. Er hob die Bedeutung des Weltfeiertages für die italienischen Arbeiter hervor und wies mit ergreifenden Worten darauf hin, wie auf die gegenwärtige Zeit der tiefsten Bedrückung in diesem Lande nothwendig ein um so glänzenderer Aufschwung der Arbeitersache erfolgen müsse.

Um 1 Uhr begab sich eine sehr zahlreiche Kommission der vereinigten Gewerkschaften Mailands in feierlichem Aufzuge zum Stadthause, wo sie der 1. Stadtrath Mailands, Fano, in Abwesenheit des Bürgermeisters Vigoni — der zur Ausstellungsfestfeier nach Venedig berufen ist — empfing. Der Sekretär der Arbeiterkammer, Grece, und der Präsident der Delegirten, Strazza, trugen darauf die in 7 Punkten formulirten Forderungen der Arbeiterchaft Mailands an die Kommune vor: Strenge Bewachung über die Frauen- und Kinderarbeit, Sonntagsruhe, Abschaffung der Agenturen, Vorzug der organisirten Arbeit für die Stadt. Die Befürwortung dieser Forderungen wurde mit feierlichem Handklatsche ausgesagt.

Etwa zwanzig andere Vorträge wurden im Verlauf des Tages gehalten. Der bemerkenswerthe von diesen war der überaus zahlreich besuchte, von G. Cicotti — ordentlichem Professor der Geschichte an der Mailänder Akademie — im großen Vereinsaal Abends nachmittags gehaltene Vortrag

Turati war zum Vortrag nach dem Orte Busto, Lazzari nach Chiavenna, Mondani nach Santei gegangen. Der Tag schloß mit zerstreuten Ausflügen aufs blühende Land und mit einer großen, gelungenen Festunterhaltung im Saale der glänzend illuminierten Arbeiterhöfe.

Eine ähnliche glänzende Abendfeier gab der große Bund der Eisenbahnarbeiter Mailands, der außerdem ein eigenes, vorzüglich gehaltenes Zeitblatt zum 1. Mai in einer Zahl von 30 000 Exemplaren verbreitet hatte.

Belgien. Aus Gent wird deseschrift: Am letzten Sonntag fand hier ein großer Umzug der Sozialisten statt, an welchem 6000 Personen teilnahmen. Ein mit Blumen geschmückter Wagen, welcher das sozialistische Ideal darstellen sollte, wurde mit lebhaftem Beifall begrüßt. Auch in Antwerpen veranstalteten die Sozialisten einen Umzug, an welchem sich etwa 8000 Personen beteiligten. Die Ruhe wurde nicht gestört.

Theater.

Deutsches Volkstheater. Seit Wochen schon verkündeten große Plakate, daß abermals eine neue „Vollsbühne“ mit edlem Repertoire, diesmal vor dem Halleschen Thor entstehen werde; auch sie werde gegründet, um den Unbemittelten künstlerische Wohlthaten zu erweisen. Am Sonnabend nun war die Heilsverklündigung in Erfüllung gegangen; das Bellealliance-Theater wurde unter einer neuen DIRECTION mit einem neuen Volksstück, „Der Schmied von Rolandsd“ von Franz Klein und mit einer neuen Schauspielertruppe feierlich eröffnet. Das „Schiller-Theater“ des Südwestens hatte seine Laufbahn begonnen. Daß der Anfang erquicklich gewesen wäre wird wohl kein Besucher der Eröffnungsvorstellung behaupten wollen; auch wenn er über den täglichen Mißbrauch, den profitgierige Unternehmer mit dem Begriff Vollsbühne treiben, weniger erbittert wäre, als der Schreiber dieser Zeilen. Deutsches Volkstheater! Ein vortrefflicher Name und theilhaft armseelig war, was man vor dem Halleschen Thore bot. Wen, der durstig ist, soll solche Lapidariaunst erfrischen? Ein berüchtigter Verleger von Schundliteratur sagte mir einmal, um die Möglichkeit der Existenz von seinesgleichen darzutun: „An dem Schandengang, das ich vertreibe, lernen die Leute erst lesen. Von selber greifen sie dann zu besserer Nahrung.“ Eine ähnliche Logik befolgen, wie es scheint, die spekulativen Vollsbühnen-Gründer. Sie halten eine Elementarschule des Erdwürdigens in der Kunst für nothwendig, um die Leute „überhaupt erst“ an Kunst zu gewöhnen! Schädlinge, die der Welt etwas vorkauften!

Heinrich Laube, der spröde Geselle, der mit preussischem Unteroffiziershock gerne die große Kunst mag, war der Entdecker des poetischen Genies von Franz Keim. In seinen Erinnerungen erzählt er einmal, wie der junge schwärmerische Keim zu ihm, dem Theatergewaltigen, gekommen wäre, und sein Erstlingswerk, das Jambendrama „Salomith“ übergeben hätte. Mit Feldherrnblick hätte Laube sofort erkannt: hier steckt etwas. Der prahlertische Unteroffizier, der Scholaspäpste und Goethe brutal zu verhöhnen verstand und einen Publiken und ähnliches Volk künstlerisch ernst nahm und begierig förderte. Die Wiener Presse in ihrer Pudelshund-Manier begann sofort schon aufzuwarten vor dem Genie der Zukunft, dem Franz Keim. Die brach aber ein Schwindel jämmerlicher zusammen. Ein patriotisches Preußen drama mit deutschnationalen Kriechthrasen bis zum Flagen gefüllt von eben diesem Keim war zur Eröffnung des Deutschen Volkstheaters gewählt worden. Auch das ist charakteristisch. Der Autor führt uns mit seinem „Volksstück“ in die Zeit der Befreiungskriege. Napoleon herrscht noch am Rhein, aber schon ist die „Völterschlacht“ bei Leipzig geschlagen. Auf Rolandseck sitzt der alte Schmied, ein wackerer Preußenberg, im Schulgenamt. Er hat zwei Söhne. Der eine ist ein wenig leichtfertig, barschlos, gekneift, aber er macht gut, was sein Jugendübermuth etwa gesündigt hat. Er geht zu den Lügow'schen Jägern. Während er fort ist, benützt der andere Sohn — Wolfgang, nicht Franz heißt die Kanaille —, die Gelegenheit, den tüchtigen Freischärler, den Liebbling des Vaters anzuschwärzen. Wolfgang jubelt, als die Nachricht eintrifft, alle Lügow'schen sind gefallen. Nun wird er bald den alten Vater beerben können. Aber noch gemeiner entkühlt sich seine Löwenwichatur. Ganz wie sein Vorbild, der Franz in den Räubern, verfolgt er seines Bruders Liebst mit unstilllichen Anträgen; die aber wendet sich empört von dem Schensal, dem Wolfgang. So weit stimmt die Handlung mit den Schicksalen der Familie Moor genau

Spanien. Das Maiest der Arbeiter wurde in ganz Spanien in der würdigsten Weise begangen. In Madrid fand in dem Hotel San Francisco el Grande eine große Versammlung statt. Die Festräume waren mit rothen Teppichen und Fahnen und mit Inskripten, die auf den Achtundentag und auf die Arbeiteremancipation bezug hatten, prachtvoll geschmückt. Den Vorsitz führte Genosse Valentin Diego Abascal, der in seiner Begrüßungsrede die Bedeutung des Tages hervorhob und in Wärme die Forderungen der Arbeiter: Achtundentag und Erhöhung des Arbeitslohnes versocht. Dann sprachen die Genossen Barrio, Ezq. Gonzalez und andere, und zuletzt hielt Genosse Pablo Iglesias eine mit jubelndem Beifalle aufgenommene Rede, in welcher er besonders die republikanischen Parteien angriff. Unter dem Rufe: „Hoch die Vereinigung der Arbeiter!“ ging die Versammlung, welcher mehr als 3000 Personen beigewohnt hatten, auseinander. — In Barcelona fand die Festversammlung im Teatro de Novedades statt. Eine zweite, gleichfalls sehr besuchte Volksversammlung fand im Circo Esufrese statt. In den großen Fabriken wurde nicht gearbeitet; ferner feierten sämmtliche Maurer, Zimmerleute, Steintträger, Barbieri, Perrückenmacher u. Abends war im Calvo Vico-Theater Festvorstellung; man gab das soziale Drama „El pan del pobre“ (Das Brot des Armen). In den meisten Ortschaften der Provinz Barcelona war die Arbeit gleichfalls eingestellt worden, so in San Andres de Palomar, in San Martin, in Sans, in Gracia, in Mataro u. s. w. Bei der Volksversammlung im Teatro de Novedades beschloß man, die Regierung aufzufordern, daß sie den 1. Mai für einen Nationalfeiertag erkläre und den Achtundentag einführe. Auch in La Corona, in Cordoba, in Palma, in San Sebastian, in El Ferrol, in Valencia, in Toledo, in Saragossa, in Ovido u. s. w. fanden Festversammlungen statt. In Vinaros trug die Feier fast einen „offiziellen“ Charakter, denn ihr wohnten die städtischen Behörden bei; anfangs hieß es sogar, daß die Stadtverwaltung Mittel zur würdigen Gestaltung der Feier bewilligt habe, — die Nachricht war jedoch unbegründet. Während des ganzen Tages waren, wie im vorigen Jahre, die meisten Kaufläden geschlossen. Das Hauptthema der Festredner bildete hier „die Nothwendigkeit der geistigen Erleuchtung der Arbeiterklasse“. In vielen Ortschaften, so in Palma, Sabadell u. a., fanden in den Theatern Festvorstellungen statt.

Portugal. Die Kundgebungen, die von den portugiesischen Sozialisten zur Feier des 1. Mai organisiert wurden, verliefen in durchaus harmonischer Weise. In Oporto und in anderen Städten fanden am Vormittag des Festtages gut besuchte Volksversammlungen statt. Am Abend gab es festliche Veranlassungen in den Versammlungsräumen der Arbeitervereine. Am Nachmittag zog der größte Teil der hiesigen Sozialisten zum Friedhofe, wo José Fontana, der wahre Vorkämpfer des Sozialismus in Portugal, ruht.

Schweden. Aus Stockholm schreibt man und am 1. Mai: Von wunderschöner Wetter begünstigt, feierten viele tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen in Stockholm den 1. Mai. Die Proletarier versammelten sich in der Stadt und zogen in einer langen Prozession nach dem Exerzierplatz für das Militär, auf dem wir stets am 1. Mai unser Fest feiern. Um 1/28 Uhr begann man sich zu sammeln. 55 verschiedene Vereinigungen, 10—12 000 Mann stark, zum theil mit weißen Standarten und Musikcorps, marschirten unter den Klängen der Marschmusik und des Sozialistenmarsches in dem Demonstrationszuge, der zu einer tiefen Prozession wurde. Auf dem Festplatze waren vier rothe

überein. Was soll man davon noch weiter erzählen. Wolfgang steht aller Schenfülleit die Krone auf; er wird napoleonischer Parteigänger und wüßte gegen seinen eigenen Vater. Da kommt unerwartet der verloren geglaubte Sohn des Schmieds im Kostüm des Freischärlers zurück. Wenn Wolfgang seinen Bruder bei den Franzosen denunziert, ist der arme Rügower verloren. Er ist zur Denunziation bereit, aber der alte Moor, der Schmied, kommt dazwischen, schwingt seinen Hammer und tödtet den erbärmlichen Sohn. Jhn selber hat die Erregung übermannt. Vom Schlag getroffen stürzt er nieder, Rolandseck aber und der Rhein werden frei, die Preußen kommen und rufen Hurrah! Das ist der Inhalt eines leichtem, geschwätzig-dilettantischen Dramas, von dessen lächerlicher, geschnaubtem Pathos die knappe Skizze keine volle Anschauung geben kann. — Ueber die armen Darsteller sei lieber nichts berichtet. Sie, die vernünftlich erzt und schlecht auf Wandersbühnen sich durchschlagen, sind wahrscheinlich für Hammerhonorare nach Berlin gekommen, mit der begrifflichen Hoffnung, hier endlich ihre Wünsche, ihre Träume erfüllt zu sehen. Wozu ihnen wehe thun?

Leipzig-Theater. (4. Mai.) Madame Bonivard, Schwan in drei Akten von Alexandre Bisson und Antony Mars. Deutsch von Emil Neumann. Dem Berliner Theaterpublikum ist das Stück nicht unbekant, hat sich doch vor Jahr und Tag das Publikum des Residenz-Theaters ergötzt, so daß wir von einer Inhaltsangabe des übermüthigen, geschickt aufgethanen Schwanes absehen können. Das Publikum, das das Theater nicht füllte, nahm auch die Ausführung im Leipzig-Theater mit viel Begehren auf. Von der Darstellung ist weder viel Tadeln, noch Lobenswerthes zu melden. Am besten spielte Frau Marie Dwyer (Madame Bonivard). Nicht gut war auch Herr Guthery (Bourgeois) und in einzelnen Szenen Herr Sauer (Duvall). Die übrigen Darsteller führten das Ensemble nicht. —

Figaro am Hofe — es wäre schon ein Stoff, an dem Dichter und Komponist Phantasie und Gehaltungskraft erweisen könnten, wenn —. Aber die Operette, die am Sonnabend unter diesem Titel im Zentral-Theater als Eröffnungsspiel eines Operetten-Ensembles in Szene ging, erwies nur den guten Willen und einen glücklichen Titel. Ueber den Text des Librettos sagt man am besten nichts. Der Verfasser — Bohrmann, Nieger — knüpfte nach der ältesten und dürftigsten, Schablone eine lose Reihe Szenen aneinander, ja sogar einen sentimentalsten mondheimsüchtigen Figaro brachte er fertig. Nicht so öde wie das Libretto ist die Musik von Müller-Rorden; ein paar Melodien im zweiten Akte sind sogar sehr trefflich und ansprechend, wenn auch nicht ureigen, und mußten wiederholt werden, was freilich auch dem mürrischen Vortrag des Figaro zu danken war, die andern so ungenügend charakteristischen Einsätze in lieblicher Erscheinung und Darstellung machte, was zu machen war. Der Figaro des Herrn Bracht vom Gärtnerplatz-Theater in München war gefahrlich ermüdet, darstellerisch Schablone, und geradezu zur Jahrmärzstübchen-Karrikatur kempelte Herr Helmerding den Oberkellnermeister v. Kronach. Solch' eine alberne Figur dürfte selbst in Speibiens Junkerhöfen nicht zu finden sein, geschweige am damaligen französischen Hofe. Und „Witz“, wie Herr Helmerding am Sonnabend sie sich, rufen selbst in der Burgstraße Proleten hervor. Von den übrigen Darstellern ist lebend nur Herr Müller zu nennen und vielleicht noch Frä. Prossl. Die Ausstattung war reich-

Tribünen aufgestellt, von denen acht Redner sprachen. Die Hauptrede hielt Genosse Hjalmar Branting. — Auch aus Malmö wird uns der glänzende Verlauf der Mäsfest berichtet. Dort sprach Axel Danielsson.

Gerichts-Beifung.

Gewerbegericht.
Zur Rückkehr in das Arbeitsverhältniß bezug-
lich Zahlung von je 16,20 Mark wurden einige Schuh-
macher (Müller und Genossen) verurtheilt, die bei der Firma
Rosenthal und Groß beschäftigt waren und am 22. April die
Arbeit niedergelegt hatten. Die Beklagten behaupteten, auf
Grund einer Abmachung mit der Firma deshalb zur sofortigen
Niederlegung der Arbeit berechtigt gewesen zu sein, weil Rosen-
thal einen Streikbrecher einstellen wollte. Das Gericht glaubte
aus dem Verlauf der Verhandlung entnehmen zu müssen, daß
erwähnter Vertrag von der klägerischen Firma nicht gebrochen
wurde und den Beklagten somit nicht das Recht zustand, ohne
vorherige Aufkündigung die Arbeit zu verlassen.

Einem Lohnabzug suchte der Restaurateur F. damit zu rechtfertigen, daß der Kläger — ein Hausdiener, der u. a. 4,50 M. vollständigen Lohn forderte — mehrere Tage krank gewesen sei und so lange die Arbeit ausgefehlt habe. Die Kammer VII war jedoch der Meinung, daß der Abzug ohne eine dazugehörige Vereinbarung nicht gemacht werden durfte, und urtheilte dementsprechend. Auch die Weisknast-Gratifikation, die sich der Beklagte auf dem Wege des Lohnabzuges wieder zugeeignet hatte, sicherte das Gericht dem Kläger, indem es annahm, dieselbe sei als eine belohnende Beschenkung anzusehen, die deshalb nicht zurückgefordert werden könne, weil sie keine übermäßige gewesen sei. Es handelte sich um 10 M. Betont wurde der Charakter des Klägers als eines Gewerkegehilfen. Mit einem Lohnentschädigungsanspruch wurde der betreffende Hausdiener aus triftigen Gründen abgewiesen.

Weil er sich zwei Zigarren für 10 Pfennig gekauft hatte, die ihm von seinem Arbeitgeber zu einem anderen Zwecke anvertraut waren, wurde ein Kutscher mit der Klage auf Lohnentschädigung wegen unberechtigter Entlassung abgewiesen. Unterschlagung ist einer der Entlassungsgründe, welche der § 123 der Gewerbe-Ordnung aufzählt.

Wenn er seinen großen Mund nicht halten könnte, dann könne er in vierzehn Tagen gehen, sagte eines schönen Tages ein Herr Schmidt zu seinem Kutscher. Derselbe wurde nach vierzehn Tagen denn auch thatsächlich entlassen. Der Kutscher klagte auf Lohnentschädigung, gegen welchen Anspruch der Beklagte geltend machte, den Kläger ja vierzehn Tage vor der Entlassung gekündigt zu haben. Das Gericht erachtete aber in den oben zitierten Worten keine Kündigung und verurtheilte Herrn Schmidt.

Elbing. Das Schwurgericht verurtheilte am Sonnabend nach vierstägiger Verhandlung sechs Bürger der Stadt Stuhm wegen wissentlichen Meineides und Aufstiftung dazu zu Zuchthausstrafen von 2 bis 5 Jahren und zwei Bürger wegen fahrlässigen Meineides zu 6 bezw. 18 Monaten Gefängniß; ein Bürger wurde freigesprochen. Der Meineidsprozeß war durch Beschuldigungen veranlaßt, welche dem katholischen Pfarrer von Stuhm Fälschung von Wablißen zur Last gelegt hatten. In dem Prozeß wurden etwa 100 Zeugen vernommen.

lich, aber schließlich gehören Eßelhascherien, wie sie den zweiten Akt abschließen — Efel, Noß und Wagen erscheinen auf der Szene — nicht ins Theater, sondern in den Zirkus, woher sie genommen sind und wo sie belassen werden sollten. Am durchschlagendsten arbeitete die Klaque — aber auch das ist ja nur vorübergehender Erfolg.

Kunst und Wissenschaft.

Im wissenschaftlichen Theater der Urania hielt am letzten Sonnabend Herr Dr. Samahm einen Vortrag über das Erdbeben, welcher durch bildliche Darstellungen ergänzt wurde. Der Vortragende und Professor Lubaroff waren von der Direktion an den Ort des Unglücks geschickt worden, um dort Studien zu machen und an Ort und Stelle die interessantesten Momente bildlich aufzunehmen. In Wien verproviantirten sie sich mit Brod und Butter, weil sie den Zeitungsberichten zufolge glaubten annehmen zu müssen, daß sie in Laibach nichts erhalten können. Doch hatten sie sich hierin getäuscht. Das Unglück, welches über die Stadt hereingebrochen, hatte den Unterschied zwischen arm und reich nur in bezug auf das Wohnen aufgehoben, da eben die Häuser zum großen Theil eingestürzt waren, während in bezug auf die Nahrung die besser Gestellten keinen Mangel zu leiden hatten.

Die Stadt Laibach war der Mittelpunkt des starken Erdbebens gewesen, das in der Nacht vom 14. zum 15. April ein ausgedehntes Gebiet Nieder-Oesterreichs heimgesucht hatte; der Hauptstoß war in der Richtung von Nord nach Süd erfolgt, und hatten deshalb die Fronten derjenigen Häuser, welche in dieser Richtung lagen, nur wenig oder gar nicht gelitten, während diejenigen, welche den Stoß senkrecht erhalten hatten, meist vollständig zerstört waren. Allerdings machte sich noch ein großer Unterschied zwischen den beiden Stadttheilen auf dem linken und rechten Ufer der Laibach geltend; denn die Häuser auf dem rechten Ufer hatten einen viel festeren Untergrund, als die auf dem linken, und hatten sich daher widerstandsfähiger gezeigt. Menschenleben waren weniger zu beklagen gewesen, als man bei der großen Zerstörung erwarten sollte; die meisten hatten sich instinktiv unter die Holzverkleidungen der Thüren geflüchtet, wo sie vor dem herabfallenden Mauerwerk gesichert waren; daher waren nur 6 Menschen getödtet und 50 verwundet worden.

Die Worte des Vortragenden wurden, wie gesagt, durch perspektivische Darstellungen ergänzt, welche mit solcher Vollendung ausgeführt waren, daß man die vorgeführten Gebäude und Plätze plastisch mit voller Deutlichkeit vor sich sah. Freilich fehlten einige der interessantesten Aufnahmen, weil die preussische Gollbehörde eine Schachtel mit noch nicht entwickelten photographischen Platten geöffnet und dadurch zerstört hatte. Aber immerhin erhielt man ein anschauliches Bild von den Folgen der Katastrophe, welche über die Stadt heringebrachen; ein schwächerer Erdstoß erfolgte auch am 22. April, während der Vortragende in Laibach weilte, und schilderte derselbe recht anschaulich die Verwüstung und den Schrecken, welcher dadurch hervorgerufen wurde.

Auf die Ursachen des Bebens ging der Vortragende nicht ein; er widersprach nur der durch die Zeitungen gegangenen Ansicht, daß es durch den Einsturz von Höhlen verursacht sein könnte. Einerseits war die Ausdehnung des Bebens hierfür zu groß, andererseits zeigten sich auch die hauptsächlichsten in betracht kommenden Höhlen völlig intakt.

Sokrat Wahlverein
für den Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Mitglieder-Versammlung
am Dienstag, den 7. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Gründel,
Brunnenstr. 188.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Wilh. Pätzelt.
2. Diskussion.
3. Vereinsangelegenheiten.
4. Fragekasten.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Dienstag, den 7. Mai 1895, abends 8 1/2 Uhr, bei Cohu,
Benthstraße 20 (großer Saal):
General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht des Kassiers, Berichterstattung des Vorstandes, der Beisitzer, des Arbeitsvermittlers und der Werkstatt-Kontrollkommission. 2. Verbandsangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert. Zahlreiches Erscheinen erwartet.
NB. Die Beitragsammler und Obmänner der Werkstatt-Kontrollkommission werden ersucht, vollständig zu erscheinen und an der Kontrolle Material entgegen zu nehmen.

Vertrauensmänner-Versammlung:
Mittwoch, 8. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Frau Holzbäcker,
Ehrentstraße 84.
Pflicht einer jeden Werkstatt ist es, einen Delegierten zu entsenden.
Die Ortsverwaltung.

Berein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins u. Umg.
Ordentliche Mitglieder-Versammlung
am Donnerstag, 9. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in Wilke's Lokal, Andreasstr. 26.
Tages-Ordnung:
1. Die kapitalistische Produktion gegenüber den Arbeitern. 2. Diskussion.
3. Lokalfrage und Vereinsangelegenheiten.

Verein der Lithographen, Steindrucker und Berufsgen. Deutschlands (Zentrale Berlin).
Donnerstag, den 9. Mai 1895, abends 8 1/2 Uhr:
Ausserordentliche Generalversammlung
bei Herrn Gründel, Brunnenstr. 188 (am Rosenthalerthor).
Tages-Ordnung:
1. Geschäftliches. 2. Wahl der Delegierten. 3. Dringlichkeitsantrag zur Generalversammlung in Nürnberg über Abschaffung der Akkordarbeit.
4. Fragekasten.
NB. Quittungsbuch legitimiert.
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Verwaltung.

Schweizer Garten
Am Königsthor. Am Friedrichshain.
Bekanntmachung.
Da an den Wochentagen das Etablissement zur Abhaltung von Sommerfesten an Vereine, Gesellschaften vergeben wird, so ersuchen wir die betreffenden Vorstände um zeitige Bestellung.

Halb und Halb.
Mampe mit Pomeranzen
Feinste Likörmischung
Champagnerflasche Mark 1,25
Carl Mampe
Berlin, Veteranenstr. 24.
Überall zu haben!

Maitrank
frisch, ausgezeichnet à Flasche 60 Pf. inkl. 10 Pf. 5,50.
Johannisbeerwein, herb. 60 Pf. Desferwein, süß. 75 Pf.
Stachelbeerwein, ganz vorzüglich, Flasche M. 1,—.
Echt Stonsdorfer Likör.
à 1/2 Str. 1,20, 5 Str. 5,50, 10 Str. 10,—, 50 Str. 47 1/2, 100 Str. 90,—.
Echten alten Nordhäuser Str. 1,10, 5 Liter à M. 0,90.
Berliner Getreide-Rümel Str. 1,10, 5 Liter à M. 0,90.
Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeer-, vorzüglich, Str. 1,30.
Medizin. Angarwein, beste Qualität, à Literflasche M. 2,10.
Empfehlen und senden einzelne Flaschen frei Haus Berlin.
Eugen Neumann & Co., 81, Neue Friedrichstr. 81,
Oranienstr. 8, Genthinerstr. 29. Potsdam, Baisersstr. 27.

Möbel-Magazin
Berlin NW., Bremerstr. 67.

Waarenhaus Sigm. Simonsohn, Oranienstraße 166, 2. Hans vom Oranienplatz.
Handschuhe von 13 Pf. an. Glacé-Damen-Handschuhe von 1,08 an. Socken von 19 Pf. an. Damenstrümpfe von 19 Pf. an.

Verantwortlicher Redakteur: A. Dierl (Emil Rosand) in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin, SW., Benthstraße 2.

Kranzbinderei u. Blumenhdlg. Robert Meyer,
Nr. 2. Mariannenstraße Nr. 2.
NB. Um häufigen Verkehr zu vermeiden, bitte ich meine Freunde und Genossen, genau auf meine Adresse zu achten.

Wer
noch will reell und billig kaufen. Durch Anlauf auf Auktionen und von Konkursmassen bin ich in der Lage, jedes Stück billiger zu verkaufen, als alle anderen Geschäfte! Ich verkaufe daher:
Hochleg. Herr. Sommerpal. v. 9,75 M. an Damenmäntel, Jaquets u.
Capes
Hochfeine Herren-Anzüge 3,50
Hochfeine Herren-Hosen 12,75
Hochfeine Herren-Hosen 2,75
Hochfeine Herren-Hosen zu 2,55
Kellner-Jaquets u. Hosen v. 4,75
Hochfeine Herren- und Damen-Anzüge, Hüte, Schirme, Stöcke, Wäsche, Stiefel, Koffer, Operngläser, Kessel, Revolver, Leuchtinge, Gewehre, Harmonikas, Betten, Uhren, Ketten, Ringe u. s. w.
zu enorm billigen Preisen!
Gustav Lucke, Waarenhaus, Berlin, 131. Oranienstr. 131.

Eine Restauration und Destillation im Norden ist umständehalber, wegen Uebernahme eines Grundstücks, preiswürdig zu verkaufen. Zu erfragen bei C. Titius, Exercierstr. 5.

Bräuerei Pichelsdorf
Telephon: Amt Spandau Nr. 13. Telephon: Berlin Amt VI Nr. 1116.
empfiehlt ihre aus bestem Malz und Hopfen hergestellten Biere. 17858
Lagerbier, hell, Exportbier, dunkel, Markgrafen-Bräu nach Münchener Art.
Koulaufeste Preise. Niederlage: Berlin, Königin-Augustastr. 1, am Hasenplatz, Ringbahnbogen 1-8. Prompteste Bedienung.

Violin-Unterricht,
gut und fördernd, wird erteilt Wilsnackerstr. 39, vorn 1. Tr. r. 651
Renommirteste Bezugsquelle für



Berliner Export-Weissbier.
In Flaschen und in Fässern.
Fabriken und Werkstätten erhalten Wiederverkäufer-Preise.
Berl. Export-Weissbier-Brauerei A. Seidler
Schöneberg — Berlin W.
Sedanstr. 73-75 u. 82.

Sophastoffe
in Hipp, Damast, Crêpe, Phantasia, Gobelin und Plüsch spottbillig!
Proben franko!
in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.
Berlin S., Oranienstr. 158.
Läuferstoffe
Emi Lefèvre

Möbel-Gelegenheit
bietet sich Brautleuten etc. im Möbel-speicher, 17218
Rosenthaler-Strasse 13, 1.
Daher stehen täglich zum Verkauf: neue gediegene Möbel zu außergewöhnlich billigen Preisen, gebrauchte und verleierte gewesene Möbel zu wahrhaftigen Spottpreisen. Theilzahlung gestattet. Kleiderschränke 15, Küchenspinde, Kommoden 12, Sophas 15, Bettstellen mit Matratzen 18 Mark, Kuchenschrank, Vertikows 30, Stühle 8, Büschelspinde 40, Trumeaux 65, Panoelsofhas 75, Plüschgarnituren 60 Mark. Herren-Schreibtische, Schreibstühle, Buffets, Konfektentische, Spiegel, alles raumend billig. Gefasste Möbel können auf meinem Lagerplatz bis April kostenfrei lagern und werden durch eigene Gespanne transportiert und aufgestellt.

J. Sturm, Münzstrasse 5, Friedrichstr. 25/26
Bonbon, Marzipan, Confituren.
Bei Erhalt, Hüften etc. mache man einen Versuch in Sturm's Pectoral-Bonbon, per Paket 20 Pf.

Rohrtabak.
Grösste Auswahl! Billigste Preise.
Lager in Formen, Bockfagons.
Heinrich Franck,
Nr. 185, Brunnenstraße Nr. 185.
Nußbaum-Möbel
verl. schleunigst Kleiderschrank, Wäscheschrank, Spiegel 19, Ausziehtisch, Sophas 9, Oelgemälde, prachtvolle Rösche 4,50, Bettstelle 12, Plüschgarn., Schlagregul., Teppiche, Gardinen spottbillig. Landwehrstr. 5/6, 1. Nähe Alexanderplatz.

6 Pfund Albrecht's Bäckerei,
Brot für 50 Pfennig
Liefert Wrangel-Strasse 8, Langestr. 26, Falkensteinstr. 28.

Linoleum
von Rüdorfer Linoleum-Fabrik
habe ich wiederum von der Magdeb. Feuer-Vers.-Ges. erhalten und wird dasselbe: Läufer, Treppensplatt, Stückware bedruckt u. glatt zu enorm billigen Preisen abgegeben. Verkaufsstelle: Ostbahnhof, Personenhalle, Raum 6, Eingang Rüdorferstrasse.
J. Weiss, Partiewaren-Handlung, Berlin, Kaiser Wilhelmstr. 17.

Möbel-Gelegenheitskauf
zu außergewöhnlich billigen Preisen.
Für Brautleute ganze Einrichtungen von 200—1000 M. Theilzahlung gestattet. Elegante Nußbaum- u. Mahagoni-Kleiderschränke und Vertikows 30 M., einfache 15 M., Sophas, Bettstellen mit Matratzen 20 M., Wäscheschränke, Küchenspinde, Kommoden 12 M., Stühle 8 M., Sophas 6 M., Säulen-Trumeaux 65 M., Plüschgarnituren 60 u. 100 M., Büschelspinde 40 M., Panoelsofhas 80 M., Buffets, Kleiderschränke, Herren-Schreibtische, Schreibstühle, Büreaul., Spiegel. Wenig gebrauchte Möbel zu halben Preisen und sollte es niemand veräumen, der gut und reell kaufen will, mein großes Lager zu besichtigen. Gefasste Möbel werden bis 1. Juli kostenfrei aufbewahrt, transportiert und aufgestellt.
Schützenstr. 2, Möbelfabrik.

! 1000 (Modell) Damen!
Spitzen — Seiden — Sammetragen, Capes 7,50—25,00, Jaquet-Kostume 10—15,00. Aparte Regenmäntel und Sommerjaquets, um zu räumen, 5,00 bis 15,00, wasserdichte Staubmäntel von 5,00—15,00. Landwehrstr. 59, 1. Tr.

Otto & Slotawa, Tischlermeister. 2. Geschäft: Gotzkowskystr. 3. 1787L* **Barg-Magazin** und Beerdigungs-Comtoir.